

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

52. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. April 1967

Tagesordnung

1. Eisenbahn-Verkehrsordnung
2. Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1964
3. Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1965
4. Bericht, betreffend Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates
5. Debatte betreffend die Ernennung des Univ.-Prof. Dipl.-Volksw. Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär

Inhalt

Tagesordnung

Vorziehung des Punktes 5 (S. 4138)

Personalien

Krankmeldungen (S. 4126)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hämmerle (696/M), Pözl (714/M), Meißl (715/M, 722/M), Ing. Karl Hofstetter (697/M), Peter (716/M, 723/M), Ing. Helbich (699/M), Guggenberger (698/M, 702/M), Ofenböck (700/M), Dr. Stella Klein-Löw (717/M), Dr. van Tongel (718/M, 725/M), Krempl (701/M), Wodica (719/M), Melter (720/M, 721/M), Frühbauer (724/M), Zeillinger (726/M) und Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (691/M) (S. 4126)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 4138)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 43 und 44/A (S. 4138)
Zuweisung der Regierungsvorlagen 421, 423 und 427 sowie dreier Berichte (S. 4138)

Verhandlungen

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (336 d. B.): Eisenbahn-Verkehrsordnung (428 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Spindelegger (S. 4139)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 4139)

Debatte über die Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers, betreffend die Ernennung des Univ.-Prof. Dipl.-Volksw. Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär

Redner: DDr. Pittermann (S. 4139), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 4146), Dr. van Tongel (S. 4153), Peter (S. 4155), Dr. Kreisky (S. 4160 und S. 4197), Dr. Withalm (S. 4167), Czettel (S. 4177), Leisser (S. 4184), Zeillinger (S. 4187) und Bundeskanzler Doktor Klaus (S. 4193)

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Justizausschusses betreffend den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1964 (437 d. B.)

Bericht des Justizausschusses betreffend den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1965 (438 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Halder (S. 4199)

Kenntnisnahme der beiden Tätigkeitsberichte (S. 4199)

Bericht des Justizausschusses über den Bericht des Bundesministers für Justiz, betreffend Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates am 24. Jänner 1967 (439 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 4199)

Kenntnisnahme (S. 4200)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

455: Abkommen mit den Vereinten Nationen über den Amtssitz der UNIDO (S. 4138)

Berichte

der Bundesregierung betreffend Ergänzung des Jahresprogramms 1966/67 des ERP-Fonds (Abänderung der Grundsätze bezüglich Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen) (S. 4138)

des Bundesministers für Finanzen betreffend Finanzstatistik (S. 4138)

des Bundesministeriums für Finanzen über Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen im 4. Viertel 1965 (S. 4138)

Anfragen der Abgeordneten

Krempl, Gram, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend die wirtschaftliche Situation der verstaatlichten Unternehmungen (267/J)

Marwan-Schlosser, Mayr, Harwalik und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend die Subventionspraxis auf dem Gebiete der Luftfahrtförderung (268/J)

DDr. Pittermann, Herta Winkler, Jungwirth und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Auszahlung von Kinderbeihilfen (269/J)

Jungwirth, Horejs, Ing. Kunst und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Vergabe der Bahnhofsrestauration in Landeck (270/J)

Liwaneč, Luptowits und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend kulturpolitische Vereinigungen (271/J)

Jungwirth, Horejs, Ing. Kunst und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Stillferjoch-Projekt (272/J)

Mondl, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Flugabwehr-Ausbildungsabteilung Großenzersdorf (273/J)

Robak, Babanitz, Müller und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Straßenzollamt Nickelsdorf (274/J)

Meißl, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Preisverfall auf dem Weinsektor (275/J)

Peter, Melter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Ausbau der Donau als Großschiffahrtsstraße (276/J)

Peter, Dr. Scrinzi und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Vereinheitlichung der für die Pflichtschulen vorgeschriebenen Schulbücher (277/J)

Peter, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Anrechnung von Dienstzeiten im ehemaligen österreichischen Arbeitsdienst als Ruhegeußvordienstzeiten (278/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die beabsichtigte Herausgabe einer „Großen Ausgabe des Österreichischen Wörterbuches“ (279/J)

Zeillinger, Peter und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Benachteiligung der als Vertragslehrer weiter unterrichtenden Lehrpensionisten (280/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Hellwagner und Genossen (217/A.B. zu 187/J)

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen (218/A.B. zu 206/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Zankl und Genossen (219/A.B. zu 210/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stella Kleinslöw und Genossen (220/A.B. zu 216/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Liwanec und Genossen (221/A.B. zu 228/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Wielandner und Genossen (222/A.B. zu 230/J)

des Bundesministers für Unterricht auf die Anfrage der Abgeordneten Peter und Genossen (223/A.B. zu 237/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen (224/A.B. zu 247/J)

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Zankl und Genossen (225/A.B. zu 218/J)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Moser und Genossen (226/A.B. zu 197/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 51. Sitzung vom 12. April 1967 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kummer, Kratky und Steinmaßl.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 11 Uhr 3 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Dipl.-Ing. Hämmerle (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Sperre der Arlbergstraße.

696/M

Angesichts der wiederholten Sperre und der daraus resultierenden Nachteile für den Fremdenverkehr frage ich Sie, Herr Minister, welche Maßnahmen die Bundesstraßenverwaltung plant, um die Arlbergstraße den ganzen Winter durchgehend befahrbar zu erhalten.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. **Kotzina:** Die ganzjährige Aufrechterhaltung des Verkehrs über die Arlbergstraße ist von der Ausschaltung der Verschüttung nach Lawinenabgängen abhängig. Die Bundesstraßenverwaltung hat deshalb auf der Vorarlberger Seite mit Lawinenschutzverbauungen im Gelände zwischen dem Kilometer 553,0 und Kilometer 554,3 begonnen, die die Abgänge der Leueloch- beziehungsweise Nonenbreitelawine ausschalten werden. Weiters wird in Kürze die Herstellung eines 450 m langen Lawinentunnels im Gebiet des Passürtobels in Angriff genommen werden.

Auf der Tiroler Seite des Arlbergs sind von St. Anton bis zur Landesgrenze für die Lawinensicherung der Straße verschiedene Hangsicherungen vorgesehen.

Bundesminister Dr. Kotzina

An Straßenbauarbeiten zur Erhöhung der Wintersicherheit der Wiener Bundesstraße wird im Abschnitt Wiesberg—Strungen bereits gearbeitet.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hämmerle:** In Anbetracht dessen, daß die Bundesstraße 1, Bregenz—Arlberg—Wien, die einzige West-Ost-Achse ist und sowohl für den Fremdenverkehr als auch für den Wirtschaftsverkehr sehr wichtig ist, darf ich an Sie, Herr Minister, folgende Frage richten:

Welche Mittel stehen heuer in Vorarlberg bereits für die Lawinerverbauung zur Verfügung, und wann wird auf dem Arlberg ein ausreichender Lawinenschutz erzielt sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Im heurigen Jahr sind für den Lawinenschutz, für die Lawinenschutzbauten auf Vorarlberger Seite 13 Millionen Schilling vorgesehen, und es ist zu erwarten, daß in etwa drei Jahren der Ausbau des Lawinenschutzes am Arlberg so ausreichend ist, daß dadurch ein durchgehender Verkehr auch im Winter sichergestellt werden wird.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Pölz (SPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Firmenrechnungen für Bundesstraßen- und Autobahnbau.

714/M

Welche Firmenrechnungen für den Bundesstraßen- und Autobahnbau aus dem Jahre 1966 oder früher sind noch unbezahlt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Sowohl für Baumaßnahmen an Bundesstraßen als auch beim Autobahnbau sind die Firmenrechnungen bis einschließlich 1966, abgesehen von wenigen Ausnahmefällen, bezahlt. Bei diesen Ausnahmefällen handelt es sich um Forderungen, wo Unternehmungen Zusatzangebote eingereicht beziehungsweise noch Nachtragsforderungen gestellt haben, die infolge Personalmangels noch nicht geprüft werden konnten, beziehungsweise um eingereichte Forderungen, hinsichtlich derer die Belege noch nicht prüffähig sind, wie auch um solche Forderungen, die nach Auffassung des Bundesministeriums dem Bauvertrag nicht entsprechen und daher im Prozeßwege geklärt werden müssen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pölz:** Herr Bundesminister! Können Sie mir sagen, wie hoch die Summe ist, die seit Anfang 1967 auf diese Art und Weise zustande gekommen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Sie meinen Forderungen, die Jahre zurückreichen (*Abg. Pölz: Ja!*) und erst in der letzten Zeit geltend gemacht wurden. Es handelt sich insgesamt um 90 Millionen Schilling, die auf diese Weise geltend gemacht wurden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pölz:** Wie erklären Sie sich, Herr Bundesminister, daß eine Reihe von Großfirmen an Subfirmen, die für sie auf Bundesstraßen und Autobahnen gearbeitet haben, nicht nur sehr schleppend weiterbezahlen, sondern sehr oft ihre Zahlungsunfähigkeit oder -unwilligkeit damit begründen, daß sie noch horrenden Millionenbeträge vom Bund zu bekommen hätten und daher nicht bezahlen können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß bei ordnungsgemäßer Rechnungslegung und einwandfreien Überprüfungsergebnissen bei diesen Rechnungen die Zahlungsmodalitäten durchaus flüssig gestaltet sind. Nur jene Fälle, in welchen eine genauere Überprüfung der Rechnungen notwendig wird — ich habe die drei Gruppen hier aufgezählt —, haben eben eine schleppende Zahlungsabwicklung im Gefolge. Es müßte im einzelnen Fall festgestellt werden, ob hier bei der Bezahlung von Subunternehmungen eine schleppende Zahlungsabwicklung beziehungsweise ein Zahlungswille gegeben ist oder nicht. Ich möchte bitten, mir in solchen Fällen konkrete Angaben zu machen, damit ich in der Lage bin, diese Behauptungen zu überprüfen.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Süd-Autobahnabschnitt Wiener Neustadt bis Graz.

715/M

Welcher der beiden in Erwägung gezogenen Trassen (Wiener Neustadt, Sieggraber Sattel, Bezirke Oberpullendorf und Oberwart, Markt Allhau oder Wiener Neustadt, Aspang, Wechsel) wird beim Bau des Süd-Autobahnabschnittes Wiener Neustadt—Graz voraussichtlich der Vorzug gegeben werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Für die Strecke Wiener Neustadt—Hartberg stehen generell bekanntlich drei Trassen in Untersuchung. Welcher Trasse aus verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und bautechnischen Gründen der Vorzug gegeben werden sollte, kann erst nach Abschluß der derzeit laufenden Untersuchungen gesagt werden.

Bundesminister Dr. Kotzina

Bei diesen Untersuchungen handelt es sich um die Koordinierung der generellen Projekte zur Feststellung der Vergleichbarkeit, um eine fahrwirtschaftliche Vergleichsuntersuchung und um die Ausarbeitung eines raumplanerischen Gutachtens. Diese Gutachten, die auch aufeinander aufbauen, dürften in der zweiten Jahreshälfte fertiggestellt sein.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Sie haben schon im Herbst geantwortet, daß in Kürze mit der Festlegung dieser Trasse zu rechnen ist. Wie ich jetzt höre, soll es wieder bis zum Herbst dauern.

Ist es nicht möglich, diese Arbeiten zu beschleunigen, nachdem sie sich immerhin schon über Jahre hinziehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Der Auftrag, diese generellen Studien, die die drei Trassen umfaßten, in Form von Detailstudien weiterzuführen, wurde erst vor über einem Jahr erteilt. Früher hat man sich mit der Generalstudie und damit begnügt, darauf hinzuweisen, daß drei Trassen in Frage kommen. Mit Rücksicht darauf, daß es aber notwendig werden wird, auf einer der Trassen, die dann eben die bestimmende Autobahntrasse sein soll, auch die Grundstücke einzulösen, wurde eben vor einem Jahr der Auftrag gegeben. Die Arbeiten sind allerdings sehr zeitraubend, weil diese drei Wahlvarianten nach allen Gesichtspunkten untersucht werden müssen, um dann eben die am besten geeignete und entsprechende Trasse auszuwählen und die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Ich höre eben von drei Varianten. Ist es richtig, daß noch regelrecht drei Varianten zur Diskussion stehen oder nur zwei, also die sogenannte niederösterreichische und die burgenländische?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Es sind zwei Hauptvarianten: die sogenannte Burgenlandtrasse und die niederösterreichische Trasse über den Wechsel, und eine dritte Trasse, die sich dann noch im Südostteil von der niederösterreichischen Trasse abspaltet und noch etwas über burgenländisches Gebiet abweicht. Das ist die dritte Trasse.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter (ÖVP) an den Herrn Bautenminister, betreffend Verkehrsstörungen auf der Straße Wien—Klosterneuburg.

697/M

Welche Möglichkeit sieht die Bundesstraßenverwaltung, Verkehrsstörungen auf der Straße Wien—Klosterneuburg, wie sie in Spitzenzeiten insbesondere am Wochenende immer auftreten, hintanzuhalten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Die Ausfahrt von Wien-Nußdorf nach Klosterneuburg, die Klosterneuburg—Tullner Bundesstraße steht derzeit im Ausbauplan der Bundesstraßenverwaltung an vorderster Stelle. Es ist vorgesehen, die Fahrbahn auf vier Fahrspuren zu verbreitern.

Da die Geländeverhältnisse sehr ungünstig sind und auch Interessen der Österreichischen Bundesbahnen berührt werden, sind die Planungen, soweit der Straßenabschnitt im Bereich des Bundeslandes Wien liegt, noch nicht vollständig abgeschlossen. Schwierigkeiten ergeben sich mit den Österreichischen Bundesbahnen, deren Trasse zum Donautrom hin verschoben werden soll.

Auf dem niederösterreichischen Teil der Bundesstraße sind die Planungsarbeiten abgeschlossen und die Vorarbeiten bereits in die Wege geleitet. Es handelt sich hier vorerst um die Anlage aller erforderlichen berg- und talseitigen Stützmauern, die zu errichten sind, bevor an eine Verbreiterung der Fahrbahn gedacht werden kann. Wenn die Mauerungsarbeiten zügig fortgesetzt werden können, ist damit zu rechnen, daß im niederösterreichischen Bereich in diesem Jahr noch die Straßenbauarbeiten vergeben und auch teilweise ausgeführt werden. In diesem Teil des Straßenzuges könnten daher vielleicht schon im Jahre 1968 vier Fahrspuren zur Verfügung stehen.

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Beglaubigungsrecht der Zivilingenieure.

716/M

Was gedenken Sie gegen die Bedrohung des Beglaubigungsrechtes der Zivilingenieure durch die Bestimmungen des Vermessungsgesetzes, denen zufolge das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen den Inhalt der Teilungspläne künftig im Sinne einer Beglaubigung prüfen soll, zu unternehmen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Durch den vom Bundesministerium für Bauten und Technik ausgearbeiteten Entwurf eines Vermessungsgesetzes wird keineswegs in das Beglaubigungsrecht der Ingenieurkonsulenten für das Vermessungswesen eingegriffen. Der Entwurf sieht in seinem § 39 lediglich vor, daß Teilungspläne vor ihrer Einreichung beim Grundbuch einer Bestätigung des zuständigen Vermessungsamtes bedürfen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Minister! Sind Sie nicht der Überzeugung, daß auf Grund dieser Gesetzesformulierung den Zivilingenieuren eine Genehmigungspflicht auferlegt wird, die zu einer unerhörten Verbürokratisierung des gesamten Vermessungswesens in Österreich führen wird? In Bayern ist dies verstaatlicht; es dauert fünf bis sieben Jahre, bis ein solcher Fall erledigt wird. Welche Verzögerungen werden sich auf Grund Ihrer neuen Gesetzesgrundlage in Österreich Ihrer Ansicht nach ergeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Es ist bekannt — ich habe darauf hingewiesen, und auch Sie haben es festgestellt —, daß sich dieser Entwurf gegenwärtig im Begutachtungsverfahren befindet. Es wird Sache des Begutachtungsverfahrens und in der weiteren Folge Sache der parlamentarischen Behandlung sein, solche Befürchtungen weitgehend auszuräumen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Minister! Sind Sie bereit, in dem neu zu beschließenden Vermessungsgesetz jenen bewährten Grundsatz weiterhin sicherzustellen und zu gewährleisten, der besagt, daß die Arbeiten, die von den Zivilingenieuren nach dem bisherigen Beglaubigungsrecht durchgeführt werden sollen, nicht der Verbürokratisierung unterworfen werden dürfen, weil sich aus der Verbürokratisierung durch das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen nicht nur eine Verzögerung, sondern darüber hinaus eine eklatante Verteuerung für den Staatsbürger in Österreich ergibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Ich darf nur wiederholen, daß es nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens meine Aufgabe sein wird, weitgehend auf die Vorschläge Rücksicht zu nehmen und einen Regierungsentwurf zu erstellen, der auch diesem Grundsatz nach Möglichkeit Rechnung trägt.

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Ing. Helbich (*ÖVP*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Vollziehung des Elektrotechnikgesetzes.

699/M

Welche Maßnahmen gedenkt das Bundesministerium für Bauten und Technik hinsichtlich der Vollziehung des Elektrotechnikgesetzes, BGBl. Nr. 57/1965, zu ergreifen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Nach der am 3. Mai 1965 erlassenen 1. Durchführungsverordnung über die Geschäftsführung und Organisation des Elektrotechnischen Beirates wurde soeben die 2. Durchführungsverordnung fertiggestellt, deren Unterzeichnung durch mich am 23. 3. 1967 erfolgte; sie ist vor kurzem in Rechtskraft getreten. Durch diese Durchführungsverordnung werden 82 elektrotechnische Sicherheitsvorschriften verbindlich gemacht.

Durch die Einführung dieses Prüfzwanges soll sowohl die Sicherheit aller Staatsbürger, die Elektrogeräte benutzen, erhöht werden; außerdem sollen die Industrie und das Gewerbe Österreichs dadurch vor einer unlauteren Konkurrenz durch ausgesprochen sicherheitswidrige ausländische Erzeugnisse geschützt werden.

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Guggenberger (*ÖVP*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Kredite für die Wiederherstellung von Bundesstraßen.

698/M

Kann im Jahre 1967 mit der Bereitstellung entsprechender Kredite für die Wiederherstellung der durch die Hochwässer im Jahre 1966 an Bundesstraßen angerichteten Beschädigungen gerechnet werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Durch die drei Hochwasserwellen im Juni, Juli, August und November 1966 sind an den Bundesstraßen an 602 Stellen und an 77 Brücken Schäden entstanden; es sind also insgesamt 679 Schadensstellen zu verzeichnen. Die Kosten der Behebung der Schäden an Bundesstraßen und Brücken wurden von den einzelnen Bundesländern geschätzt, und zwar hat eine Überprüfung dieser Schätzung ergeben, daß insgesamt 307,5 Millionen Schilling für Schadensbehebungen notwendig werden.

Für die Bedeckung dieser Kosten standen zur Verfügung: 30,6 Millionen Schilling aus dem Ansatzposten „Behebung von Katastrophenschäden“ und 81 Millionen Schilling zufolge Freigabe zusätzlicher Mittel durch das Bundesministerium für Bauten und Technik, insgesamt 111,6 Millionen Schilling. Es verbleibt daher noch ein Restbetrag von 195,9 Millionen Schilling zur Deckung übrig.

Für das Jahr 1967 wurden im Zuge der Gesamtrahmenplanung 66 Millionen Schilling für die weitere Behebung dieser Hochwasserschäden freigestellt. Es bleibt demnach für die weitere Behebung dieser Schäden noch ein Betrag von 130 Millionen Schilling offen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Guggenberger**: Herr Minister! Werden unter diesen Umständen die wirklich erforderlichen Wiederinstandsetzungsarbeiten vor allem in Kärnten möglich sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina**: Gerade im Bundesland Kärnten wurden schon im vergangenen Jahr die notwendigen Sanierungsarbeiten in die Wege geleitet. Es ist durch den heurigen finanziellen Rahmen für die Bundesstraßen gesichert, daß auch im heurigen Jahr diese in die Wege geleiteten Schadensbehebungen fortgeführt werden können. Es ist lediglich für das Bundesland Kärnten noch ein Betrag von etwa 15 Millionen Schilling, für den ich gegenwärtig noch keine Bedeckung habe. Aber es ist anzunehmen, daß durch die erhöhten Eingänge aus der Mineralölsteuer auch diese Bedeckung noch gefunden werden kann.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: 8. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Alpine-Werk Traisen.

723/M

Nachdem laut Zeitungsmeldungen im Alpine-Werk Traisen in den letzten Jahren 161 Millionen Schilling investiert wurden und trotzdem nicht kostendeckend produziert werden konnte, frage ich Sie, Herr Minister, wo die Ursachen für diesen Zustand zu suchen sind.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dipl.-Ing. Dr. Ludwig **Weiß**: Herr Abgeordneter! Eine ähnliche Anfrage wurde im Hohen Hause schon einmal an mich gerichtet, sodaß ich mich zum Teil wiederholen muß. Das Erzeugungsprogramm von Traisen ist unterzuteilen in die Erzeugung von Stahlguß einerseits und Fittings — das sind Rohrbestandteile — andererseits. Der erwähnte Investitionsaufwand, den Sie in Ihrer Anfrage angeführt haben, bezieht sich auf den Sektor der Fittingsherzeugung und war vor allem notwendig, um in dem aus der USIA-Verwaltung in einem schlechten Zustand übernommenen Werk veraltete Einrichtungen durch moderne zu ersetzen. Damit konnte die Erzeugung von Fittings wirtschaftlich gestaltet und die Produktion den gesteigerten Qualitätsanforderungen des Marktes angepaßt werden.

Was den Sektor Stahlguß anbelangt, bestehen hier bereits seit Jahren Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß die

gesamtösterreichische Stahlgußkapazität das Mehrfache der Absatzmöglichkeiten beträgt. Durch diesen Umstand und zufolge ausländischer Konkurrenz ist das Geschäft mit Stahlguß nicht nur in Österreich, sondern auch im Export, welcher etwa ein Viertel der Gesamterzeugung beträgt, bereits seit Jahren zu einem Verlustgeschäft geworden. Dieser Zustand zwang die Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft bereits im Jahre 1966, die Erzeugung von Stahlguß in Traisen zu reduzieren, da für die bisherige Erzeugung der Absatz fehlte. Die anhaltende Verschlechterung zwang auch für das Jahr 1967 zu einer weiteren Reduktion.

Die Erzeugung von Fittings ist dank der eingangs erwähnten Investitionen bisher noch kostendeckend. Allerdings erfolgte auf diesem Gebiet etwa Mitte 1966 ein starker Einbruch in den Absatzmarkt, vor allem in Westdeutschland, und zwar durch das Auftreten ausländischer Konkurrenz aus den Oststaaten, besonders aus Jugoslawien, aus Portugal und Japan.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter**: Herr Bundesminister! Die Ihnen nicht unbekanntes „Lilienfelder Zeitung“ behauptete am 16. März, daß das Werk Traisen der Alpine-Betrieb mit der höchsten Investitionsquote in den letzten Jahren ist. Trotzdem wird nicht kostendeckend produziert, trotzdem erweist sich die Fittingsproduktion, die Sie erst als zielführend bezeichnet haben, als nicht zielführend. Was also muß nach Ihrer Überzeugung getan werden, um das Werk Traisen aktiv führen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Herr Abgeordneter Peter! Ich glaube, die Prüfung dieser Frage muß ich vorerst der Österreichischen Industrie-Verwaltungsgesellschaft überlassen, die bekanntlich erst mit 1. April ihre Tätigkeit begonnen hat.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter**: Herr Bundesminister! Im Werk Traisen wurde bisher ein mobiler Gottwaldkran in zwei Schichten verwendet. Die Werksleitung war der Meinung, daß dieser mobile Gottwaldkran nunmehr durch einen Schaufellader, der 325.000 S kostete, ersetzt werden müßte. Der Gottwaldkran kann nur mehr im Einschichtbetrieb verwendet werden, der Schaufellader ist auch nicht ausgelastet. Wie erklären Sie sich diese neue Fehlinvestition in Traisen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Davon höre ich jetzt das erste Mal von Ihnen; ich werde mich für diesen Fall interessieren.

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Ofenböck (*ÖVP*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Bewerber um Wohnobjekte.

700/M

Wie viele ehemalige Werksangehörige der Steinkohlenbergbau Ges. m. b. H. Grünbach sind als Bewerber um Wohnobjekte beim Liquidator aufgetreten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Von ehemaligen Betriebsangehörigen der Steinkohlenbergbau Grünbach Ges. m. b. H. wurden bisher 38 Bewerbungen auf Wohnobjekte entgegengenommen. Hievon beziehen sich 36 auf kleinere Wohnhäuser, wobei das Interesse teilweise auf alleinigen Erwerb oder auf gemeinsamen Erwerb mit anderen geht, und auf zwei Eigentumswohnungen in größeren Objekten. Überdies interessieren sich noch unter Umständen acht weitere Betriebsangehörige um Wohnobjekte, doch ist es noch nicht zu konkreten Anboten gekommen.

Aus dem Kreis der ehemaligen Betriebsangehörigen liegen noch 34 Bewerbungen um Bauparzellen vor, wodurch sich die Zahl der Interessenten auf 80 erhöht. Von Werksfremden liegen Bewerbungen um 35 Wohnobjekte und 10 Bauparzellen vor.

Insgesamt wurden bisher 38 Kaufverträge abgeschlossen, die sich auf 30 Betriebsangehörige und 8 Fremde beziehen. Die Summe der Kaufpreise betrug bei den Betriebsangehörigen 3 Millionen Schilling, bei den Werksfremden 2,2 Millionen Schilling.

Der noch zur Veräußerung kommende Teilbesitz umfaßt folgende Objekte: in kurzer Zeit abschlußreif sind zwölf Objekte; wahrscheinlich in absehbarer Zeit verkäuflich sind 30 Objekte — in diesen beiden Gruppen sind 100 Wohnungen vorhanden —; schwer verkäuflich sind 48 Objekte mit 320 Wohnungen.

Es ist anzunehmen, daß sich auch in der letzten Gruppe, bei der es sich vorwiegend um Mehrfamilienhäuser handelt, die nach Möglichkeit in Form von Eigentumswohnungen abgegeben werden sollen, noch Interessenten aus der ehemaligen Belegschaft, die in diesen Häusern wohnen, zum Kauf entschließen werden.

Präsident: 10. Anfrage: Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (*SPÖ*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Signale von Schiffssirenen.

717/M

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Bewohner in der Umgebung des Handelskais durch die Signale von Schiffssirenen in ihrer Nachtruhe empfindlich gestört werden, frage ich, welche Maßnahmen getroffen werden können, um diesem Übelstand abzuwehren.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: An akustischen Signalen, die im Bereiche des Handelskais auf Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften auch bei Nacht gegeben werden müssen, kommen insbesondere die Wendesignale auf dem unmittelbar stromabwärts der Reichsbrücke gelegenen Rondoplatz, weiters im Falle des Begegnens die entsprechenden Ausweichsignale und die Warnsignale in Betracht. Auf Grund der Tatsache, daß bei Nacht talfahrende Schiffe nur selten unterwegs sind — ausgenommen sind vielleicht Fahrgastschiffe in den späten Abendstunden und in den frühen Morgenstunden —, werden die vorerwähnten Signale relativ selten gegeben. Im Interesse der Sicherheit der Schifffahrt kann leider auf diese Schallzeichen nicht verzichtet werden. Im übrigen ist die mißbräuchliche Verwendung von Schallzeichen verboten.

Meine Untersuchung hat ergeben, daß bei der Strom- und Hafenaufsicht Wien-Praterkai von Mietern nach Bezug von Neuwohnungen, insbesondere im Bereich des Elderschplatzes, angefragt wurde, ob die durch die Signale entstehende Lärmentwicklung während der Nacht nicht abgestellt werden könnte. Das mußte leider verneint werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw: Sehr geehrter Herr Minister! Es ist mir klar, daß Signale gegeben werden müssen. Die Frage ist nur: Gibt es nicht eine Tonhöhengrenze und eine Grenze der Tonstärke, die es nach sich ziehen, daß die Signale wohl verstanden werden, sich aber nicht zu einer Qual für die Menschen, die dort leben, gestalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Das, gnädige Frau, ist eine technisch-wissenschaftliche Frage. Ich möchte sie ganz gerne untersuchen lassen. Sie ist interessant, aber Auskunft kann ich augenblicklich darauf keine geben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw: Bin ich richtig informiert, Herr Minister, daß es ein Komitee zur Lärmbekämpfung und ein Komitee für Sicherheit gibt? Vielleicht wollen Sie bitte so lieb sein und untersuchen, ob

4132

Nationalrat XI. GP. — 52. Sitzung — 19. April 1967

Dr. Stella Klein-Löw

diese beiden Komitees zusammenarbeiten können, damit die Lärmbekämpfung nicht zu kurz kommt und die Sicherheit trotzdem nicht leidet.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Ich werde auch diese Frage zu klären versuchen.

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Doktor van Tongel (*FPÖ*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Sicherheitsbestimmungen der Post- und Telegraphendirektion.

718/M

Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen der Post- und Telegraphendirektion zu gewährleisten bzw. diese, wenn notwendig, zu ändern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Es wurde veranlaßt, daß allen in Betracht kommenden Bediensteten die von uns als ausreichend anzusehenden Sicherheitsbestimmungen, insbesondere die für die Beförderung von Wertsendungen geltenden, neuerlich, und zwar nachweislich, zur Kenntnis gebracht werden. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, daß Postkurse von den Postämtern keinesfalls vor der planmäßigen Abfahrtszeit abgefertigt werden dürfen. Die Bediensteten wurden neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei Verstößen gegen die Sicherheitsbestimmungen mit strengster Ahndung und mit ihrer allfälligen Heranziehung zur Schadensgutmachung zu rechnen haben. Die Kontrollorgane der Post- und Telegraphendirektionen sind angewiesen, die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen genauestens zu überwachen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van **Tongel:** Abgesehen von der Problematik der Schadensheranziehung von kleinen Postbeamten bei Millionendiebstählen schien es doch der Verwaltung ausreichend zu sein, für alle Postwertabteile Österreichs, wie der Chef der Wiener Kriminalpolizei, Dr. Heger, ausführte, einen einzigen Schlüssel zu haben. Darf ich fragen, ob das geändert wurde?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Es ist allerdings richtig, daß ein einziger Schlüssel dafür vorhanden ist. Dagegen ist auch ein Vorhängeschloß als zweites Schloß vorhanden, das allerdings nicht bei sämtlichen Wagen einheitlich ist, sondern für die Kurse verschieden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van **Tongel:** Wie Sie gehört haben, wurde dieses zweite Vorhängeschloß, das von anderen Postkursen different ist, ich glaube, mit einem einfachen Werkzeug demoliert und abgehängt, sodaß dann der einzige Postschlüssel übriggeblieben ist. Herr Minister! Würden Sie nicht doch in Erwägung ziehen, ein anderes System einzuführen als das des einfachen Vorhängeschlosses, das bekanntlich jedermann mit einem Stemmeisen oder mit sonst irgend etwas abreißen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Das wäre niemals möglich gewesen, wenn die Bediensteten die Bestimmungen eingehalten und den Wagen nicht verlassen hätten.

Präsident: 12. Anfrage: Abgeordneter Krempf (*ÖVP*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Koordinierung der Nichteisenmetallindustrie.

701/M

Da die verstaatlichten Unternehmungen des NE-Metallbergbaues und der NE-Metallindustrie weitgehend zersplittert sind, frage ich Sie, Herr Minister, ob an eine Koordinierung der Nichteisenmetallindustrie gedacht ist.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Im Vorjahr hat Herr Staatssekretär Dr. Taus Koordinierungsgespräche neu begonnen. Diese umfaßten vorerst die Werke Berndorf und Amstetten der Vereinigten Metallwerke Ranshofen-Berndorf sowie die Enzesfeld-Caro-Metallwerke A. G. Die Verhandlungen sind so weit gediehen, daß noch in diesem Jahr mit einer Bereinigung des Problems zu rechnen ist.

Für den anderen Bereich der NE-Metallindustrie, das sind die Bleiberger Bergwerks-Union, Mitterberg und Brixlegg, bestehen schon Pläne einer Koordinierung, die in dem demnächst zu bildenden NE-Branchenausschuß des Aufsichtsrates der ÖIG zur Behandlung gelangen werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Krempf:** Herr Minister! Von diesen Koordinierungsmaßnahmen hängt für das Wohl und Wehe der Arbeiter und der Angestellten dieser Betriebe sehr viel ab. Können Sie, bitte, ungefähr einen Termin nennen, wann diese Koordinierungsgespräche abgeschlossen sein werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Seit 1. April existiert die Österreichische Industrie-Verwaltungsgesell-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß

schaft. Daß die Österreichische Industrie-Verwaltungsgesellschaft in drei Wochen noch nicht vollkommen eingerichtet werden konnte, wird jedermann verständlich sein. Ich hoffe, daß diese Gesellschaft möglichst bald mit ihrer Arbeit beginnen wird. Ich werde dann dafür Sorge tragen, daß die Frage der NE-Metallindustrie möglichst in den Vordergrund der Betrachtungen gerückt wird.

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Wodica (SPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Rax-Werk Wiener Neustadt.

719/M

Sind die Besitzverhältnisse im Rax-Werk Wiener Neustadt schon geklärt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Auf Ihre Anfrage muß ich mit einem einzigen Wort antworten: Nein.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Wodica: Herr Bundesminister! Nach Kenntnis der Sachlage habe ich gar keine andere Antwort erwartet. Ich erlaube mir aber, folgendes zu fragen, Herr Bundesminister:

Da das Rax-Werk nach seinem unglückseligen Ende nunmehr länger als ein Jahr stillsteht und die Republik Österreich bisher tatenlos zugesehen und nicht gesagt hat, was in Zukunft mit diesem sehr wertvollen Vermögen der Republik Österreich zu geschehen hat, frage ich, Herr Bundesminister, ob Sie in Ihrem Ministerium oder ob Sie selbst einen Weg sehen, daß die Klärung der Besitzverhältnisse endlich in Angriff genommen oder beschleunigt wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Ich habe die Simmering-Graz-Pauker bereits daraufhin angesprochen und habe veranlaßt und versucht, zu erreichen, daß die Verhandlungen zwischen der Simmering-Graz-Pauker und der Firma Pölzl möglichst bald abgeschlossen werden. Bekanntlich geht die Frage dahin, ob der seinerzeit abgeschlossene Vertrag rechtsgültig ist oder nicht. Ich hoffe, daß ich in nächster Zeit eine Antwort von der Simmering-Graz-Pauker bekommen werde, damit diese sehr unangenehme Frage endgültig und baldigst geklärt werden kann.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Wodica: Herr Minister! Ich nehme das gern zur Kenntnis. Ich erlaube mir aber, als zweite Frage folgendes vorzubringen:

Mir wurde mitgeteilt, daß seit dem Abbruch der Verhandlungen zwischen dem neuen Käufer und der SGP bis zum heutigen Tage überhaupt keine weiteren Bemühungen um die Aufrechterhaltung dieses oder die Ungültigkeitserklärung des anderen Vertrages unternommen worden seien. Entspricht das den Tatsachen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Darauf kann ich nicht sofort antworten. Die Mitteilung, die ich habe, lautet, daß nach wie vor die beiden Rechtsstandpunkte ungeklärt sind. Die Simmering-Graz-Pauker ist der Meinung, daß der Verkaufsvertrag zu Recht besteht, Pölzl erklärt, daß der Verkaufsvertrag nicht zu Recht besteht. Es hat keine der beiden Firmen bis heute den Rechtsweg beschritten. Ich kann nicht mehr sagen, als daß ich die Simmering-Graz-Pauker veranlaßt habe, diese Angelegenheit raschestens einer Klärung zuzuführen.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Typenbereinigung bei E-Lokomotiven.

720/M

Nachdem Sie in der Fragestunde vom 10. März 1967 erklärt haben, daß die vergleichsweise geringe Laufzeit der österreichischen E-Lokomotiven unter anderem in der verhältnismäßig großen Typenanzahl begründet ist, frage ich Sie, Herr Minister, was Sie zur Typenbereinigung bei den E-Lokomotiven unternehmen werden.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Diese Typenbereinigung bei E-Lokomotiven ist bereits erfolgt. Es werden derzeit nur Elektrolokomotiven der Reihe 1042 in Auftrag gegeben. Von dieser Serie sind bereits 60 Stück geliefert worden. Weitere 10 Stück sind bereits bestellt.

Ich will allerdings nicht verhehlen, daß auch von den 60 Stück, die schon ausgeliefert wurden, 50 für eine Geschwindigkeit von 130 km pro Stunde vorgesehen waren. Jetzt aber sollen alle Lokomotiven für eine Geschwindigkeit von 150 km in der Stunde gebaut werden. Sobald die Anzahl der ausgelieferten Lokomotiven so groß ist, daß der laufende Bedarf gedeckt ist, kann die Auswechslung der veralteten Lokomotiven gegen den einheitlichen Typ vorgenommen werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Herr Minister! Können Sie mir die zusätzliche Frage beantworten, ob Aussichten bestehen, die alten Bestände günstig abverkaufen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Augenblicklich ist noch absolut Bedarf an Elektrofahrzeugen vorhanden, sodaß wir noch nicht sagen können, wann mit einem solchen Verkauf der alten Bestände gerechnet werden kann. Es wird aber nicht sehr leicht sein, diese Altbestände irgendwohin in das Ausland zu verkaufen, weil unser Stromsystem, wie es auch in Deutschland und in der Schweiz gebräuchlich ist, in den übrigen Staaten nicht zur Anwendung kommt. Das ist Einphasenwechselstrom mit $16\frac{2}{3}$ Perioden, und die derzeitigen Motoren sind für die anderen ausländischen Stromsysteme nicht verwendbar.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Herr Minister! Besteht derzeit die Absicht, alle Elektrolokomotiven nach dem Typ 1042 anzuschaffen, oder bestehen weiterhin andere Bestrebungen, etwa zusätzliche neue Typen einzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Die Technik bleibt natürlich nicht stehen. Ich kann heute nicht sagen, ob wir die Serie 1042 auch in hundert Jahren noch bauen werden. Es ist selbstverständlich, daß dann, wenn die Technik so weit fortgeschritten ist, daß ein neuer Typ entwickelt werden könnte, wie dies zum Beispiel hinsichtlich elektronisch gesteuerter Elektrolokomotiven schon der Fall sein könnte, sich auch die Österreichischen Bundesbahnen zum Bau neuer Typen entschließen. Aber augenblicklich ist eine solche Entwicklung nicht abgeschlossen. Solange sie nicht abgeschlossen ist, hat es wohl keinen Sinn, sich mit anderen Typen zu beschäftigen. (*Abg. Probst: Aber in hundert Jahren schon!*)

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter Guggenberger (ÖVP) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Abteile in Fernzügen für Mütter mit Kleinkindern.

702/M

Halten Sie, Herr Minister, es für möglich, bei den Österreichischen Bundesbahnen für Mütter, die mit Kleinkindern reisen müssen, in den Fernzügen besondere Abteile zu reservieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Die Frage der Einrichtung besonderer Abteile für Mutter und Kind in Zügen des internationalen Reiseverkehrs wurde über Antrag der Österreichischen Bundesbahnen bereits in einer im Jahre 1961 in Rom stattgefundenen Sitzung des Internationalen Eisenbahnverbandes in die Tagesordnung aufgenommen und

auf internationaler Ebene einer eingehenden Prüfung unterzogen. Im Verlaufe dieser Beratungen zeigte sich, daß alle bedeutenden ausländischen Eisenbahnen dem Gedanken ablehnend gegenüberstanden, ja sogar darüber berichteten, daß ihnen hinsichtlich probeweise eingerichteter Abteile der erwähnten Art entgegengehalten wurde, daß die Gefahr bestehe, daß es in solchen Abteilungen zu Ansteckungen unter den Kindern kommen kann. Deshalb haben die meisten Bahnverwaltungen von dieser Einrichtung Abstand genommen.

Wir werden aber prüfen, ob bei bestimmten Inlandszügen — es kämen dafür nur Inlandszüge mit langem Zuglauf in Frage — für Mütter mit Kleinkindern besondere Abteile zur ausschließlichen Benützung vorbehalten werden könnten, also ähnlich, wie es Abteile für schwer Körperbehinderte gibt.

Allerdings würden diese Abteile für die Mütter nur dann irgendwelche Vorteile bringen können, wenn sie auch mit einem Wickeltisch, mit Wasch- und Wärmegelegenheiten ausgestattet wären. Die Schaffung solcher Spezialabteile ist jedoch mit hohen Kosten verbunden, sodaß augenblicklich nur versucht werden könnte, bestehende Abteile für Mütter zu reservieren.

Die Österreichischen Bundesbahnen sind jedoch namentlich bei Neubauten von Fahrzeugen bemüht, Waschräume zu schaffen, die derartig bequem sind, daß darin auch Kinderpflege durchgeführt werden kann.

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Melter (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend österreichische Starkstromindustrie.

721/M

Bestehen konkrete Pläne, die österreichische Starkstromindustrie durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere auch durch erweiterte Forschungsmöglichkeiten, international konkurrenzfähig zu erhalten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Ich darf eingangs festhalten, daß ich nicht kompetent bin, über wirtschaftliche Maßnahmen für die allgemeine österreichische Starkstromindustrie zu sprechen; ich kann nur über wirtschaftliche Maßnahmen im Bereich der verstaatlichten Starkstromindustrie sprechen.

Die Praxis hat gezeigt, daß in der Elektroindustrie für die Forschung Mittel in einer Größenordnung notwendig sind, wie sie die international gesehen, relativ kleine verstaatlichte Elektroindustrie nicht wird aufbringen können. Dieser Nachteil würde sich auch auf die Konkurrenzfähigkeit auswirken. Es wurden daher zwischen der verstaatlichten Stark-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß

stromindustrie, aber auch mit Privatfirmen Gespräche begonnen, welche auf eine weitgehende Zusammenarbeit abzielen. Gegenstand der Gespräche ist unter anderem die Verwertung der Forschungsergebnisse, eine Abstimmung der Produktion, sodaß von einzelnen Werken nur bestimmte Erzeugnisse hergestellt werden, sowie ein gemeinsamer Vertrieb.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Herr Minister! Ist die besprochene Zusammenarbeit mit anderen Firmen etwa auch auf eine Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen abgestellt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Eine Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen, besonders mit dem Siemens-Konzern, ist heute bereits vorhanden, weil die österreichische verstaatlichte Industrie auf Grund von Lizenzen des deutschen Siemens-Konzerns arbeitet.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Melter: Herr Minister! Können Sie Auskunft darüber geben, welche Kredite der verstaatlichten Starkstromindustrie zur Verfügung stehen, um Forschungsaufgaben betreiben zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Augenblicklich kann ich einen Betrag nicht nennen. Sie wissen aber, daß im ÖIG-Gesetz festgelegt ist, daß die Forschung gerade von der ÖIG in der verstaatlichten Industrie in besonderer Weise gefördert werden soll. Wie hoch dieser Betrag sein wird, kann augenblicklich noch nicht gesagt werden.

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Übernahme eines Flugbootes vom Typ „Meteor“.

722/M

Sind jene Zeitungsmeldungen richtig, wonach die DDSG als Kompensationsgeschäft für einen sowjetischen Großauftrag an die Korneuburger Schiffswerft ein für den Passagierverkehr bestimmtes Flugboot vom Typ „Meteor“ übernehmen soll, das in ruhendem Zustand einen Tiefgang von 2,5 m aufweist und bei Niederwasser wahrscheinlich auflaufen würde?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Die Zeitungsmeldungen, wonach die DDSG als Kompensationsgeschäft für einen sowjetischen Großauftrag an die Korneuburger Schiffswerft ein Tragflügelboot der Type „Meteor“ übernehmen muß, sind nicht richtig.

Im Rahmen des österreichisch-sowjetischen Handelsvertrages wurde zwischen der Schiffswerft Korneuburg und der sowjetischen Außenhandelsgesellschaft Sudoimport ein Lieferungsvertrag auf 10 Zugschiffe abgeschlossen. Hierbei wurde vereinbart, daß zirka 6 Prozent des Preises nicht in Verrechnungsdollar bezahlt, sondern mit Warenlieferungen nach Österreich kompensiert werden. Als Warenlieferungen wurden angeboten: Drehbänke, Präzisionswerkzeugmaschinen und ein Tragflügelboot „Meteor“. Ob ein Tragflügelboot, das übrigens nicht einen Tiefgang von 2,50 m, sondern nur von 2,30 m aufweist, tatsächlich gekauft wird, hängt vom Ergebnis einer genauen praktischen Prüfung und vom Ergebnis der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes eines solchen Fahrzeuges ab.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Frühbauer (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend flugsportliche Veranstaltungen.

724/M

Nach welchen Gesichtspunkten wird vom Bundesministerium für Landesverteidigung über die Mitwirkung der österreichischen Luftstreitkräfte an flugsportlichen Veranstaltungen entschieden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Entscheidend ist, ob wir vom Veranstalter zu einer solchen Veranstaltung eingeladen und um Teilnahme und Mitwirkung ersucht werden, ferner auch die Bedeutung der Veranstaltung. Die Teilnahme der Luftstreitkräfte an solchen Veranstaltungen dient nicht nur Ausbildungszwecken, sondern soll auch das Interesse des Bundesheeres an der zivilen Luftsportausbildung deutlich machen. Gleichzeitig ist damit auch ein nicht unwesentlicher Werbeeffekt für die österreichischen Luftstreitkräfte verbunden.

In anderen Ländern gibt es schlechthin keine größeren zivilen flugsportlichen Veranstaltungen, an denen nicht auch Einheiten der Luftwaffe des betreffenden Landes mitwirken. Das gleiche gilt auch für Fallschirmspringerkonkurrenzen, bei denen die Absetzmaschinen in der Regel Maschinen der jeweiligen Armee sind. Bei meinem Besuch in den Vereinigten Staaten konnte ich eine große Kunstflugvorführung der weltberühmten Thunderbirds, eines eigenen Kunstflug-Düsenmaschinenverbandes sehen, der der amerikanischen Luftwaffe angehört und der in Williams, Arizona, seine Vorführungen darbot.

Bundesminister Dr. Prader

In der nächsten Zeit werden die österreichischen Luftstreitkräfte über Ersuchen des Klagenfurter Luftsportklubs an der Eröffnung der österreichischen Staatsmeisterschaften im Segelflug am 13. Mai 1967 und über Ersuchen der zivilen Luftfahrtschule des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur am Großflugtag am 10. Juni 1967 in Kapfenberg teilnehmen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Frühbauer: Herr Minister! Welche Gründe waren maßgebend dafür, daß die Mitwirkung der österreichischen Luftstreitkräfte beim Flugtag am Faakersee am 4. und 5. Februar nicht möglich war, wohl aber eine Woche darnach beim Flugsporttag am Wörthersee?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen jetzt aus dem Handgelenk nicht beantworten. Ich bin gerne bereit, diese Frage überprüfen zu lassen und Ihnen dann eine schriftliche Antwort zuzustellen.

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordneter Dr. von Tongel (FPÖ) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Umbenennungen von Kasernen.

725/M

Welche Umbenennungen von Kasernen des Bundesheeres sind von Ihnen geplant?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Eine endgültige Entscheidung habe ich noch nicht getroffen. Die Frage der Kasernenbenennung wird aktenmäßig im Verteidigungsministerium seit dem Jahre 1961 behandelt. Ich habe daher Auftrag gegeben, auch diese Frage zu bereinigen und einen endgültigen Antrag an das Bautenministerium, Bundesgebäudeverwaltung II, fertigzustellen.

Abgesehen von dem bereits unter meinen Amtsvorgängern durchgeführten Begutachtungsverfahren habe ich neuerlich ein umfangreiches Begutachtungsverfahren eingeleitet. Zunächst hatten die Militärkommanden dazu Stellung zu nehmen. Nach Einlangen der Stellungnahmen wurde der Entwurf unter Hinzuziehung der militärwissenschaftlichen Abteilung neu überarbeitet und sodann neuerlich den Militärkommanden mit dem Auftrag zugemittelt, das Einvernehmen mit den jeweiligen Garnisongemeinden und den jeweiligen Landesregierungen herzustellen und ihnen diese Vorschläge mit der Bitte zu überreichen, uns etwaige Abänderungswünsche mitzuteilen. Inzwischen sind auch von verschiedenen Organisationen Wünsche eingelangt.

Ich habe den Auftrag gegeben, den Entwurf unter weitestmöglicher Berücksichtigung der eingelangten Vorschläge neuerlich zu überarbeiten. Hierbei soll auf die Wünsche aller angemessen Bedacht genommen werden. Ich hoffe, den Vorschlag in allernächster Zeit fertigstellen zu können. Ich werde dann das endgültige Konzept der Öffentlichkeit vorlegen, und ich bin sicher, daß bei gerechter Würdigung aller zu berücksichtigenden Umstände die Lösung auch Anerkennung finden wird. Eine Lösung, die allen Wünschen hundertprozentig entspricht, gibt es der Natur der Sache nach nicht, sie liegt daher außerhalb des Bereiches des Möglichen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. von Tongel: Können Sie, Herr Minister, dem Nationalrat die Grundsätze bekanntgeben, nach denen Sie diese Umbenennung, die Ihrer letzten Entscheidung unterliegt, vornehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Die Grundsätze, die angewendet werden, sind sehr klar zu skizzieren: Alte Namen möglichst nicht zu verändern, außer wenn sehr viele Kasernen denselben Namen haben; das ist ein Wunsch der Bundesgebäudeverwaltung gewesen, um Verwechslungen möglichst auszuschließen. Neue Kasernen sollen möglichst zu Ereignissen und Persönlichkeiten in Bezug gebracht werden, die entweder aus diesem Bereich stammen oder deren Leistungen sich in diesem Bereich abgespielt haben. Das sind die Grundsätze. Vor allem soll aber auch die große österreichische Militärtradition bei diesem Anlaß wieder sinnvoll zum Ausdruck kommen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. von Tongel: Werden Sie vor endgültiger Anordnung der Umbenennungen Ihre Vorschläge dem Landesverteidigungsrat bekanntgeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Angelegenheiten der Gebäudeverwaltung — und um solche handelt es sich — sind nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes und der Geschäftsordnung nicht Gegenstand der Verhandlungen des Landesverteidigungsrates.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: Anfrage 20 wurde zurückgezogen.

21. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Justiz, betreffend Strafrechtsentwurf.

726/M

Beruhren jene Zeitungsmeldungen auf Richtigkeit, wonach Sie nicht den von der Österreichischen Strafrechtskommission in einer mehr als zehnjährigen Arbeit geschaffenen Entwurf, sondern einen nach Beratungen mit Vertretern der Kirche und anderen Stellen abgeänderten Strafrechtsentwurf dem Nationalrat zur Beratung und Beschlußfassung vorlegen wollen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In keinem Zeitpunkt der Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch war in Aussicht genommen, den von der Strafrechtskommission ausgearbeiteten Strafrechtsentwurf unverändert als Regierungsvorlage einzubringen. Der Entwurf der Strafrechtskommission sollte — auch unter meinen Herren Amtsvorgängern — nur die Grundlage für die Ausarbeitung einer Regierungsvorlage durch das Bundesministerium für Justiz bilden.

Schon die Einholung von Stellungnahmen zeigt, daß mit Änderungen und Ergänzungen des Entwurfes der Kommission gerechnet worden ist. So weisen denn auch die unter meinem Herrn Amtsvorgänger Dr. Broda ausgearbeiteten Strafrechtsentwürfe 1964 und 1966 gegenüber dem Kommissionsentwurf viele Änderungen auf.

Mein Herr Amtsvorgänger, Herr Bundesminister a. D. und Abgeordneter Dr. Broda, hatte in der Angelegenheit der Strafrechtsreform mehrere Unterredungen mit Seiner Eminenz, dem Herrn Kardinal DDr. König, und anschließend daran hat er — wie mir berichtet worden ist — einen Briefwechsel mit dem Beauftragten der Bischofskonferenz für die Strafrechtsreform, dem Herrn Bischof Dr. Laszlo, geführt. Danach sollten noch vor der Befassung des Ministerrates und der Organe der Bundesgesetzgebung mit einem Strafrechtsentwurf Besprechungen mit der katholischen Kirche über ihre Einwendungen und Wünsche zu einem neuen Strafgesetz stattfinden. Diese Besprechungen habe ich am 5. April dieses Jahres mit Herrn Bischof Doktor Laszlo geführt. Wie sich aus der Verlautbarung der „Kathpress“ ergibt, haben die Besprechungen eine weitgehende Übereinstimmung ergeben.

Wenn die Bischofskonferenz das Ergebnis dieser Besprechungen in Eisenstadt billigt, wird das Justizministerium den letzten, noch von meinem Herrn Amtsvorgänger stammenden Entwurf vom Jahre 1966 überarbeiten, doch steht jetzt schon fest, daß keineswegs — das darf ich mit Nachdruck sagen — ein völlig neuer Entwurf geschaffen wird. Die Arbeit der Strafrechtskommission wird keinesfalls untergehen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Die Überarbeitung der Beratungsergebnisse der Strafrechtskommission durch das Justizministerium war sicher so, wie Sie sagten, Herr Minister, seinerzeit geplant. Es ist jedoch jetzt erst bekanntgeworden, daß Begutachtungsstellen und andere Stellen, wie etwa die Kirche, schon vor der Stellungnahme des Ministeriums ihren Einfluß geltend machen werden und können. Sehen Sie keine Gefahr, Herr Minister, wenn irgendeine Stelle, wie etwa die Kirche, Einfluß auf das Ergebnis der Arbeiten der Strafrechtskommission nimmt, daß logischerweise dann auch alle anderen Stellen sofort mobilisiert werden? Das Tauziehen, das nun einmal auf politischen und anderen Ebenen unvermeidbar ist, wird dann neuerlich hervorgerufen werden, sodaß wir mit Sicherheit annehmen können, daß auch dieser Strafrechtsentwurf das Schicksal aller seiner Vorgänger erleiden wird, in diesem Parlament nicht beraten und beschlossen zu werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich hoffe es jedenfalls nicht und werde alles daransetzen, daß diesem Entwurf ein solches Schicksal nicht beschieden ist.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Herr Bundesminister! Nachdem diese Hoffnung auch Ihre Amtsvorgänger hier schon zum Ausdruck gebracht haben, darf ich Sie nun konkret fragen: Wann rechnen Sie, daß diese Vorlage dem Haus zur Beratung übermittelt werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Klecatsky: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie ich die Dinge jetzt sehe, würde ich meinen, daß zu Beginn des nächsten Jahres der Entwurf dem Hohen Hause zugehen könnte.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 22. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht, betreffend Förderung von Fernsehfilmen.

691/M

Inwieweit wird durch das Bundesministerium für Unterricht die Herstellung von kulturell oder künstlerisch wertvollen Fernsehfilmen gefördert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffi-Percevic: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Förderung von Fernsehfilmen durch das Bundesministerium für Unterricht geschieht auf zweierlei Weise: direkt dadurch, daß wir mit dem Fernsehen selbst einen Vertrag schließen, bestimmte Filme gemeinschaftlich zu fördern. Als Ergebnis solcher Vertragsabschlüsse erwähne ich den Film über das Wiener Burgtheater, einen Film über die Wiener Philharmoniker, der gegenwärtig in Ausarbeitung ist, einen Film über die Romanik-Ausstellung und einen Film über den Wiener Musikverein.

Neben dieser direkten Förderung von Fernsehfilmen versuchen wir, alle Produzenten, die um Subvention einkommen, zu verhalten, ihrerseits mit dem Fernsehen einen Vertrag derart abzuschließen, daß ihre Produktion auch vom Fernsehen übernommen wird, sodaß die vom Unterrichtsministerium subventionierten Filme im Wege über das Fernsehen eine möglichst große Verbreitung erfahren können.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Die Fragestunde ist beendet.

Seit der letzten Haussitzung sind zehn Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Anfragstellern übermittelt wurden. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Haussitzung eingebrachten Anträge 43/A der Abgeordneten Weikhart und Genossen, betreffend Novellierung des Vermögensteuergesetzes, und 44/A der Abgeordneten Spielbüchler und Genossen, betreffend Novellierung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes, weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Im Einvernehmen mit den Parteien stelle ich die heutige Tagesordnung in der Weise um, daß Punkt 5 vorgezogen wird und nach Punkt 1 zur Verhandlung gelangt. Wird hiergegen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung ist somit in der von mir angegebenen Weise umgereiht.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Haberl, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer **Haberl:** Von der Bundesregierung ist folgende Vorlage eingelangt:

Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Republik Österreich über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (455 der Beilagen).

Ferner sind eingelangt:

Bericht der Bundesregierung gemäß § 11 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz, betreffend Ergänzung des Jahresprogramms 1966/67 des ERP-Fonds; Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für Kohlenarbeiter — Abänderung der Grundsätze;

Bericht des Bundesministers für Finanzen, betreffend Möglichkeiten zur Verbesserung der Finanzstatistik;

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen über Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen im 4. Viertel 1965.

Präsident: Die vom Schriftführer soeben zur Verlesung gebrachten Vorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung vom Schriftführer als eingelangt bekanntgegebenen Vorlagen weise ich zu wie folgt:

421 der Beilagen: Bundesgesetz über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse an Kunst- und Kulturgut (Kunst- und Kulturgut-Bereinigungsgesetz), und

427 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften,

dem Finanz- und Budgetausschuß;

423 der Beilagen: Bundesgesetz über die Lagerung von Munition durch das Bundesheer, dem Landesverteidigungsausschuß.

Diesem Ausschuß weise ich auch den Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Hilfeleistungen des Bundesheeres bei Hochwasserkatastrophen 1965 und 1966 zu.

Den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschließung des Nationalrates vom 20. Jänner 1967, womit die Bundesregierung ersucht wird, die Südrampe des Radstädter Tauernpasses in das Sofortprogramm 1967 für Lawinerverbauung einzu beziehen, insbesondere die Verbauung der sogenannten „Breiten Lahn“, weise ich dem Bautenausschuß zu,

und schließlich den Bericht des Bundesministers für Finanzen über Auflösung von Rücklagen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1966 dem Finanz- und Budgetausschuß.

Im Einvernehmen mit den Parteien schlage ich vor, die Debatte über die Punkte 2 und 3 der ausgegebenen Tagesordnung unter einem abzuführen. Es sind dies die beiden Tätigkeitsberichte des Obersten Gerichtshofes für die Jahre 1964 und 1965.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte

Präsident

über alle zwei Punkte unter einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Die Debatte über die Punkte 2 und 3 wird daher unter einem abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (336 der Beilagen): Bundesgesetz über die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern mit der Eisenbahn (Eisenbahn-Verkehrsordnung — EVO) (428 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Eisenbahn-Verkehrsordnung.

Berichtersteller ist der Abgeordnete Ing. Spindelegger. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichtersteller Ing. **Spindelegger:** Hohes Haus! Namens des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft habe ich über das Bundesgesetz über die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern mit der Eisenbahn zu berichten.

Bei der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfes der Eisenbahn-Verkehrsordnung wurde der Grundsatz befolgt, seine Bestimmungen, soweit es die österreichischen Rechtsverhältnisse zulassen, mit den Bestimmungen der neuen internationalen Übereinkommen in Einklang zu bringen; dadurch sollen die sowohl die Eisenbahnen als auch die Bahnbenützer belastenden rechtlichen Verschiedenheiten bei den Eisenbahnbeförderungen weitgehend ausgeschaltet werden.

Der vorliegende Entwurf regelt die vertraglichen Beziehungen zwischen der Eisenbahn und ihren Kontrahenten und hat im wesentlichen zivilrechtlichen Charakter.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 5. April 1967 der Vorberatung unterzogen. Zum Gegenstande sprachen außer dem Berichterstatter Abgeordneter Frühbauer und Abgeordneter Mayr sowie der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dipl.-Ing. Dr. Weiß.

Der Ausschuß war einhellig der Meinung, daß die im § 21 Abs. 1 der Regierungsvorlage vorgesehene Verpflichtung des Reisenden zur Abgabe des Fahrausweises vor oder bei Beendigung der Fahrt durch eine Tarifbestimmung derart abgeändert werde, daß der Reisende den Fahrausweis behalten darf, wenn er dies begehrt.

Ferner hat der Ausschuß im § 138 das Datum des Inkrafttretens des Entwurfes dieses Bundesgesetzes mit 1. Jänner 1968 festgelegt.

Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit den dem schriftlichen Bericht beigedruckten Abänderungen einstimmig angenommen.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (336 der Beilagen) mit den angeschlossenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, General- und Spezialdebatte in einem durchzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf mit den Abänderungen des Ausschußberichtes in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

5. Punkt: Debatte über die Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers, betreffend die Ernennung des Univ. Prof. Dipl.-Volksw. Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär

Präsident: Wir kommen nunmehr zum vorgezogenen 5. Punkt der Tagesordnung: Debatte über die Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers, betreffend die Ernennung des Universitätsprofessors Diplom-Volkswirt Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. **Pittermann** (SPÖ): Hohes Haus! Wir beschäftigen uns heute mit einer Mitteilung, die der Herr Bundeskanzler über eine Regierungsumbildung oder -ergänzung in der letzten Sitzung dem Hohen Haus auf schriftlichem Wege bekanntgemacht hat. Diese Regierungsumbildung ist zweifelsohne nicht jene „große“, von der Zeitungen berichteten, daß sie der Herr Bundeskanzler nach den Weihnachtsferien im Sinne gehabt hatte, die aber offenbar nicht die Zustimmung seiner Partei gefunden hat. Es ist also gegenwärtig nur von der Neubestellung eines Staatssekretärs zu reden.

Ich möchte, bevor ich mich mit der Materie selbst befasse, betonen, daß wir in dem einstimmigen Beschluß des Hohen Hauses, über Regierungsumbildungen eine Debatte abzuführen, einen erfreulichen Fortschritt in der Weiterentwicklung der parlamentarischen De-

DDr. Pittermann

mokratie erblicken. Die Regierung als Ganzes wie ihre einzelnen Mitglieder sind dem Hohen Haus gegenüber für ihre Amtsführung verantwortlich, sie unterstehen in ihren Akten der Vollziehung der Kontrolle des Nationalrates, und es ist daher richtig, daß der Nationalrat auch beim Beginn einer solchen Tätigkeit, die in ihrem weiteren Verlauf dem Hause gegenüber zu verantworten ist, seine Meinung äußert.

Die Debatte über die Regierungserklärung findet außerdem am Jahrestag des Antritts der Bundesregierung statt, und das wird sicherlich auch von den verschiedenen Rednern zum Anlaß genommen werden, festzustellen, ob und inwieweit die Regierungserklärung erfüllt wurde. Ich will bei diesen Feststellungen keine Ausnahme machen.

Es ist in Zeitungen gemeldet worden — bei allen Vorbehalten gegenüber dieser besonderen Quelle —, daß es darüber in der Regierungsfraction der ÖVP Differenzen gegeben habe. Ich glaube, es ist ein Gebot parlamentarischer Höflichkeit, wenn ich mich offen als der „schuldige“ Urheber dieser Debatte bekenne. Ich habe nämlich in der Präsidialsitzung des Parlaments verlangt, daß bei diesem Anlaß die Debatte über die Ergänzung der Regierung stattfindet.

Ich möchte, bevor ich mich mit der Regierungsumbildung selbst beschäftige, auf einige im Zusammenhang mit der Berufung von Herrn Universitätsprofessor Dr. Koren zum Staatssekretär in verschiedenen Zeitungen verbreitete Meldungen eingehen.

So wurde gemeldet, die Sozialisten hätten seinerzeit gegen seine Berufung als ordentlicher Professor an die Universität Innsbruck deswegen Einspruch erhoben, weil der damalige Dozent Dr. Stephan Koren in einem Buch „Die Verstaatlichung in Österreich“ Meinungen vertreten hätte, die nicht unsere Zustimmung gefunden haben. Der Herausgeber dieser Reihe „Gemeinwirtschaft in Westeuropa“, Herr Universitätsprofessor Wilhelm Weber, ist vielleicht der beste Zeuge dafür, daß damals seitens der Sektion IV des Bundeskanzleramtes auf die Auswahl des Textes in diesen Büchern nicht der geringste Einfluß genommen wurde. Professor Weber sagt in diesem Vorwort unter anderem:

„Trotzdem hat es genau zwei Jahre seit damals gedauert, bis die hier vorzulegende Studie über die Verstaatlichung, und zwar im wesentlichen über die Neu-Verstaatlichung (nämlich auf Grund der beiden Verstaatlichungsgesetze 1946 und 1947) in Österreich der Öffentlichkeit zugänglich wird. Dem österreichischen Bundeskanzleramt — Sektion IV: Verstaatlichte Unternehmungen, das diese

Analyse ohne jede Bedingung großzügig finanziert hat, ist das Manuskript freilich schon vor Jahresfrist zum Gebrauch übermittelt worden.“

Die Kritik an der Hinausschiebung der Ernennung von Professor Koren ist also, wie Sie jetzt hoffentlich erkennen können, unberechtigterweise geübt worden. Ich stelle fest, daß die Verzögerung der Ernennung des damaligen Dozenten Dr. Koren zum ordentlichen Universitätsprofessor darauf zurückzuführen ist, daß der Besetzungsvorschlag des Akademischen Senats der Innsbrucker Universität nicht den Bestimmungen des Hochschul-Organisationsgesetzes entsprochen hat, das einen Ternovorschlag vorschreibt, während der Vorschlag, Dozent Dr. Koren zum Universitätsprofessor zu ernennen, unico loco erstattet wurde. Nachdem das Professorenkollegium der Innsbrucker Universität seinen Einzelvorschlag durch einen Dreivorschlag ergänzt hatte, war in der Bundesregierung die Bahn frei für die einhellige Zustimmung zur Berufung von Herrn Professor Dr. Koren. Damals hat der Akademische Senat der Innsbrucker Universität gemeint, es gäbe nur einen einzigen Fachmann seiner Qualität in Österreich. Jetzt muß allerdings durch seine Berufung in die Bundesregierung die Universität Innsbruck beziehungsweise müssen ihre Schüler auf diesen einzigen Fachmann zumindest eine Zeitlang verzichten.

Der Herr Bundeskanzler hat sich in seiner Regierungserklärung auch mit der Sparsamkeit in der Verwaltung beschäftigt und hat gemeint: „Eine sparsame Verwaltung hat zur Voraussetzung, dem Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur solche Aufgaben aufzubürden, die weder der einzelne noch die kleineren Gebietskörperschaften oder die Interessenvertretungen zu erfüllen vermögen.“

Nun möchte ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses ein wenig auf das Anwachsen des Stabes im Bundeskanzleramt lenken. Die näheren Details zur Kontrolle meiner Ausführungen können Sie ja den einzelnen Jahrgängen der Amtskalender entnehmen.

Bis zum Amtsantritt des gegenwärtigen Herrn Bundeskanzlers hatten seine Vorgänger zwei Akademiker, welche sich laut Bezeichnung des Amtskalenders im „Dienst um die Person des Bundeskanzlers“ abwechselten. Als der gegenwärtige Herr Bundeskanzler, noch zur Zeit der Koalitionsregierung, in diese Funktion eingeführt wurde, hat er zuerst einmal die Bezeichnung „Sekretariat des Bundeskanzlers“ durch die Bezeichnung „Kabinettsdirektor“ ersetzt, an die Spitze einen Kabinettsdirektor gesetzt und die anderen zwei Akademiker beibehalten. Nach Bildung der Ein-

DDr. Pittermann

parteienregierung vor einem Jahr sind dann weitere zwei Akademiker dazugekommen, so daß derzeit ein Kabinettschef und vier Akademiker im „Dienst um die Person des Bundeskanzlers“ bemüht sind. Die Vorgänger sind durchaus mit zwei ausgekommen, und ich hatte nicht den Eindruck, daß die Sekretariatsgeschäfte deswegen seinerzeit schlechter funktionierten.

Offenbar ist das die neuzeitliche Vorstellung von Sparsamkeit, die noch dadurch ergänzt wird, daß sich ja der Herr Bundeskanzler seit dem Amtsantritt der Einparteienregierung erstmals einen Staatssekretär, den Herrn Staatssekretär Dr. Gruber, bestellt hat, wie er bei der seinerzeitigen Debatte im Finanz- und Budgetausschuß sagte, zu seiner Unterstützung in parlamentarischen Angelegenheiten. Wie wir wissen, hat der Herr Staatssekretär Dr. Gruber viele Funktionen. Er wurde — offenbar auf Grund seiner langjährigen Erfahrung — sogar in ein Kohlenkomitee berufen, das sich mit der Reorganisation des österreichischen Kohlenbergbaues beschäftigt, und in den letzten Wochen hat er seine Funktion als Helfer des Herrn Bundeskanzlers bei den parlamentarischen Arbeiten in einer Vortragsreise im Ausland ausgeübt. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Aber selbstverständlich braucht auch ein Staatssekretär einen Stab, und der Herr Staatssekretär Dr. Gruber hat also ebenfalls zwei Akademiker, die sich in den „Dienst um den Staatssekretär“ teilen. Es sind also aus den zwei Dienstposten, mit denen Figl, Raab und Gorbach das Auslangen gefunden haben, mittlerweile sieben geworden, und ich glaube, mich mit der Prophezeiung nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß auch der neue, der zweite Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Herr Universitätsprofessor Dr. Koren, auf diese Beigabe im Dienst um seine Person nicht verzichten können. Dann werden glücklicherweise statt der zwei Dienstposten unter den früheren drei Bundeskanzlern neun vorhanden sein, und das Ganze ist dem Titel „Sparsamkeit in der Verwaltung“ unterzuordnen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Staatssekretär Dr. Koren hat bei seiner Antrittsrede auf der Landeskonferenz des Tiroler Wirtschaftsbundes neben anderen Sätzen den Satz geprägt: „Ich bin kein Politiker, und ich möchte eigentlich auch keiner werden.“ Dazu möchte ich sagen: Regieren ist eine politische Tätigkeit, darüber gibt es weder in der Lehre noch in der Praxis den geringsten Zweifel. Wenn jemand einer Regierung angehört und erklärt, von Politik nichts zu verstehen und auch nichts verstehen

zu wollen, dann scheint mir seine Berufung ebenso eine Fehlentscheidung, als würde man jemanden auf eine Lehrkanzel für Volkswirtschaftslehre berufen, der erklärt, davon nichts zu verstehen und auch nichts verstehen zu wollen.

Allerdings hat der Herr Staatssekretär gleich gezeigt, daß er sehr wohl etwas von Politik versteht, und zwar von einer sehr bestimmten Politik, denn nach den Berichten über diese Landeskonferenz hat er unter anderem dort gesagt: „Die Einkommenspolitik ist zu stark strapaziert worden. Die Kosten sind schneller gestiegen als alles andere. Hier müßte mit geeigneten Maßnahmen eingesetzt werden, will man die Konjunktur wieder ankurbeln.“ Nun, diese Redewendungen sind uns durchaus aus dem Sprachschatz des österreichischen Kapitalismus und seiner Interessenvertretung bekannt. Wir hören sie ja von Politikern auch hier in diesem Hause. Immer wieder wird nämlich von dieser Seite festgestellt, daß berechnete Forderungen nach Lohnerhöhungen zum Ausgleich für die Teuerung und für den diese Gruppen besonders treffenden Steuerdruck ebenso als Kosten erhöhungen abzulehnen sind wie etwa berechnete Forderungen nach einem gerechten Anteil am Sozialprodukt.

Wir fassen die Berufung des Herrn Universitätsprofessors Dr. Koren zum Staatssekretär in der Bundesregierung Dr. Klaus als ein zusätzliches Signal für eine Regierungspolitik auf, die sich gegen den Anteil und die Mitwirkung der österreichischen Arbeitnehmer in der Wirtschaft wendet. Dazu hatte sich beispielsweise der abgetretene Staatssekretär Dr. Taus wiederholt in Wort und Schrift bekannt.

Diese Debatte war aber auch aus anderen Gründen notwendig. Der Herr Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung — ich werde ja noch oft auf sie zurückkommen — unter anderem erklärt, er bekenne sich zu einer „rechtlichen Ordnung und Beschränkung des Einsatzes jener Mittel, die die moderne Technik und Wissenschaft zur Manipulation des Menschen darbietet“, als zu einer „großen und großartigen rechtspolitischen Aufgabe“ der Regierung.

Diese Aufgabe löst der Herr Bundeskanzler — zumindest bisher — in der Praxis so, daß er die Opposition von der Benutzung von Rundfunk und Fernsehen ausschließt. Gleichzeitig aber verwendet er die ihm als Bundeskanzler durchaus nach dem Rundfunkgesetz zustehende Sendung dazu, allgemeine politische Vorwürfe gegenüber der sozialistischen Opposition zu erheben, auf die wir ja an gleicher Stelle und mit der gleichen Reichweite nicht

DDr. Pittermann

antworten können. Ich muß daher zu einem Teil der in der vorletzten Rundfunkrede am 8. dieses Monats gemachten Äußerungen hier heute in meiner Rede Stellung nehmen, weil ja wenigstens ein Teil daraus im Rundfunk und vielleicht auch im Fernsehen übertragen wird.

Insbesondere wende ich mich gegen einen Vorwurf, den der Herr Bundeskanzler in dieser Rede erhoben hat, daß sich nämlich „die Sozialisten in der Vergangenheit immer wieder gegen die Beschaffung von Investitionskapital über den Kapitalmarkt und gegen die Zusammenarbeit“ der verstaatlichten Unternehmungen „mit leistungsfähigen Unternehmungen des Auslandes gewehrt haben“. Hiezu stelle ich fest — das kann man in den stenographischen Protokollen des Nationalrates nachlesen und nachprüfen —, daß ich bereits am 27. November 1963 dem Nationalrat ein Konzept für eine wirtschaftliche Konzentration der Investitionen, der Produktionsplanung, der Organisation des in- und ausländischen Verkaufs und der Forschung in den verstaatlichten Unternehmungen vorgelegt und zur Diskussion gestellt habe. Nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes ist eine solche Konzentration ohneweiters möglich, wenn sie die Verbindung von selbständigen Unternehmungen des gleichen Eigentümers zu wirtschaftlichen Zwecken vorsieht. Das war die Absicht. Gegen diese hat sich aber damals nicht die Sozialistische Partei gewehrt, sondern haben sich leider die Herren der ÖVP gewehrt. Selbstverständlich waren auch Vorschläge drinnen, den Kapitalmarkt für Investitionen in Anspruch zu nehmen. Eines — das möchte ich noch einmal wiederholen — war allerdings nicht vorgesehen, nämlich die stille und schrittweise Verschacherung des Eigentums des österreichischen Volkes an der verstaatlichten Industrie an in- oder ausländische Privatgruppen; die haben zum Aufbau dieser Unternehmungen bisher nicht den geringsten Beitrag geleistet.

Ich wiederhole, was ich an dieser Stelle wiederholt gesagt habe, weil es mir notwendig erscheint, das immer wieder zu betonen: Was die Unternehmungen der verstaatlichten Industrie Österreichs heute darstellen, verdanken sie einzig und allein der Leistungskraft der österreichischen Techniker und Kaufleute sowie der Arbeiter und Angestellten in diesen Werken. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und, Hohes Haus, dafür zu sorgen, daß österreichisch bleibt, was österreichische Arbeit geschaffen hat, betrachtet die sozialistische Opposition in diesem Hause als eine entscheidende Aufgabe ihrer Politik! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Im Gegensatz aber zu der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers

hat die verstaatlichte Industrie, haben die einzelnen Unternehmungen niemals eine Zusammenarbeit mit ausländischen Kapitalgesellschaften abgelehnt. Ich verweise als das markanteste und wahrscheinlich auch bekannteste Beispiel dafür auf die Zusammenarbeit zwischen VÖEST und Krupp bei der Errichtung des indischen Stahlwerkes in Rourkela. Die verstaatlichte Industrie der Republik Österreich hat allerdings eine Entfaltung über die ihr als einem Industriekonzern eines kleinen Binnenlandes gegebenen Grenzen stets beachtet.

Ich habe schon zu Beginn des Jahres 1960 den Vorständen der stahlerzeugenden Unternehmungen empfohlen — mehr war ja nicht in der Macht, die mir das Parlament gegeben hatte, enthalten —, die Jahresproduktion an Stahl in Österreich nicht über das äußerste Limit von 3,2 Millionen Tonnen jährlich hinausgehen zu lassen. Wenn Sie das mit der Kopfzahl in Vergleich bringen, so können Sie feststellen, daß wir selbst mit diesem Limit eine außerordentlich hohe Kopfquote an Stahlproduktion haben, und für ein kleines Binnenland wäre ein Darüberhinausgehen wahrscheinlich zu einem ernststen wirtschaftlichen Problem geworden.

Erschwert wurden diese Empfehlungen durch den Umstand, daß man damals noch in den großen stahlproduzierenden Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, die Erhöhung der Stahlproduktion forciert hat. Und wenn ringserum die Produktionsziffern steigen, ist es natürlich nicht leicht, im eigenen Land sich dafür einzusetzen, aus rein wirtschaftlichen Erwägungen stehenzubleiben. Aber wie sich diese volkswirtschaftliche Erkenntnis — und ich möchte auch das betonen —, verbunden mit dem Verständnis der Vorstände der Unternehmen, ohne Rücksicht auf den, der sie dort hingesetzt hat, ausgewirkt hat, das, Hohes Haus, könnte man bei einem Vergleich der wirtschaftlichen Situation zwischen der VÖEST und der Firma Krupp erkennen.

Eine weitere Folge dieser Erkenntnisse war der Entschluß der österreichischen Stahlindustrie, die für die Transportkosten günstig gelegenen Märkte des Donauraumes und der Sowjetunion für den Export zu erschließen. Für diese Erkenntnis und die sich ergebenden Handlungen wurde ich ja jahrelang von den Herren der Österreichischen Volkspartei, aber auch von ausländischen Zeitungen, die sich in den Dienst dieser Propaganda gestellt hatten, als „ostanfällig“ diskriminiert. Ich habe mir nur wenig von dem vorliegenden Material aus inländischen und ausländischen Zeitungen mitgenommen; ich bin gerne bereit,

DDr. Pittermann

falls die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten wird, das hier auch noch einmal zu verlesen.

Daß die ausländischen Konkurrenten das machen, ist ja völlig klar, denn was hatte denn das übrige Ausland mit seinen Stahlindustrien für ein Interesse, daß die Republik Österreich, gestützt auf ihre immerwährende Neutralität und auf eine richtige Neutralitätspolitik, sich auf Märkten festsetzen konnte, die manchen ausländischen Stahlerzeugern durch die Politik ihrer eigenen Regierung, zumindest damals, verschlossen waren. Unverständlich ist nur, daß man das in Österreich nicht erkannt hat, zumindest nicht in der Politik erkannt hat. Ich möchte nochmals sagen: Darüber hat es in den Vorständen der verstaatlichten Industrie nie irgendeine Differenz gegeben, daß man diese Wirtschaftspolitik so führen solle.

Mit besonderer Intensität — und ich möchte das gerade im Zusammenhang mit einer jüngsten Aktivität des Herrn Bundeskanzlers hervorheben — wurden diese Verunglimpfungen erhoben, als die VÖEST in aussichtsreichen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Errichtung eines Blasstahlwerkes in der Nähe von Moskau stand, deren Zustandekommen selbstverständlich für die Weltgeltung dieses österreichischen Stahlunternehmens von entscheidender Bedeutung war. Was wurde damals nicht alles dagegen eingewendet? Die von der Sowjetunion für den ursprünglich 2 Milliarden Schilling umfassenden Auftrag vorgeschlagene Bezahlung — 50 Prozent in Hartdevisen, 50 Prozent in Waren — wurde geradezu als ein Anschlag gegen die Devisenpolitik und den österreichischen Handel hingestellt. Es war tatsächlich nicht möglich, weil die Regierung sich nicht einig werden konnte, das zu erreichen. Um aber den Auftrag nicht zu gefährden, wurde er auf die Hälfte reduziert — von 2 auf 1 Milliarde —, und wenn dann die verlangte Quote: 75 Prozent Devisen und 25 Prozent Warenlieferung, erreicht war, dann war erstens der Auftrag über die Hälfte, und die Devisen, die wir bekamen, betragen im gegenwärtigen Stand 750 Millionen Schilling, bei 2 Milliarden hätten sie 50 Prozent oder 1 Milliarde betragen. Aber letzten Endes ist es dann doch schließlich zustande gekommen.

Ich möchte gerade im Zusammenhang mit Ihrem letzten Besuch in der Sowjetunion, Herr Bundeskanzler, eines feststellen: Daß Sie bei Ihrer Rückkehr über den begeisterten Empfang des Vertreters der Republik Österreich in Stadt und Werk Lipezk berichten konnten, der zur Voraussetzung hatte, daß dieses Werk überhaupt zustande kam, Herr

Bundeskanzler — diesen Eindruck im Jahre 1967 verdanken Sie meiner „Ostanfälligkeit“ im Jahre 1962! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, es ist Zeit, daß man sich auch in Österreich dazu entschließt, alle Initiativen, die geeignet sind, den österreichischen Außenhandel zu beleben, zu unterstützen, gleichgültig, von wem und von welcher politischen Seite sie kommen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben in der Rede auch behauptet, die Sozialisten hätten die Bemühungen der verstaatlichten Industrie, den Kapitalmarkt zu erschließen, unmöglich gemacht. Hiebei möchte ich sagen: Ich hätte Ihnen empfohlen, sich vorher in dem vom Herrn Universitätsprofessor, damals Dozent und jetzt Staatssekretär Dr. Koren verfaßten Werk „Die Verstaatlichung in Österreich“ zu informieren. Sie würden dort auf Seite 108 die Einleitung zu einer Betrachtung über die verschiedenen politischen Standpunkte der beiden damaligen Regierungsparteien zum Problem der verstaatlichten Industrie gefunden haben. Der Verfasser beginnt das Kapitel mit der Feststellung: „Beide großen Parteien haben Reformvorschläge über Organisation, Führung, Produktions- und Marktpolitik und Finanzierung der verstaatlichten Unternehmungen vorgelegt. ...“ Er schließt dieses Kapitel mit der ebenfalls durchaus richtigen Feststellung: „... Im entscheidenden Punkt — der Finanzierungsproblematik — würde eine Einigung jedoch einschneidende Konzessionen eines der beiden Partner verlangen. Die Bereitschaft dazu scheint vorerst noch auf beiden Seiten zu fehlen.“ Das ist die wissenschaftliche Feststellung zu diesem Problem.

Ich möchte also hier klar und deutlich sagen: Wir sind als Sozialisten durchaus bereit, eine ordentliche, demokratische Diskussion zu führen, die uns Gelegenheit gibt, unseren Standpunkt darzulegen und zum Standpunkt der Gegenseite Stellung zu nehmen, aber die Voraussetzung, um eine solche demokratische Diskussion zu führen, ist ein bestimmtes Maß von politischer Fairneß. Man kann eine solche Auseinandersetzung auf demokratischem Kampfboden nur führen, wenn man auch der Opposition diesen Kampfboden, nämlich Rundfunk und Fernsehen, für die Darlegung ihres Standpunktes genauso zur Verfügung stellt, wie er heute einseitig nur der Regierung zur Verfügung steht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In der Regierungserklärung wurde ein besonders betontes Bekenntnis zum Rechtsstaat abgelegt, gegen das wir keinerlei Einwendungen haben, nur leider hat sich die Praxis der

DDr. Pittermann

Regierung seither mit diesem Bekenntnis nicht gedeckt. Ich verweise darauf, daß schon im Jahre 1962 der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, was wir längst behauptet haben, daß nämlich die Praxis der Budgeterstellung im Finanzgesetz der Verfassung nicht entspricht. Trotzdem wurde, insbesondere als dann die Alleinregierung ihr Amt antrat, diese Praxis fortgesetzt. Ich muß aber hier objektiverweise berichten, daß während der Verhandlungen, die nach den Wahlen 1966 über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung geführt wurden, auch dieses Problem berührt wurde und daß bei diesen Verhandlungen für den Fall des Zustandekommens einer gemeinsamen Regierung schon vereinbart war, daß sich das Parlament, die Fraktionen der beiden Parteien hier im Parlament mit diesem Problem beschäftigen und es lösen sollten.

Die Regierungserklärung weiß auch genau, was notwendig ist. Sie sagt ja unter anderem: „... Dieser Erkenntnis soll durch eine Neuordnung der verfassungsgesetzlichen Grundlagen für das Budgetbewilligungsrecht Rechnung getragen werden. Darauf aufbauend wird ein neues Haushaltsgesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen haben, daß eine echte Bedeckung aller Ausgaben sichergestellt und in einem konjunkturgerechten Einsatz erleichtert wird.“

Der Herr Finanzminister hat in der letzten Fragestunde vom 12. April erklärt, daß die Herren seiner zuständigen Abteilung so mit anderen Arbeiten belastet seien, daß er für die nächste Zeit keine Möglichkeit sieht, sich diesen Aufgaben zuzuwenden. Er ist auch nicht zuständig, denn schon im Jahre 1965 hat der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes festgestellt, daß es sich ja hier um Verfassungsänderungen handelt und daher der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt bei diesen Verhandlungen federführend sein muß.

Natürlich weiß die Regierung, daß für die Erfüllung dieser Zusage in der Regierungserklärung, da es sich ja teilweise um Verfassungsänderungen handelt, die Zustimmung der Sozialisten notwendig ist. Das bedeutet natürlich — ich sage das ganz offen —, daß die Neuordnung des Budgetrechts nicht ausschließlich die Vorschläge der ÖVP und der Zentralverwaltung des Finanzministers berücksichtigen wird, sondern vor allem die Rechte der frei gewählten Volksvertreter respektieren wird, die das Budget ja vor ihren Wählern nachher zu verantworten haben.

Aber statt diese Verhandlungen einzuleiten, hat die Bundesregierung durch eine Textierung des Finanzgesetzes 1966 eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes im Dezem-

ber des vergangenen Jahres herbeigeführt, in der neuerlich festgestellt wurde, daß die Praxis, die in der Textierung des Finanzgesetzes zum Ausdruck kam, der Verfassung nicht entspricht — und auch nicht, Hohes Haus, einem Teil der Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, in dem es heißt: „... Die bedingungslose Achtung gerichtlicher Entscheidungen, vor allem der Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe — des Verfassungsgerichtshofes, des Verwaltungsgerichtshofes, des Obersten Gerichtshofes —, ist eine Verpflichtung für alle Organe der Gesetzgebung und der Vollziehung.“ Die Gesetzgebung — wenigstens ein Teil, nämlich die Opposition dieses Hauses — hat ja diese Pflicht, Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes ernst zu nehmen, erfüllt. Leider nicht die Bundesregierung; im Gegenteil, es ist sogar bei der Finanzgesetznovelle 1967 neuerlich wieder zu Formulierungen gekommen, denen wir uns aus verfassungsrechtlichen Bedenken und im Hinblick auf die bisherige Spruchpraxis des Verfassungsgerichtshofes nicht anschließen können.

Ich muß ehrlich sagen, Hohes Haus — und zwar an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses gerichtet —, ich finde es sehr bedauerlich, daß die Abgeordneten der Mehrheitspartei diesen Kurs mitmachen, obwohl auch sie zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte des Parlamentes verpflichtet sind. Es schiene mir durchaus möglich, durch Verhandlungen zwischen den Parlamentsklubs eine saubere, der Verfassung entsprechende Trennung der Rechte von Nationalrat und Bundesregierung herbeizuführen. Aber wenn der Verfassungsgerichtshof neuerlich mit der Finanzgesetznovelle 1967 befaßt werden sollte und an seinen früheren Entscheidungen festhalten sollte, dann ist die ÖVP-Fraktion dieses Hauses wegen ihrer Zustimmung zusammen mit der Regierung an einer Verfassungsverletzung mitschuldig, vor der sie durch zwei vorangegangene Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes hinreichend hätte gewarnt sein sollen.

Eines sei aber der Bundesregierung und auch der Mehrheitspartei dieses Hauses klar und deutlich gesagt. Die sozialistischen Abgeordneten werden bei keiner Verfassungsverletzung, die der Nationalrat beschließen sollte, mitwirken. Bundesregierung und ÖVP-Fraktion mögen auch weiterhin versuchen, die verfassungswidrigen Ermächtigungen in der Finanzgesetznovelle 1967 in Einzelgesetzen unterzubringen, und die Sozialisten auffordern, dafür zu stimmen. Der SPÖ-Klub wird bis zu einer weiteren Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes auch über die Finanzgesetznovelle 1967 bei diesem Standpunkt

DDr. Pittermann

bleiben. Wir werden Ihnen für den Fall, daß der Verfassungsgerichtshof angerufen wird und so entscheiden wird wie bisher, nicht die Ausrede auf mildernde Umstände deswegen zubilligen, weil auch die Sozialisten dafür gestimmt haben; im Gegenteil, ich möchte Ihnen sagen, nach den Bestimmungen unseres Strafgesetzes ist die Wiederholung des Deliktes ein Erschwerungsgrund.

In der letzten Rede — in seiner Samstagsrede — hat der Herr Bundeskanzler die Erfolge der Regierungspolitik dargestellt und dabei auch auf die Steigerung von Löhnen und Gehältern um 12 Milliarden Schilling verwiesen. Es war mir bisher nicht bekannt, Herr Bundeskanzler, daß Sie mit den Arbeitgeberorganisationen erfolgreiche Lohnverhandlungen geführt hätten. Auch andere Abgeordnete dieses Hauses werden so wie ich der Meinung sein, daß es die Gewerkschaften waren, die diese Lohnerhöhungen erkämpft haben; dieselben Gewerkschaften, denen Sie in der Vergangenheit sogar manchmal Maßhalten in der Lohnpolitik nahegelegt hatten.

Ich bin überzeugt, die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin nicht davon abhalten lassen, berechnete Lohnforderungen der Arbeitenden zu vertreten und durchzusetzen. Aber, Herr Bundeskanzler, eines ist klar: Seit dieser Ihrer Erklärung am Samstag, daß Lohnerhöhungen ein Erfolg der Regierungspolitik sind, bin ich überzeugt, werden die Gewerkschaften auch in Zukunft bereit sein, Sie bei der Erfüllung dieses Teils der Regierungspolitik zu unterstützen und weiterhin für Lohnerhöhungen einzutreten. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nur bitte ich Sie, Herr Bundeskanzler, im Namen meiner Fraktionskollegen, doch Ihrem Kollegen, dem Herrn Finanzminister diese Weisheit der Regierungspolitik auch beizubringen, denn er verlangt ja geradezu für das Vorziehen der Steuerreform eine Lohnpolitik der Gewerkschaften, wie sie seinen Vorstellungen, aber nicht denen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Ich hoffe, daß Sie dabei Erfolg haben und den Herrn Finanzminister überzeugen, daß auch er seinen Beitrag zu einer erfolgreichen Regierungspolitik leisten muß und die Lohnsteuerreform von ihrem ursprünglichen Datum auf 1967 vorziehen wird.

Nun wurde und wird auch immer wieder der Vorwurf erhoben: Ja, früher ist es nicht gegangen, da haben die Sozialisten alles verhindert! Ich weiß nicht, wie das jetzt ist. Der Beirat der Paritätischen Kommission hat Vorschläge erstattet, von denen er sich eine Verbesserung der gegenwärtigen Wirtschaftssituation erwartete — keine Vorschläge, die etwa nur die Meinung der Sozialisten wider-

spiegeln, nein, es sind Vorschläge eines Gremiums der Paritätischen Kommission, das heißt ihres Beirates. Einer der Vorschläge war zum Beispiel, die Bundesregierung möge zur Ankurbelung der notwendigen Investitionstätigkeit aus den ERP-Mitteln zusätzlich 200 Millionen Schilling freigeben. Seit dieser Empfehlung des Beirates der Paritätischen Kommission dürften schon fast zwei Monate vergangen sein, und, Herr Bundeskanzler, gestatten Sie mir die Frage: Welcher Koalitionspartner hat Sie jetzt daran gehindert, dieser Forderung zu entsprechen? Oder sollte vielleicht, Herr Bundeskanzler, der Herr Landwirtschaftsminister besser Auskunft darüber geben können? (*Abg. Weikhart: Auf eigenen Bremsen gestanden!*) Schließlich muß ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, sagen: Eine Bilanz soll aufrichtig sein, sie soll nicht nur die Haben-, sie soll auch die Soll-Seite enthalten, und auf dieser Seite Ihrer Regierungsbilanz fehlt mir beispielsweise der Hinweis, wie sich die Lebenshaltungskosten in dem Jahr entwickelt haben, seitdem diese Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung im Amt ist. Die Ausweise des Statistischen Zentralamtes sagen uns alle, daß die Lebenshaltungskosten seit dem März des Vorjahres bis zum März dieses Jahres um 4,1 Prozent gestiegen sind. Für die Haushalte der Familie Österreicher ist das eine sehr empfindliche Belastung.

Hohes Haus! In der Person des früheren Staatssekretärs Dr. Taus war die Arbeitnehmerorganisation der Österreichischen Volkspartei vertreten, mit Herrn Universitätsprofessor Dr. Koren kommt nun an seiner Stelle ein Vertreter des Wirtschaftsbundes, also der Kapitalinteressen, in die Regierung. Dieser hat sich in seiner Antrittsrede, in der er sich sofort gegen die Einkommenspolitik gewendet hat, auch als solcher bekannt, was ihm ja zusteht. Für uns Sozialisten ist das aber eine zusätzliche Bestätigung dafür, daß die derzeitige Regierung Klaus ihre bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen gedenkt, nämlich die Lasten des Staatshaushaltes immer stärker den wirtschaftlich und sozial schwächeren Gruppen des österreichischen Volkes aufzubürden, damit auch in Österreich die Reichen immer reicher werden können.

Zu den bereits auferlegten Belastungen sollen nach den Plänen der Regierung, die ja das Haus noch in dieser Session beschließen soll, unter dem Titel Wohnbau- und Mietenreform neue schwere finanzielle Belastungen für die wirtschaftlich und sozial schwachen Gruppen des österreichischen Volkes kommen, für jung und alt, für Unselbständige und auch für Selbständige. Ja glaubt denn die Bundesregierung ernsthaft, daß die arbeitenden Menschen diese neuen Belastungen auf sich nehmen werden,

DDr. Pittermann

ohne Gegenforderungen zu stellen? Ist das die von der Bundesregierung zugesagte Verbesserung der Wettbewerbslage für die österreichische Wirtschaft, daß man zugunsten der Althausbesitzer Mietzinserhöhungen herbeiführt (*Abg. Dr. Withalm: In Wien!*), wofür die Unternehmungen dann durch die Lohnerhöhungen für ihre Arbeiter und Angestellten neue Belastungen werden auf sich nehmen müssen? Ist das die Familienpolitik der Bundesregierung, Herr Bundeskanzler, daß jungen Ehepaaren der Erwerb oder die Erhaltung einer Wohnung verteuert und damit noch mehr erschwert wird als bisher? Die Bundesregierung hat, seitdem sie nur mehr aus Angehörigen einer Partei, der Österreichischen Volkspartei, besteht, alle Bundeszuschüsse aus Bundesmitteln zur Wohnbauförderung gestrichen, obwohl in der Regierungserklärung eine ausreichende Zahl von modernen und familienberechtigten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen als das „wichtigste familienpolitische Ziel“ hingestellt worden war.

Die bisherige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung dient eben nicht, wie sie vorgibt, den Interessen aller Österreicher, sondern den Interessen einer schmalen Minorität auf Kosten aller anderen Österreicher. Für diese Politik der Bundesregierung gilt die Erkenntnis, daß mit den neuen Formen des Lebens sich ein System verbunden hat, das den Profit als den eigentlichen Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet, den Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsgütern als ein absolutes Recht ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber. (*Abg. Dr. Hauser: Wo haben Sie das her?*) Herr Abgeordneter Dr. Hauser! Aus der Enzyklika Papst Pauls VI. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Ich bin gerne bereit, Herr Abgeordneter Dr. Hauser, Ihnen einen Text zur Verfügung zu stellen, der nicht von der Bundeskammer vorzensuriert wurde. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Es heißt dort sogar, Herr Abgeordneter Doktor Hauser: Eine solche „Politik, durch die der Reichtum der Reichen und die Stärke der Starken noch größer werden“. Eine solche Politik wird auch hier in diesem Hause nicht die Zustimmung der sozialistischen Opposition finden, ebensowenig wie die Mißachtung der Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes.

Wir haben der Regierungserklärung unsere Zustimmung versagt. Wir versagen und werden auch in Zukunft unsere Zustimmung einer Politik im Dienste des Kapitalismus versagen, für die wir in der Berufung des Herrn Professors Dr. Koren zum Staatssekretär eine neue Verstärkung erblicken. Der Herr Bundeskanzler

hat in der Pressekonferenz bei der Einführung seines neuen Staatssekretärs erklärt, es gebe Länder, die mit dem Wirtschaftswachstum zufrieden wären, wie es im ersten Jahr seiner Regierung in Österreich erfolgt ist. Ich muß Sie leider enttäuschen, Herr Bundeskanzler. Wir sozialistischen Abgeordneten und die Wähler (*Abg. Dr. Withalm: Sind weniger geworden!*), die uns hiehergeschickt haben, sind keineswegs zufrieden mit dem Wirtschaftswachstum, das im ersten Jahr ihrer Regierungstätigkeit in einer Einparteieregierung erzielt wurde. In unserer Nachbarrepublik Italien, Herr Bundeskanzler, zum Beispiel wurden nach Ausschaltung der kapitalistischen Politik durch die sogenannte — bitte erschrecken Sie nicht — „Öffnung nach links“ der Wirtschaft neue Kräfte zugeführt und ein weit größeres Wirtschaftswachstum im letzten Jahr erreicht, als die Republik Österreich durch ihre derzeitige Regierung erzielen konnte.

Hohes Haus! Eine Zusammenfassung aller großen Gruppen in Österreich für eine kapitalistische Regierungspolitik ist ausgeschlossen. Die sozialistischen Abgeordneten werden auch in ihrer Funktion als starke Opposition in diesem Haus notwendige Maßnahmen unterstützen, die den Interessen der sozial und wirtschaftlich Schwachen dienen, aber niemals eine Politik zur Vermehrung des Profits auf Kosten der arbeitenden Menschen! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der Herr Vizkanzler außer Dienst Dr. Pittermann, hat eine große Rechtfertigungsrede über seine Leistungen und die Leistungen seiner Partei in der Vergangenheit gehalten, Leistungen für die verstaatlichte Industrie, für die österreichische Wirtschaft.

In der letzten Nummer der „Solidarität“, also einer Zeitung des Gewerkschaftsbundes, steht unter dem großen Titel „Der dritte Mann“, daß angeblich ein Drittel der österreichischen Arbeitskräfte nicht richtig beschäftigt sei. Es heißt dort, daß Professor Nemschak erklärt hat: „Heute herrschen Vollbeschäftigung und Mangel an Arbeitskräften. Aber ich behaupte, daß gegenwärtig mindestens ein Drittel aller Arbeitskräfte nicht günstig beschäftigt ist und auf anderen Arbeitsplätzen viel mehr leisten und zum Wirtschaftswachstum beitragen könnte.“ Dann heißt es: „Wer heute in einem unrentablen oder standortmäßig ungünstigen Betrieb arbeitet, werkt auf

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

dem toten Geleise. Genau dorthin aber darf das Gefährt der gesamten Wirtschaft nicht gelenkt werden.“

Herr Vizekanzler! Strukturpolitik ist eine Aufgabe der Zukunft. Wir sollen unsere Blicke nicht so sehr zurückrichten, sondern aus den Fehlern der Vergangenheit, die eine Koalitionsregierung begangen hat, lernen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Seit die Sozialistische Partei die Regierung verlassen hat, ist ihre Liebe zur Einrichtung der Staatssekretäre nicht sehr groß. Der Artikel 78 der Bundesverfassung gibt dem Staatssekretär nur die Möglichkeit, weisungsgebunden zu handeln. Im Umgang mit Staatssekretären hat die SPÖ eigentlich hinreichende Erfahrung. Sie hat nämlich in den 20 Jahren der gemeinsamen Koalitionsregierung 22 Staatssekretäre gestellt *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, was aber heute anscheinend zu einer Bewußtseinsumbildung oder auch zu einer Bewußtseinspaltung führte. *(Abg. Dr. Withalm: Zu einer Spaltung!)*

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Mai 1964 können Sie auf Seite 2 lesen: „Da ein Staatssekretär kein Beamter, sondern ein von einer Partei in die Regierung entsandter politischer Funktionär ist, ist er auch dem Minister nicht unterstellt.“ Staatssekretär Rösch sei kein Untergebener des Ministers, sondern ein Vertrauensmann seiner Partei.

Diese Weisheit entnahm die „Arbeiter-Zeitung“ der „Sozialistischen Korrespondenz“. Man muß sich wundern, daß die Herren von der Sozialistischen Partei heute auf einmal so sehr verfassungstreu sind und die Verfassung zu verteidigen vorgeben.

Im „Handbuch des österreichischen Verfassungsrechtes“ werden die Staatssekretäre als Hilfsorgane der ihnen vorgesetzten Bundesminister bezeichnet, deren Weisungen sie bei der Führung der ihnen übertragenen Amtsgeschäfte zu befolgen haben. Der in der „Arbeiter-Zeitung“ wiedergegebene Schluß, daß ein von der Partei in die Regierung entsandter Politiker nicht dem Minister unterstellt sei, also offensichtlich über der Verfassung stehe, kann nur als eine der bedauerlichen Entgleisungen sozialistischen Koalitionsverständnisses angesehen werden.

Nummehr ist mit dieser Praxis ein Ende gemacht worden, denn die Staatssekretäre sind seit dem 19. März 1966 zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung des Ministers ernannt und üben diese Tätigkeit auch so aus.

Die Opposition wird sich damit abfinden müssen *(lebhaftes Zwischenrufe bei der FPÖ: Müssen?)*, daß diese Regierung gewillt ist,

die Verfassungslage zum Wohle Österreichs zu nützen, um die großen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in jeder erdenklichen Weise zu lösen. Es gibt keine Bewacher mehr in den Ministerien, es geht um kein Gegengewicht mehr gegen den Minister und seine Verantwortung *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, sondern um das Anbot sachgerechter Lösungen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Staatssekretär ist somit kein Beauftragter der Partei in erster Linie, sondern ein Beauftragter des österreichischen Volkes. *(Abg. Czettel: Wo steht das, Herr Leitner? — Abg. Dr. Withalm: In der Verfassung! — Widerspruch bei der SPÖ.)* In der Verfassung steht drinnen, daß er der Regierung zugeteilt ist. Er ist daher kein Beauftragter der Partei. *(Abg. Czettel: Ein Helfer des Bundeskanzlers, kein Beauftragter des Volkes! — Abg. Dr. Kreisky: Das war in der ständischen Verfassung so!)*

Wenn der Herr Vizekanzler bemängelt hat, daß die Verwaltungsvereinfachung aus „Aus zwei mach neun!“ bestehe, so kann ich nur darauf hinweisen, daß es sehr zweckmäßig ist und von der ganzen Bevölkerung begrüßt wird, daß wir jetzt einen Staatssekretär haben, der sich in erster Linie mit der Verwaltungsreform beschäftigt, denn früher wurden Ministerkomitees eingesetzt, aber ohne sehr wesentlichen Erfolg. *(Ruf bei der SPÖ: Jetzt auch!)* Gleichzeitig begrüßt die Bevölkerung, daß wir jetzt einen Staatssekretär für Strukturpolitik haben, um diese Koordinierungsaufgabe durchzuführen.

Nun einige Anmerkungen zu den kommenden Aufgaben des zweiten Staatssekretärs im Bundeskanzleramt. *(Ruf bei der SPÖ: Bis der dritte kommt!)* Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. April 1967 gibt eine Erklärung des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei wieder, die den Titel trägt: „VP-Rezept: Ein neuer Staatssekretär“. Er spricht darin von den Versäumnissen in der Wirtschaftspolitik, deren sich die Regierung bisher schuldig gemacht habe, und erklärt weiter, daß es mit einem neuen Staatssekretär, auch wenn er ein Universitätsprofessor ist, nicht getan sei. Am 9. Oktober 1965 konnte man aber in derselben „Arbeiter-Zeitung“ lesen, daß der Herr Außenminister Dr. Kreisky vor Delegierten des Österreichischen Städtetages erklärt hat, daß es in Österreich an der Koordinierung fehle, wozu eigene Stellen geschaffen werden müßten.

Am 23. November 1965 stellte der damalige Vorsitzende des Wirtschaftsbeirates Doktor Kienzl laut „Arbeiter-Zeitung“ fest, daß ein Wirtschaftsministerium geschaffen werden müsse. Ich glaube, Dr. Kienzl dürfte nicht unmaßgeblich sein, denn schließlich hat ihn

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Dr. Kreisky als Mitarbeiter in der Ersten Ökonomischen Versammlung der Sozialistischen Partei vorgestellt. Sogar der Kompetenzbereich für dieses Ministerium wurde in diesem Artikel genannt.

Was ist jetzt? Kreisky widerspricht Kreisky. Einmal will er eigene Stellen für die Koordination, zum anderen wird von einer Ämtervergabe gesprochen, wobei er anscheinend vergessen hat, daß das Zentralorgan der Sozialistischen Partei noch im Jahre 1964 die Ämtervergabe durch die Partei über die Verfassung gestellt hat.

Zu allem Überfluß hat dann noch ein sozialistischer Wirtschaftspolitiker genau das am Beginn des Wahlkampfes verlangt, was jetzt von der Opposition kritisiert wird. Ich glaube, die Sozialistische Partei könnte doch eigentlich stolz sein, daß ihre Anregungen jeweils von der ÖVP erfüllt werden und dort ein so großes Echo finden. Sie müßte sich aber in ihrer Kritik doch an ihre ehemaligen Anregungen erinnern. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Seit die Sozialistische Partei die Regierung verlassen hat, hat sie auf einmal auch ihr Interesse an Regional- und Strukturpolitik entdeckt. Der neue Staatssekretär der österreichischen Bundesregierung schrieb in den „Wirtschaftspolitischen Blättern“ über die Entstehungsgründe der österreichischen Regionalpolitik, daß die Politik diesen Sprößling als eines der jüngsten Kinder der angewandten Wissenschaften mit Freude adoptiert hat, und zwar deshalb, weil der tagespolitische Wert der Ankündigung eines Strukturprogramms unbestreitbar ist. Er bemerkte, daß in der österreichischen Regionalpolitik verschiedenartige Rangordnungen und Zielsetzungen, die notwendigerweise widersprüchlich sind, festgestellt werden müssen; es wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Erkenntnis durchsetzen würde, daß konträre Ziele nicht gleichzeitig verwirklicht werden können und daß der Politik widersprechende Ziele bewußt gemacht werden müßten.

Die Aufgabe des neuen Staatssekretärs wird daher keine leichte sein, besonders wenn man weiß, daß sich die Sozialistische Partei in letzter Zeit aus optischen Gründen sehr stark mit Strukturpolitik beschäftigt hat (*Abg. Pay: Aus notwendigen Gründen, nicht aus optischen!*) und hiebei gerade auch für den ländlichen Raum die widersprüchlichsten Zielsetzungen offeriert.

Sie werden mir als bäuerlichem Abgeordneten gestatten, daß ich mich auch als Vertreter des gesamten ländlichen Raumes fühle. Ich muß daher diese Zerfahrenheit in den

sozialistischen Zielsetzungen aufzeigen, weil sie für die Entwicklung der Landwirtschaft und für die Entwicklung des ländlichen Raumes sehr gefährlich werden kann.

Der Bauer hat die Aufgabe, die Ernährung der Bevölkerung in guten und schlechten Tagen sicherzustellen. In den letzten Wochen wurde gemeldet, daß die Landwirtschaft den heimischen Lebensmittelbedarf 1966 mit 82 Prozent vom Gesamtverbrauch decken konnte. Dieses Ergebnis wurde nun vom agrarischen Sprecher der Sozialistischen Partei Dr. Staribacher laut „Expresß“ vom 9. April dieses Jahres mit merkwürdigen Argumentierungen bedauert. Nach seiner Meinung kommt die hohe Deckung des Bedarfes aus heimischer Produktion teuer, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität ist nicht entscheidend und zweckmäßig, weil sie ebenfalls der österreichischen Bevölkerung zuviel kostet; die hohe Erzeugung hindert darüber hinaus den österreichischen Außenhandel mit Industriegütern, der auf der Basis von Lebensmitteleinfuhren abgewickelt werden muß.

Eine solche Einstellung, glaube ich, ist nicht nur vom Standpunkt einer modernen vernünftigen Volkswirtschaft abzulehnen. Der größte Teil der österreichischen Bevölkerung wird ihn auch nicht akzeptieren, weil die Erfahrungen der vergangenen Jahre zwangsläufig zu einer anderen Auffassung führen.

Wenn Herr Kollege Dr. Pittermann von der Notwendigkeit gesprochen hat, den Außenhandel zu fördern, gleichgültig, wohin er geht, dann, glaube ich, gilt das auch für die Landwirtschaft. Wir lassen uns hier nicht vorschreiben, daß wir nicht exportieren dürfen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Und der Österreicher zahlt es!*)

Es ist interessant, daß der „Österreichische Arbeitsbauernbündler“ am 30. Juli 1966 eine ganz andere Meinung als der Herr Kollege Dr. Staribacher vertritt. Er schreibt:

„Nur eine ausreichende Inlandsproduktion garantiert den Konsumenten stabile Preise. . . Die Konsumentenschaft müßte geschlossen für eine Neuordnung in der österreichischen Agrarwirtschaft eintreten, damit Versorgung und Vorratswirtschaft gesichert erscheint.“ In dieser Zeitung heißt es weiter: „Merken wir uns alle, immer dann, wenn wir Importe brauchen würden, um regulierend einzugreifen, versagt das Ausland.“ Und welche Meinung ist nun richtig? Das festzustellen möchte ich Ihnen gerne überlassen.

Der Magen ist ein Absatzmarkt mit Grenzen. Allzuviel verdaut er nicht, aber bei zuwenig hungert der Mensch. Und ein Drittel der gesamten Menschheit leidet heute Hunger!

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Internationale Krisen sind nicht ausgeschlossen. Es ist kein Verlaß auf die internationalen Agrarmärkte zur Versorgung mit stabilen Preisen des Inlandes. Vor einem Jahr wurden in diesem Hause der Landwirtschaft größte Vorwürfe gemacht, weil sie den inländischen Schweinefleischbedarf nicht decken konnte. Vor zwei Jahren hat eine kleine Inlandsernte bei Gemüse und Kartoffeln die gleichen Auswirkungen gezeitigt, weil im Ausland die Preise für diese Produkte noch bedeutend über denen in Österreich lagen.

Die von der Sozialistischen Partei Österreichs gewünschte Produktionsdrosselung würde eine starke Senkung des landwirtschaftlichen Einkommens bedeuten, würde zum Zugrundegehen vieler Bauernhöfe führen und eine Schmälerung der Ernährungsbasis, eine Vergrößerung der Abhängigkeit vom Ausland und ein größeres Handelsbilanzpassivum bringen. Eine solche Politik würde darüber hinaus aber auch zu einer Entvölkerung der Bergbauerngebiete und der Grenzzonen führen. Das alles wird die Österreichische Volkspartei zu verhindern wissen.

Die Landwirtschaft erhält mit der Bewirtschaftung des Bodens die Kulturlandschaft. Sie ist also der Schützer der natürlichen Voraussetzungen der Existenz unseres Volkes. Ein bebauter Boden und gut bewirtschaftete Wälder sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung der Wasserversorgung, für die Reinerhaltung der Luft, für die Sicherung der Grundlagen unseres Lebens.

Der Boden ist nicht vermehrbar. Eine rasch zunehmende Bevölkerung verlangt, daß mit diesem wertvollsten Gut sparsam umgegangen wird.

Bei der Ersten Ökonomischen Versammlung der Sozialistischen Partei am 11. April dieses Jahres wurde die Vergrößerung der Bodenfläche als der konservative Irrweg der ÖVP bezeichnet. Die Bemühungen um die Kultivierung und Verbesserung unproduktiver Flächen wurde als Fehlleistung abgetan. Andere Länder in Ost und West vertreten hier eine andere Meinung als die Sozialistische Partei. Oder sollten wir gar froh sein, wenn Hochwasserkatastrophen ganze Täler verwüsten, damit die Bodenfläche kleiner wird und die Lebensmittelproduktion nicht überwiegt?

In allen Bundesländern, auch in den sozialistischen, verlangt man mit Recht die Rekultivierung der verwüsteten Flächen. Man will der dortigen Bevölkerung die Existenzgrundlage erhalten und sie nicht absiedeln. Man will durch starke Beschleunigung des Schutzwasserbaues neue Katastrophen verhindern.

Die Strukturpolitik hat die Aufgabe, nicht nur die Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch die natürlichen Grundlagen für eine wachsende Menschheit sicherzustellen.

Der Verstädterungsprozeß ist zwar eine natürliche Erscheinung, aber um unsere Städte darf nicht ein menschenleerer Raum entstehen. Die notwendigen Ballungsräume dürfen nicht von menschenleeren Gebieten umgeben sein, sondern es muß ein gesunder ländlicher Raum erhalten werden. Eine der größten Aufgaben in Europa ist es, eine solche Regional- und Strukturpolitik zu betreiben, daß keine Notstandsgebiete entstehen, daß wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete weiter aufholen können, damit einer wachsenden Bevölkerung der Lebens- und Siedlungsraum erhalten wird. Für den Städter ist der ländliche Raum heute zum Teil schon Wohngebiet, auf alle Fälle aber Erholungsraum, in dem er den Ausgleich für die großen gesundheitlichen Gefahren der Großstädte findet. Für den Menschen in diesem Raum muß der Arbeitsplatz gesichert werden. Er muß dort sein Einkommen erreichen, welches seine Existenz sichert.

Das Anbot an lebensnotwendigen und erstrebenswerten Dienstleistungen muß auch im ländlichen Raum für die Bevölkerung sichergestellt werden. Ich denke hier an die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ebenso wie an die Voraussetzungen zum Bildungserwerb und zur Freizeitgestaltung.

Der ländliche Raum braucht zu seiner Gesunderhaltung eine sinnvolle Verbindung von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sowie Fremdenverkehr. Die Gleichung: „Lösung der landwirtschaftlichen Strukturprobleme ist Betriebsvergrößerung“, geht nicht auf. Das amerikanische Beispiel muß hier den Europäern und auch den Österreichern Warnung sein. Rein landwirtschaftliche Gebiete sind strukturell nicht gesund, auch dann nicht, wenn große Betriebseinheiten in der Landwirtschaft vorherrschen.

Die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund haben ein klares Konzept: Die Umstrukturierung der Landwirtschaft hat unter Ausnutzung aller technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, unter Achtung des Eigentumsbegriffes und unter Bedachtnahme auf die Funktionsfähigkeit des gesamten ländlichen Raumes zu erfolgen. Die in der Landwirtschaft frei werdenden Arbeitskräfte und die weichenden Bauernkinder sollen nicht in erster Linie abwandern müssen, sondern in verkehrsgünstig gelegenen, breitgestreuten, zentralen Orten Arbeit und Brot finden.

Die Österreichische Volkspartei tritt daher nicht nur für den beschleunigten Ausbau der Autobahnen und der Bundesstraßen ein, sie tritt

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

auch für die rasche Verkehrserschließung der 30.000 Bauernhöfe ein, die heute noch keinen Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz haben.

Ich glaube, das ist keine Verschleuderung von Mitteln und keine verkehrte Agrarpolitik, so wie wir es im Landwirtschaftsausschuß von Ihrer Seite gehört haben, sondern es ist eine zielbewußte und moderne Strukturpolitik für die gesamte Bevölkerung. Dort, wo Verkehrswege entstehen, entfaltet sich wirtschaftliches und kulturelles Leben.

Die ÖVP und der Bauernbund treten für eine zielstrebige Verbesserung der Agrarstruktur ein. (*Abg. Eberhard: Reden Sie doch zur Tagesordnung! Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun?*) Sehr viel, weil wir von Strukturpolitik reden, Herr Kollege, und weil der Staatssekretär für Strukturpolitik bestellt wurde. (*Abg. Doktor Withalm: Man müßte schon gemerkt haben, worüber heute geredet wird! — Abg. Kern: Was hat Pittermann von der Strukturpolitik erzählt? — Weitere Zwischenrufe.*)

Ich glaube, daß diese Ausführungen sehr wohl zum Thema Strukturpolitik gehören, weil wir für einen gesunden ländlichen Raum eintreten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn die Sozialistische Partei daran kein Interesse hat, so ist das ihre Sache.

Die ÖVP und der Bauernbund treten für eine zielstrebige Verbesserung der Agrarstruktur ein. Durch die Flurverfassungsnovelle und durch das Landwirtschaftliche Siedlungs-Grundsatzgesetz, welches am 15. Feber 1967 hier gegen die Stimmen der Sozialistischen Partei beschlossen wurde, wird die Landwirtschaft nicht nur ihre Agrarstruktur schneller verbessern können, sie leistet damit auch einen maßgeblichen Beitrag zur Verbesserung der Gesamtstruktur in unseren Dörfern und in unseren Siedlungen. Die beiden Gesetze fördern den Grundverkehr innerhalb der Landwirtschaft, helfen bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben, Fläche aufzustocken. Durch Integralmeliorationen soll die gesamte ländliche Flur den neuzeitlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Es ist bedauerlich, wenn in dieser Strukturkonferenz der Sozialistischen Partei dagegen Stellung genommen wird. Es ist aber auch sichergestellt, daß durch die gemeinsame Aufbringung von Flächen für Verkehrs- und Gemeinschaftsanlagen, für Wohnanlagen und Industrie die Entwicklung der Siedlungen gefördert wird.

Die Sozialistische Partei hat gegen diese Gesetze gestimmt, weil nach ihrer Auffassung Betriebe unter 20 ha keine Existenzberechtigung mehr haben. (*Abg. Dr. Staribacher: Das stimmt nicht! — Abg. Czettel:*

Das haben wir nicht behauptet!) Lesen Sie das im stenographischen Protokoll nach, lesen Sie das in Ihren Zeitungen nach, dann werden Sie eines Besseren belehrt.

Es gibt derzeit in Österreich 239.000 solcher Kleinbetriebe unter 10 ha, und daher bedeutet eine solche Forderung die überstürzte Absiedlung von 60 Prozent unserer Bauernhöfe. Die Begründung der Sozialisten ist geradezu rührend. Sie treten aus sozialen Erwägungen für eine Absiedlung ein, damit kein Landproletariat geschaffen wird. (*Abg. Czettel: Sie schaffen es doch! Ihre Politik schafft Landproletariat!*) Wir schaffen es nicht! Wir werden Ihnen beweisen, daß wir kein Landproletariat schaffen. Ich werde Ihnen in meinen Ausführungen auch sagen, wie wir das machen werden.

In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Juli 1966 wird unter der Überschrift „Kommt nun das große Bauernlegen?“ zwareklärt, daß durch die Harmonisierung der österreichischen Landwirtschaft mit der EWG, welche die ÖVP-Regierung anstrebt, nicht nur die Konsumenten bedroht werden, sondern auch die Existenz von 80 Prozent unserer Bauernhöfe auf das Spiel gesetzt wird. (*Abg. Czettel: Das stimmt!*) Selbstverständlich — heißt es dann weiter — hat das Landwirtschaftsministerium die Möglichkeit, eine Agrarpolitik für die Großbauern und die Großgrundbesitzer zu betreiben und den Kleinbetrieben sofort die Lebensfähigkeit abzusprechen. — Hier wird also die ÖVP als Bauernschreck hingestellt; die Herren Abgeordneten Staribacher und Pansi hingegen kritisieren die Politik der ÖVP und des Bauernbundes, weil sie sich bemühen, eine möglichst große Anzahl von Landwirtschaftsbetrieben in ihrer Existenz zu sichern.

Die Volkspartei fördert eine Strukturverbesserung in der Landwirtschaft. Und diese Landwirtschaft hat seit 1950 40 Prozent ihrer Arbeitskräfte abgegeben und ihre Produktivität seit 1937 mehr als verdoppelt. Wir wollen aber, daß die Umschichtung in geordneten Bahnen verläuft, damit die Land- und Forstwirtschaft als Lebensgrundlage des Volkes nicht gefährdet wird. Die Mobilität der Arbeitskräfte und auch des landwirtschaftlichen Grundes ist am besten dann gegeben, wenn ausreichende Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe geschaffen werden. Fast 40 Prozent dieser Kleinbetriebsinhaber gehen einem Nebenerwerb nach. Vom Standpunkt einer Strukturpolitik sind diese Betriebe dann als saniert zu betrachten, wenn das landwirtschaftliche Einkommen in Verbindung mit dem Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit, aus Gewerbe und Fremdenverkehr zu-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

sammen ein gutes Haushaltseinkommen ergibt. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe von Spezialbetrieben, wie Weinbau- und Obstbaubetriebe, die mit einer kleinen Fläche einen vollen Erwerb in der Landwirtschaft erreichen können.

Herr Altnationalrat Winkler, der ehemalige Landesobmann der Sozialistischen Partei von Niederösterreich, schrieb in der „Arbeiter-Zeitung“ am 11. Mai 1966 „Landflucht stoppen!“ Er schrieb weiter, die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe seien keineswegs zum Sterben verurteilt. Man könne sich ernsthaft mit den Bedürfnissen dieser Betriebe beschäftigen und ihre Eigentümer durch die Schaffung von Nebeneinkommen, durch die Industrialisierung, durch die Förderung des Fremdenverkehrs und so weiter unterstützen. Dann könnten diese Arbeitsbauern auf ihrer Scholle bleiben und die Gesellschaft käme zu einer vielseitigen und vollkommeneren Ausnützung der dort vorhandenen Arbeitskräfte. — Die Österreichische Volkspartei bemüht sich seit jeher, dieses Ziel zu erreichen. Die derzeitigen Agrarvertreter der Sozialistischen Partei haben aber eine andere Meinung. In Wahlzeiten heißt es dann zwar wieder, der Bauernbund und die ÖVP seien gegen die kleineren und mittleren Betriebe. Das haben wir in der Steiermark gehört, und das hören wir derzeit in Tirol in den Wahlaufrufen der Sozialistischen Partei zu den Kammerwahlen.

Für diesen Zickzackkurs der Sozialistischen Partei gibt es eigentlich nur eine parteipolitische Erklärung. Vor Jahren ist die Sozialistische Partei zur Eroberung des Dorfes angetreten. Der Erfolg ist ausgeblieben. (Abg. Eberhard: *Das lassen wir dahingestellt!*) Und heute will man diese Dörfer am liebsten aushungern (Abg. Czettel: *Wer will das?*), weil die Erhaltung des ländlichen Raumes für die Sozialistische Partei parteipolitisch nicht zweckmäßig ist. In den Ballungszentren erhofft man sich mehr Parteigänger. (Abg. Czettel: *Wer will die Dörfer aushungern? Sagen Sie das!*) Die Sozialistische Partei! (Abg. Czettel: *Danke schön!*)

Herr Kollege Czettel! Wenn man nämlich die Produktion drosseln will und gegen die Kleinbetriebe auftritt, wenn man dagegen ist, daß man dort Arbeitsplätze schafft, dann will man die Dörfer aushungern!

Daß diese Politik in der Bevölkerung nicht ankommt, weiß auch die Sozialistische Partei, und ihr eifriges Bemühen in Sachen Strukturpolitik soll die wahren Ziele nur vernebeln.

Zuerst tritt man also gegen die Kleinbetriebe auf ... (Abg. Czettel: *Wer tritt gegen die Kleinbetriebe auf?*) Am 15. Februar dieses

Jahres ... (Abg. Pfeifer: *Was haben Sie für die Kleinbetriebe getan? Gehen Sie ins Grenzland!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, sich zu beruhigen! Jeder kann sich zum Wort melden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (*fortsetzend*): Der Abgeordnete Pansi erklärte in diesem Haus am 15. Februar: Wir sind gegen die Kleinbetriebe. Er ist gegen die Umwandlung von Pacht in Eigentum. Als Beispiel hat er Tirol angeführt und hat erklärt, die Aufstockung von Waldflächen zur Vergrößerung bäuerlicher Betriebe sei unverantwortlich. Zwei Tage später aber bringt die „Arbeiter-Zeitung“ eine große Reportage über die strukturpolitische Reise der Sozialistischen Partei nach Hessen. Ein Plan für das „vergessene Dorf“. Es wird berichtet, was in Hessen gemacht wurde: 60.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen, und zwar an der Toten Grenze. Ein Sonderwohnbauprogramm gibt es für die Zonengebiete. Die Gemeinden dieser Grenzorte haben einen ganzen Katalog von Förderungsmaßnahmen. Es wurde berichtet, daß die Stadt Frankfurt der Errichtung einer Satellitenstadt, die nicht mehr auf ihrem Gemeindegebiet ist, nicht nur zustimmt, sondern sie sogar fördert. Es wird auch betont, daß es Wohnsiedlungen für nebenberufliche Landwirte gibt. Und der Artikel macht das unseren nebenberuflichen Landwirten, die im Burgenland sind, sehr schmackhaft. Dann kommen einige Hiebe auf die ÖVP.

Aber einige Wochen später verkündete dann die Erste Ökonomische Versammlung der Sozialistischen Partei trotz Studiums in Hessen wieder ganz andere Ziele. Es zeigt sich also deutlich, daß die strukturpolitische Tätigkeit der Sozialistischen Partei weniger zur Klärung der Probleme beitragen soll, sie ist vielmehr eine einseitige politische Aktion zur Verwirklichung parteipolitischer Ziele.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht nur für die Umstrukturierung gewerblicher und industrieller Arbeitskräfte, zum Beispiel für die Bergarbeiter, gefordert werden. Sie ist genauso für die 10.000 jährlich frei werdenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte notwendig. Wenn das Angebot an Arbeitskräften auf Grund der Bevölkerungsstruktur in den nächsten Jahren zurückgeht, ist zu beachten, daß in den ländlichen Gebieten eine stille Reserve von tüchtigen und leistungswilligen Kräften vorhanden ist, die mobilisiert werden müssen.

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft allein Beschäftigten wird weiter abnehmen. Es gilt jedoch, die Agrarquote so zu

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

stabilisieren, daß die Bewirtschaftung des gesamten Kultur- und Wirtschaftsraumes gewährleistet ist. Der prozentuelle Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung darf zu keiner Entvölkerung der ländlichen Gebiete führen. Österreich braucht die wirtschaftliche Entwicklung der Bergbauerngebiete und der Randzonen im Norden und Osten unserer Heimat. Eine zu große Ballung in wenigen Zentren erfordert ebenso hohe soziale Kosten, wie andererseits die Aufgabe der infrastrukturellen Einrichtungen des ländlichen Raumes zu großen volkswirtschaftlichen Verlusten führen würde. Wachstumspolitik muß nicht nur eine Maximierung der wirtschaftlichen Leistungen anstreben, sie muß ebenso auf das Wohlbefinden des einzelnen Staatsbürgers Rücksicht nehmen und für die gesamte Gesellschaft Wohlstand und Lebensfreude sicherstellen.

Österreich ist ein ausgesprochenes Fremdenverkehrsland. Eine Sicherung des Fremdenverkehrs für die Zukunft ist nur möglich, wenn der Landbevölkerung entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten sichergestellt werden. Nur eine Symbiose zwischen Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr gewährleistet eine stetige Aufwärtsentwicklung in diesen Gebieten.

Die ÖVP-Alleinregierung hat kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt ein Ministerkomitee für Raumplanungsfragen gebildet und den Auftrag für die Erstellung eines regionalpolitischen Gesamtkonzeptes gegeben. Bereits im heurigen Jahr werden die zahlreichen Fachleute und Experten die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit liefern. Die Planungsstellen in allen Bundesländern und das Österreichische Institut für Raumplanung haben wertvolle Vorarbeit geleistet.

Die Versäumnisse der alten Koalitionsregierung sind nicht in wenigen Wochen ungeschehen zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Bauer im Herbst Kartoffeln ernten will, muß er sie im Frühjahr anbauen. Die Zeit dazwischen nennt man Wachstumsperiode. Ebenso ist es in der Wirtschaftspolitik. Wenn man die Früchte einer Arbeit ernten will, muß man rechtzeitig die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung schaffen. Die heutige Bundesregierung ist mit Erfolg und Eifer dabei, den Anbau sicherzustellen, damit die gesamte Bevölkerung eine gute Ernte einbringen kann. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Die Wachstumsperiode dauert nur schon zu lange! Die Erdäpfel brauchen zu lange, bis sie reif werden!)* Die Kartoffeln brauchen ein halbes Jahr. Herr Kollege, wenn Sie von der Landwirtschaft etwas verstehen, werden Sie

das wissen. In der Wirtschaft sind die Termine etwas länger. Wir sind aber zufrieden, wenn es nicht länger als ein Jahr dauert.

Die raumwirksamen Mittel im Bundesbudget 1966 betragen mehr als 12 Milliarden Schilling. Dazu kommen noch weitere 18 Milliarden, die außerhalb des Budgets als raumwirksame Ausgaben bezeichnet werden. Wir sehen also, welche große Bedeutung die Finanz- und Budgetpolitik für die Raumordnung hat.

Die Strukturschwächen der Wirtschaft, die Probleme der städtischen Verdichtungsräume und der ländlichen Entwicklungsgebiete verlangen dringend die Erarbeitung raumordnungspolitischer Leitlinien als Voraussetzung für eine regional angepaßte erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Ich möchte hier auf eine sehr wertvolle Arbeit des Herrn Dr. Stieglbauer vom Österreichischen Institut für Raumplanung, „Die Region als sozioökonomischer Verflechtungsraum“, verweisen. In dieser Arbeit wird dargestellt, daß für die Sozial- und Wirtschaftspolitik die zentrierten Regionen als Ansatz für gezielte Maßnahmen von größter Bedeutung sind. *(Abg. Libal: Nehmen wir den auch noch als Staatssekretär in die Regierung!)* Das ist nicht notwendig, wir werden diese Arbeitskräfte und Wissenschaftler zur Mitarbeit einladen, auch wenn Sie damit nicht einverstanden sind. Aber anscheinend suchen Sie ja auch welche.

Es gibt in Österreich nach dieser Arbeit neun Bundesländer, aber nur sieben Hauptregionen, da Wien, Niederösterreich und Burgenland größtenteils eine Hauptregion bilden. Bei der Beurteilung der Wirtschaftskraft der Hauptregion ist der Anteil des Hauptzentrums ein wichtiger Anzeiger. In allen Regionen gibt es große Einkommensunterschiede zwischen dem großstädtischen Zentrum und den entfernteren Gebieten. Jeder, der in Österreich von einem West-Ost-Gefälle im Volkseinkommen redet, soll diese Arbeit gründlich studieren, damit er ein objektiveres Bild von der Struktursituation erhält. Es ist sehr zu begrüßen, daß das Österreichische Institut für Raumplanung das Volkseinkommen nach Regionen, also nach wirtschaftlich eng miteinander verflochtenen Gebieten, unabhängig von der verwaltungsmäßigen Abgrenzung ermittelt hat. Die Region Wien liegt nach dieser Untersuchung vor der Hauptregion Bregenz-Dornbirn. Die drei niedrigsten Werte im Volkseinkommen verzeichnen die Hauptregionen Klagenfurt, Graz und Innsbruck. Für die gesamtstaatliche Wirtschaftspolitik ergeben sich daraus wichtige Schlußfolgerungen. Falsche Schlagworte können nur zur

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Vernebelung der Tatsachen beitragen und nicht nur Verwirrung stiften, sondern auch die Ursache von Fehleinschätzungen sein.

Der neue Staatssekretär Professor Dr. Koren hat eine verantwortungsvolle und drückende Aufgabe übernommen, wenn er Wirtschaftsplanung, Struktur- und Raumordnungspolitik koordinieren soll und für eine gesunde Entwicklung in wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht für die Gesamtbevölkerung tätig sein wird. (*Ruf bei der SPÖ: Wirtschaftsplanung?*) Uns stört das Wort „Wirtschaftsplanung“ nicht, wir meinen nur etwas anderes als Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei. (*Abg. Pay: Sie meinen immer etwas anderes!*)

Die Landwirtschaft Österreichs ist ein tragender Teil der Gesamtwirtschaft. Sie steht vor der großen Aufgabe, sich laufend der modernen Entwicklung anzupassen und insbesondere dem Strukturwandel und der arbeitsteiligen Marktwirtschaft gerecht zu werden. Die geographischen Verhältnisse des Berglandes und der Randzonen müssen in gleicher Weise berücksichtigt werden wie die verschiedenen Betriebsformen der Voll- und der Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft. Der Bauer ist sich seiner großen Verantwortung voll bewußt, die er für die gesamte Gesellschaft zur Sicherung der Ernährung, zur Erhaltung des Lebens- und Kulturraumes, aber auch in soziologischer und kultureller Hinsicht trägt.

Der bäuerliche Mensch und seine politischen Vertreter — der Österreichische Bauernbund und die Österreichische Volkspartei — sind sich der Verantwortung voll bewußt, die sie für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raumes und für die Entfaltung der dort lebenden Menschen aller Berufe und Bevölkerungsgruppen tragen. Aus diesem Grund bejahen wir sehr die Bestellung des neuen Staatssekretärs. Wir werden ihn in seiner verantwortungsvollen Aufgabe nach besten Kräften unterstützen und wünschen ihm im Interesse der österreichischen Gesamtbevölkerung viel Erfolg. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meinen heutigen Ausführungen werde ich mich mit der Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs Dr. Koren nicht beschäftigen. (*Abg. Dr. Pittermann: Hat er noch Schonzeit?*) Ich werde mich auch nicht mit der Veränderung im Bündnisproport der ÖVP beschäftigen, denn das ist eine Angelegenheit, die sich die Bünde

untereinander ausmachen sollen. (*Abg. Minkowitsch: Gott sei Dank, daß Sie das einsehen!*) Wir Freiheitlichen werden den neuen Staatssekretär Universitätsprofessor Dr. Koren nach seinen Leistungen in der Regierung beurteilen.

Aber wir haben Anlaß, ernste Kritik an der Art und Weise der Einführung dieses neuen Staatssekretärs zu üben. Dafür trägt Herr Dr. Koren keine Verantwortung, wohl aber der Herr Bundeskanzler. Der Herr Bundeskanzler hat sich begnügt, dem Nationalrat in einem Brief Mitteilung zu machen, er habe dem Herrn Bundespräsidenten einen zweiten Staatssekretär im Bundeskanzleramt zur Ernennung vorgeschlagen und diese Ernennung sei vollzogen worden. Sodann hat der Bundeskanzler in verschiedenen Kommentaren, vor allem in Parteitage-reden, im ÖVP-Pressedienst, in einer Rundfunk-Samstagrede, in der „Aktion 20“ und in Pressekonferenzen unterschiedlicher Art Ausführungen über die Befugnisse, die Kompetenzen, die Aufgaben und die Notwendigkeit dieses neuen Staatssekretärs gemacht. Überall hat der Bundeskanzler über dieses Problem gesprochen, nur an einer Stelle nicht: in der Volksvertretung. Und wenn wir in den Zeitungen Bilder mit dem Text sehen „Bundeskanzler Dr. Klaus stellt den neuen Staatssekretär vor“, so hat er ihn überall anders vorgestellt, nur nicht hier im Nationalrat.

Meine Damen und Herren! Das war der Anlaß, weshalb die freiheitlichen Abgeordneten zugestimmt haben, daß über diese Ernennung heute hier eine Debatte stattfindet. Wir möchten mit Nachdruck sagen, daß wir die Vorgangsweise des Bundeskanzlers nicht billigen können. Wir ersuchen mit Nachdruck den Herrn Bundeskanzler, dem Hohen Nationalrat als der frei gewählten Volksvertretung eine größere Achtung entgegenzubringen als bisher in dieser Causa.

Da wir heute den 19. April haben, können wir Bilanz über ein Jahr der monocoloren Alleinregierung der ÖVP ziehen. Ich möchte aus dem reichen Katalog der in der Regierungserklärung damals enthaltenen Versprechungen und Ankündigungen nur einige wenige herausgreifen. Die weiteren Redner meiner Fraktion werden Gelegenheit haben, diese Ausführungen zu ergänzen.

Die öffentliche Verwaltung, so hieß es, bedarf einer tiefgreifenden Modernisierung nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dazu ist nichts zu bemerken. Aber weder gab es eine Verwaltungsreform noch irgendwelche Ansätze zur Sparsamkeit. Dr. Gruber gibt von Zeit zu Zeit Erklärungen ab. Ich habe gehört beziehungsweise in der Zeitung gelesen, daß nunmehr eine

Dr. van Tongel

alte Kanzleiordnung modernisiert werden soll. Aber sonst ist von dieser Ankündigung keinerlei Verwirklichung zu bemerken.

Es hieß weiter in der Regierungserklärung: Ausbau des Autobahn- und Bundesstraßenwesens. Auch davon ist sehr wenig zu hören. Wohl aber gab es den größten Skandal der Ersten und Zweiten Republik, den „sogenannten“ — wie es hier geheißen hat — Autobahnskandal.

Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft — wieder ein Zitat aus der Regierungserklärung — können keine zaghafte Einzelmaßnahmen, hier kann nur noch eine Generalbereinigung Abhilfe schaffen. Wir fragen: Wo ist sie? Der kleinen Wohnbaureform sollte die große folgen. Wir haben bereits einen Vorgeschmack bekommen, wie die große aussehen wird.

Versprochen wurde ferner: Erhaltung und Modernisierung des bestehenden Wohnraumes. Nichts ist geschehen. Dann: Moderne und familiengerechte Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen. Lesen Sie die Vorschläge zur Wohnbaureform, die im Begutachtungsverfahren stehen. Das sollen familiengerechte Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen sein?

Ein umfassendes Wachstumskonzept, meine Damen und Herren! Es sind zwar Wachstumsgesetze — wir haben ihnen zugestimmt — beschlossen worden, aber es handelt sich um eine unzulängliche Maßnahme. 1966 war die Konjunktur schon schwächer als 1965. Eine echte Wachstumsbeschleunigung gab es 1966 nicht. Das Erbe des vergangenen Jahres bedeutet somit in wirtschaftlicher Beziehung verschlechterte Auftragslage, beunruhigendes Anwachsen der Fertigteile-Lagerbestände, Anzeichen ernster Stagnation im Fremdenverkehr.

Meine Damen und Herren! Damit, daß man leugnet, daß sich krisenhafte Erscheinungen bemerkbar machen, beseitigt man diese alarmierenden Anzeichen nicht, sondern statt sie gesundzubeten, wäre es besser, Maßnahmen zu treffen. Diese vermissen wir.

Die Regierung will ein Zusammenwirken der Sozialpartner. Aber in dieser kritischen Phase, von der ich eben spreche, genügt das allein nicht. Die Regierung muß Initiative beweisen, sie muß ein wirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Konzept vorweisen, darüber mit uns in der Volksvertretung beraten, und sie darf sich nicht nur als Zuschauer verhalten.

Weiterhin wurde versprochen: Reform der Lohn- und Einkommensteuer, verstärkter Leistungsanreiz. Meine Damen und Herren! Mit dieser Ankündigung und ihrer scheinbaren Verwirklichung im Entwurf des Finanzministers werde ich mich noch beschäftigen.

Es hieß in der Regierungserklärung: Angleichung der Steuersysteme als Folge der wirtschaftlichen Integration Europas, also unter anderem grundlegende Änderung des derzeitigen Umsatzsteuersystems. Wir müssen mit Nachdruck angesichts der im EWG-Raum erfolgenden Umstellung des Umsatzsteuersystems dieses Regierungsversprechen anmahnen, denn bisher haben wir nicht einmal von Vorbereitungen auf diesem Gebiete gehört. Ich habe einmal gehört, daß der in die Wüste geschickte Sektionschef Penz den Auftrag hat, in anderen Ländern die Reform der Umsatzsteuer zu studieren. Näheres hat man nie mehr darüber gehört.

Die Regierung kündigte an: Die Einrichtungen im Fremdenverkehr müssen den modernen Anforderungen entsprechen. Auch hier keinerlei Anzeichen.

Ferner: Regionale Strukturpolitik: Berücksichtigung unserer Entwicklungsgebiete. Ein volles Jahr ist verstrichen, jetzt wurde ein neuer Staatssekretär eingesetzt, der zunächst einmal — so heißt es — mit der Vorbereitung eines entsprechenden Konzeptes betraut ist. Nach einem Jahr beginnt endlich die Vorbereitung des Konzeptes!

Das gleiche gilt für das Versprechen des Energieplanes sowie einer dauerhaften Lösung der Probleme der verstaatlichten Industrie. Ein im Proporzgeschäft ausgehandeltes ÖIG-Gesetz gab es, mehr nicht!

Dann: Bildungspolitischer Schwerpunkt: Trotz einer besseren Dotierung des Unterrichtsbudgets sehen sich sämtliche Bundesländer außer Wien durch die Einführung des Polytechnischen Lehrganges einfach unlösbaren Problemen gegenübergestellt. Überall zuwenig Lehrer, zuwenig Schulraum, aber großartige Ankündigungen! Und schon kann man lesen, daß über ein zehntes Schuljahr Debatten geführt werden. Die Hochstapelei solcher Ankündigungen kann nicht genügend gebrandmarkt werden.

Es hat heute ein Redner davon gesprochen, daß eine positive, aber auch eine negative Bilanz gezogen werden sollte. Die Bilanz eines Jahres der Monocolore lautet unter anderem: Benzinpreiserhöhung, Erhöhung der Tarife bei Post und Bahn, Preiserhöhung bei den Grundnahrungsmitteln und Preissteigerungen auf allen Gebieten.

Dafür aber haben wir Versuche, die parlamentarischen Rechte zu beschneiden. Die Sozialistische Partei hatte jetzt Gelegenheit, zu bemerken, was es heißt, wenn dieses Unrecht aller Parlamente angegriffen wird, als der Herr Minister Dr. Piffil-Perčević erstmalig bei einer sozialistischen Anfrage die Methoden anwenden wollte, die er seit Jahr und Tag —

Dr. van Tongel

auch in der Zeit der Koalition — gegenüber den freiheitlichen Abgeordneten, ohne daß die Kollegen der Sozialistischen Partei eingeschritten sind, anzuwenden versuchte. Wir können nicht genug mit Nachdruck gegen diese Methode Protest erheben. Das parlamentarische Anfragerecht ist eines der ältesten parlamentarischen Rechte, es kann durch einen eigenwilligen Minister nicht außer Kraft gesetzt werden!

Und nun, meine Damen und Herren, zu der Einkommensteuernovelle 1967. Wir vermissen hier eine ausreichende Milderung der Progression. Diese Novelle zeichnet eine verfehlte Tarifkonstruktion aus. Die Steuerermäßigung für berufstätige Ehepaare mit Kindern erscheint uns viel zu gering. Es ist keine Beseitigung der Besteuerung der Zuschläge für Mehrarbeit sowie für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit vorgesehen. Das Splittingverfahren bei der Besteuerung der Ehepaare ist wieder nicht vorgesehen. Der Mittelstandsbauch ist zwar abgeflacht, aber noch immer nicht beseitigt. Die Erhöhung des für Forschungsförderung als steuerfrei geltenden Gewinnsteiles von 2 auf 4 Prozent erscheint uns viel zu gering. Keine ausreichende oder angemessene steuerliche Berücksichtigung der Mitarbeit des Ehegatten im Betrieb und auch keine Abfertigungsrücklage für freiberuflich Tätige. Meine Damen und Herren! Diese Forderung der Bundeskonferenz der freiberuflich Tätigen muß mit Nachdruck in Erinnerung gerufen werden. Wenn in allen Bereichen eine Abfertigungsrücklage gewährt wird, muß sie vor allem gerade den freiberuflich Tätigen gegeben werden.

Es gibt keine Pauschbeträge für außergewöhnliche Belastung Körperbehinderter gemäß § 102 Einkommensteuergesetz. Diese Pauschbeträge bleiben somit unverändert niedrig.

Der Herr Finanzminister hat in diesem Zusammenhang angekündigt, er sei leider nicht in der Lage, dem Parlament bei diesem Anlaß eine Vereinfachung der Lohnverrechnung vorzuschlagen. Im Jahre 1959 — ich sage das hier vielleicht jetzt schon zum zehntenmal — hat der Nationalrat einstimmig eine Entschließung angenommen, worin die Vereinfachung der Lohnverrechnung gefordert wird. Im Jahre 1967 erklärt nun der Herr Finanzminister, das sei zu schwierig und könne nicht durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe nur einen kleinen Auszug dieser Regierungsversprechungen vom 20. April 1966 gegeben. Wir freiheitlichen Abgeordneten müssen mit Nachdruck fordern, daß das Inkrafttreten der Steuerreform nicht hinausgeschoben wird,

daß es nicht an Bedingungen geknüpft wird, deren Erfüllung heute unabsehbar und gar nicht garantiert ist. Wir fordern, daß diese Steuerreform am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt, daß dieses Problem also noch in der Frühjahrsession des Hohen Hauses beraten und darüber ein Beschluß gefaßt wird.

Zusammenfassend darf ich sagen: Ein Jahr der Regierung Klaus-Bock hat die Verheißungen und Versprechungen der monocoloren Alleinregierung der ÖVP nicht erfüllt. Das stellen die freiheitlichen Abgeordneten an diesem ersten Jahrestag deren Bestandes mit Nachdruck fest. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Leisser das Wort. — Abgeordneter Leisser ist nicht im Saal. Dann kommt als nächster Redner der Herr Abgeordnete Peter zum Wort. *(Abg. Dr. Pittermann: Man muß den Leisser lauter rufen! — Weitere Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die „Mini-Regierungsumbildung“, die heute dem Parlament mitgeteilt wird ... *(Abg. Glaser: Die der „Mini-Parteiboss“ behandeln möchte!)* Der „Mini-Parteiboss“, Herr Abgeordneter Glaser, ist groß genug, um dieser 85 Mann starken Regierungsfraktion zu trotzen. *(Beifall bei der FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Die „Mini“-Regierungsreform ... *(Abg. Altenburger: Trutzwinkler! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)* Herr Abgeordneter Altenburger! Wenn Sie sich einmal der Aufgabe unterziehen müssen, Ihre Anliegen von einer derartigen Plattform aus, wie sie uns Freiheitlichen zur Verfügung steht, vorzubringen, dann wünsche ich Ihnen soviel Können, soviel Fähigkeit und soviel Leistungsvermögen, wie diese Fraktion sie bereits unter Beweis gestellt hat. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Reich: Wendigkeit! — Abg. Dr. Haider: „Wendigkeit“ ist gut!)* Herr Abgeordneter Reich! Diese Regierung und diese Mehrheitspartei machen es nicht nur der kleinsten Fraktion dieses Hohen Hauses, sondern auch der anderen Oppositionsfraktion schwer, ihre verfassungsmäßige Aufgabe zu erfüllen. — Diesen Ton haben Sie, meine Herren der ÖVP, vom Zaune gebrochen; das muß ich feststellen. Ich wollte diesen Ton heute wahrlich nicht anwenden, aber Sie haben es für notwendig erachtet, wieder der freiheitlichen Opposition ins Wort zu fallen. *(Abg. Altenburger: Drohen Sie doch nicht dauernd! Das ist ja lächerlich! Wir können reden, was wir wollen!)* Dann regen Sie sich nicht auf, wenn wir mit Ihrer Regierung härter ins Gericht gehen, als

Peter

wir es ursprünglich beabsichtigten. (*Abg. Altenburger: Sie können ins Gericht gehen, wo Sie wollen! Aber präpotent sollen Sie nicht sein! — Abg. Dr. van Tongel: Mayr ist nicht da, daß er Sie zur Ordnung ruft!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Ich bitte Sie, sich zu beruhigen. Wir haben Zeit genug, daß jeder zum Wort kommt. (*Zwischenrufe.*)

Abgeordneter **Peter** (*fortsetzend*): Werfen wir nun nach dieser Einlage der Österreichischen Volkspartei die Frage auf, was das Kabinett Klaus II seit seinem Amtsantritt zum Wohle Österreichs und dieser Republik geleistet hat, so haben wir festzustellen, daß es sich hier um eine quantitativ umfassende Arbeit handelt, die aber in qualitativer Hinsicht nicht in jenem Maß bestehen kann, wie es die Regierungspartei wohl gerne wünschen würde.

Nicht wir Freiheitlichen, sondern ein unabhängiger Journalist hat in den letzten Tagen die Frage aufgeworfen: „Ist die Regierung Klaus II noch ein Team?“ Ist diese Regierung Klaus II noch eine handlungsfähige Regierungsgemeinschaft? Die „Salzburger Nachrichten“ haben diese Frage in den letzten Tagen mit dem Hinweis beantwortet, daß es sich bei diesem Kabinett Klaus II um eine Ansammlung einzelner Minister handelt, die ihren eigenen Interessen nachgehen, aber nicht befähigt sind, den Charakter einer handlungsfähigen Regierungsgemeinschaft unter Beweis zu stellen. Die gleiche Zeitung stellt fest, daß die Bestellung des Herrn Staatssekretärs Dr. Koren ein „Trostpflaster“ für den Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus ist, weil ihm seine eigene Partei, die Österreichische Volkspartei, die in Aussicht genommene große Regierungsumbildung verwehrt hat, da der „Eiserne Hermann“, eherner Bestandteil der Österreichischen Volkspartei, ein unabdingbares Nein der großen Regierungsumbildung entgegengesetzt hat.

Daher scheint man sich nun in den Reihen der Regierungspartei dazu entschlossen zu haben, zu dieser „Regierungsumbildung im Kleinstformat“ zu greifen. (*Abg. Libal: Der Bundeswenzel ist das!*) Der Bundeswenzel. Aber Wenzel bleibt Wenzel, Herr Abgeordneter Libal. (*Heiterkeit.*) Der „Presse“ entnehmen wir in den letzten Tagen den Hinweis, daß nunmehr die Frage mit zur Diskussion steht, ob das Bundeskanzleramt „durch Anreicherung mit Staatssekretären zu einem Allroundministerium“ ausgebaut werden soll. Ein Sprecher der Sozialistischen Partei hat ja auf die wunderbare Postenvermehrung in der Umgebung des Herrn Bundeskanzlers bereits hingewiesen. (*Abg. Dr. Pittermann: Der Astrolog fehlt noch! — Abg. Dr. Kreisky: Der Seni!*)

Man könnte in diesem Zusammenhang auch die Frage aufwerfen, ob das Kabinett Klaus II eine seiner besonderen Aufgaben darin sieht, nunmehr ein Regierungs-Quiz einzuführen, dem das Thema zugeordnet ist: Wer koordiniert wen? Der Kanzler die Staatssekretäre? Die Staatssekretäre mit Herrn Koren an der Spitze die Regierungsmitglieder? Und wahrscheinlich koordiniert die Regierungsmitglieder der Herr Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Dr. Pittermann: Er koordiniert sie nicht, er kommandiert sie!*) Was dabei herauskommt, haben wir nach einem Jahr Einparteienregierung wenig eindrucksvoll, aber sehr umfassend vor Augen geführt bekommen.

Diese Feststellung in den „Salzburger Nachrichten“ unter der Überschrift „Ist die Regierung Klaus II noch ein Team?“ ist übrigens auch in anderer Hinsicht überaus interessant, nämlich wenn hier in den Einzelheiten ausgeführt wird, wie sehr die einzelnen Mitglieder dieses Kabinetts immer mehr auseinanderstreben und ihren eigenen Ressortinteressen nachgehen, ohne die Handlungsfähigkeit der Regierung unter Beweis zu stellen.

Dem Herrn Unterrichtsminister sagen die „Salzburger Nachrichten“ unter anderem nach: „Der Alleingang des Ministers trug geradezu schizophrene Züge, verbot damit doch das Kabinettsmitglied Piffel dem Abgeordneten Piffel, ein wichtiges Recht der parlamentarischen Demokratie in Anspruch zu nehmen: die Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung.“

Hinsichtlich des Landwirtschaftsministers Schleinzer kommen die „Salzburger Nachrichten“ zu der Überlegung, daß der gut aussehende Kärntner nunmehr seinem Disengagement in allen Fragen Ausdruck verleiht und immer mehr den Ruf eines Mannes erwirbt, der heißen Eisen aus dem Weg geht.

Abschließend vertreten die „Salzburger Nachrichten“ in diesem Zusammenhang die Meinung, daß der Herr Bundeskanzler nun seit einem Vierteljahr mit einem Kabinett regieren muß, das er in dieser Zusammensetzung gar nicht mehr will. (*Abg. Krottendorfer: Das sind die Argumente der „Salzburger Nachrichten“!*) Damit, Herr Abgeordneter Krottendorfer, soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die von uns Freiheitlichen dargelegten Argumente auch weit über den Rahmen unserer Partei hinaus geteilt werden, wenn sie auch mit Ihrer Auffassung nicht identisch sind. (*Abg. Krottendorfer: Aber, Herr Abgeordneter, Sie brauchen doch nicht nur die „Salzburger Nachrichten“, um hier zu argumentieren!*) Absolut nicht!

Peter

Ich kann von den „Salzburger Nachrichten“ zu einer anderen, Ihrer Partei sehr nahestehenden Zeitung übergehen, das ist die „Presse“, die Ihrer Partei sicher nicht ungewogen ist und die zu demselben Ergebnis kommt. Ich kann mir vorstellen, daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, diese Meinungen im Parlament nicht gerne hören. Außer Zweifel steht aber, daß diese Meinungen außerhalb der zwei Oppositionsparteien natürlich vertreten werden und auch in weiten Kreisen der österreichischen Öffentlichkeit bekannt sind.

Es liegt nicht an uns Freiheitlichen, wenn Sie nicht das sind, was Sie sein wollen: eine „Regierung für alle Österreicher“! Das haben Sie uns doch versprochen, als Sie den Weg dieser Einparteienregierung eingeschlagen haben. Es liegt eben nicht drin, eine „Regierung für alle Österreicher“ zu sein, und es ist Ihnen auch nicht gelungen, den ÖVP-Grundsatz, den Sie geprägt haben, „Sicherheit für alle Österreicher“ zu gewähren, im abgelaufenen Jahr zufriedenstellend in die Tat umzusetzen. (*Abg. Doktor Withalm: „Sicherheit für alle“, das Plakat steht jetzt in der Löwelstraße!*) Nunmehr muß eben die Österreichische Volkspartei zur Kenntnis nehmen, daß ihrer Einparteienregierung der Charakter sehr unausgewogener, sehr unangereicherter Entscheidungen anhaftet. Dafür trägt sie seit dem 6. März 1966 die Verantwortung, und es wird der Österreichischen Volkspartei nicht möglich sein, diese Verantwortung von sich abzuschieben.

Es wird in verschiedenen Zeitungen auch die Auffassung vertreten, daß der Mut zu harten Lösungen und zu klaren Entscheidungen in den Reihen der Volkspartei nicht mehr vorhanden ist, daß der Mut zu klaren Entscheidungen in den letzten Monaten immer mehr durch eine zaudernde Unsicherheit ersetzt wurde.

Diese zaudernde Unsicherheit ist auch im Rahmen der beabsichtigten Regierungsumbildung augenfällig in Erscheinung getreten. Denn zum Jahreswechsel war von seiten der Österreichischen Volkspartei unter anderem eine etwas großräumigere Veränderung des Kabinetts in Aussicht genommen worden. Es begannen die ÖVP-Berge zu kreißen, um dann einen zusätzlichen Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu gebären. (*Abg. Dr. Pittermann: Für ein Mäuschen ist er ganz schön groß!*) Wir wollen ihn nicht nach der Größe beurteilen, Herr Abgeordneter Pittermann, sondern in absehbarer Zeit nach seinen Leistungen, die er — ich weiß nicht — als Sub- oder als Chefkoordinator im Kabinett Klaus II zu erfüllen hat.

Diese Regierungsumbildung wird auch unter einem anderen Gesichtspunkt vollzogen, den man etwa so formulieren könnte: „Taus gab ich für Koren“. Daß sich daraus gewisse innerparteiliche Bündeprobleme in der Österreichischen Volkspartei ergeben haben, ist nicht eine Sache, die uns Freiheitlichen Sorgen bereitet; mit dieser Problematik soll sich die derzeitige Regierungspartei selbst auseinandersetzen.

Immerhin war vom Vorgänger des Herrn Staatssekretärs Koren von der Regierungsbank aus ein Ton angeschlagen worden, der auch von den Oppositionsfractionen nicht überhört werden konnte. Es war ein Ton der sachlichen Argumentation, der auf die Anliegen der Oppositionsfractionen eingegangen ist, ein Ton, den man nur sehr spärlich von dieser Regierungsbank aus im letzten Jahr vernehmen konnte. Es wäre daher zu begrüßen, wenn nunmehr der für die Struktur- und zum Teil für die Wirtschaftspolitik zuständige Staatssekretär dieses Vermächtnis fortsetzen und sich jener Anliegen annehmen würde, die bestimmt mit großem Verantwortungsbewußtsein von den Oppositionsfractionen zu wesentlichen Problemen des Staates und der Wirtschaft dargelegt werden.

Die Koordinationsaufgabe, die dem Herrn Universitätsprofessor Dr. Koren übertragen ist, ist eine Aufgabe ohne Kompetenzen. Darüber haben wir uns von Haus aus klar zu sein. Wie sie gestaltet werden wird, hängt von der weiteren Entwicklung ab. Wir entnehmen der Presse eine Feststellung des Herrn Bundeskanzlers, daß Herr Staatssekretär Professor Dr. Koren für die Strukturpolitik und für die wirtschaftliche Koordinierung in der Bundesregierung eingesetzt ist. Es wäre für uns Freiheitliche sehr interessant, heute vom Herrn Bundeskanzler zu erfahren, wie der Herr Staatssekretär diese Aufgabe zu lösen in der Lage sein wird, wo ihm kraft seiner Funktion keine verfassungsmäßigen Kompetenzen übertragen werden können. Andererseits wäre es ebenso interessant, vom Herrn Staatssekretär selbst zu erfahren, wie er sich die Lösung seiner Aufgabe vorstellt. Erst an Hand dieser Vorstellungen und der damit verbundenen Entscheidungen wird man in die Lage versetzt sein, ein endgültiges Urteil über das heute vollzogene Experiment zu fällen.

Wir Freiheitlichen haben keinesfalls die Absicht, hier ein vorschnelles, unfertiges und nicht begründetes Urteil abzugeben. Wir sind bereit, die Dinge an uns herankommen zu lassen, ehe wir urteilen, bitten uns aber von seiten der Regierung das Recht aus, daß man vor dem Nationalrat zum Ausdruck bringt, wie man sich die Lösung dieser Aufgabe durch den

Peter

sogenannten Struktur-Staatssekretär im Kabinett Klaus II vorstellt. Herr Professor, ich bin der Überzeugung, daß Ihnen eine sehr umfassende, ebenso schwierige wie verantwortungsvolle Arbeit übertragen ist, eine Arbeit, die man von Ihrer Position aus sicher nur sehr schwer zu einem befriedigenden Ende führen kann, besonders nach den Erfahrungen, die wir im abgelaufenen Jahr sammeln mußten. Wenn wir in den Ausschüssen künftig auf unbeantwortete Fragen, die Wirtschaftsstruktur Österreichs betreffend, nunmehr sachliche Auskünfte erhalten werden, so werden wir freihheitlichen Oppositionsabgeordneten nicht anstehen, das auch vor dem Plenum des Nationalrates gebührend zu vermerken.

Wir stehen allerdings unter dem Eindruck, daß die österreichische Bundesregierung, die vorangegangene ebenso wie die derzeitige, nicht in der Lage gewesen ist, der Strukturproblematik die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir Freiheitlichen stehen unter dem Eindruck, daß unter großen Mühen und unter großen Schwierigkeiten im Bereich der Wirtschaft oft allein deswegen Fehlinvestitionen vorgenommen werden, weil unseren Wirtschaftstreibenden selbst die Struktur unseres Gesamtgefüges nicht eingehend genug bekannt ist. Es wäre eine der vordringlichsten und notwendigsten Aufgaben der Bundesregierung, so rasch wie möglich an Hand eines zu erarbeitenden Strukturkonzepts die Schwächen und Stärken unserer österreichischen Wirtschaft herauszuarbeiten, damit in Hinkunft mit einer noch größeren Sorgfalt als bisher die Investitionen in der Wirtschaft vorgenommen werden können.

Ich empfehle dem Herrn Staatssekretär Professor Dr. Koren auch ein sehr eingehendes Studium der letzten Budgetrede des Herrn Finanzministers. Ich bin zutiefst überzeugt, daß Sie im Inhalt dieser Budgetrede ein reiches Koordinationsfeld vorfinden, um die ziemlich desolaten Finanz- und Budgetpolitik des Kabinetts Klaus II auf eine wissenschaftlich und wirtschaftlich einwandfreie Grundlage zu stellen. Die Lösung dieser Aufgabe ist bis zum heutigen Tag weder dem Finanzminister noch der Bundesregierung gelungen.

In diesem Heft, das uns der Herr Finanzminister zur Verfügung gestellt hat, ist unter anderem der Satz enthalten: „Mit der Annahme dieses Bundesfinanzgesetzes 1967 werden sich Parlament und Bundesregierung für das Investieren entschieden haben.“ Herr Professor Dr. Koren, ich bezweifle, daß das Bundesfinanzgesetz 1967 diese Forderung des Herrn Finanzministers Dr. Schmitz realisiert. Wenn die Informationen, die Fachkreise zur Verfügung stellen, richtig sind, dann wird das

Jahr 1967 auf dem Gebiet der Investitionen der österreichischen Wirtschaft — ob Sie es von der ÖVP wahrhaben wollen oder nicht — ein schwarzes Jahr sein, dann wird es ein Jahr sein, in dem weniger investiert werden kann, als es in den vorangegangenen Jahren möglich war. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß von der Lösung der Investitionsaufgaben unserer Wirtschaft weitestgehend die Sicherheit der Arbeitsplätze und damit das Wohlergehen der Staatsbürger abhängt.

Es ist sehr leicht, und es ist sehr einfach, von der Basis und mit den Machtmitteln einer 85 Mandate starken Regierungspartei vor die Öffentlichkeit hinzutreten und zu erklären: Seit dem 6. März 1966 ist alles um so viel besser geworden. Wenn man dann diese Erklärung der Bundesregierung überprüft, stellt sich heraus, daß ihr weitestgehende Mängel anhaften. Es genügt nicht, Herr Bundeskanzler und Herr Staatssekretär, ein Wirtschaftswachstumsgesetz oder Wirtschaftswachstumsgesetze zu beschließen, wenn der Inhalt dieser Gesetze vor allem für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft nicht ausreichend ist, wenn er gerade dem Klein- und Mittelbetrieb nicht jene Hilfen und Möglichkeiten gewährt, die dieser österreichische Wirtschaftszweig benötigt, um seine Leistungsfähigkeit in Hinkunft zu erhalten.

Wie schaut es nach der bisherigen Steuer-gesetzgebung mit der Kapitalbildung der österreichischen Wirtschaft aus? Sie liegt darnieder, und diese darniederliegende Kapitalbildung der österreichischen Wirtschaft, meine Damen und Herren, wird auch nicht mit der ins Haus stehenden Einkommensteuerreform bewältigt, genauso wie die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer nicht nach den jetzigen Ansätzen der Lohnsteuerreform erfüllt werden. Hier liegen Probleme vor uns, die sehr wohl einer eingehenden Prüfung und einer raschen Lösung bedürfen.

Darüber hinaus wäre es ein Gebot der Stunde, die Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft ebenso herauszuarbeiten wie ihre Strukturstärken. Die Ausnützung der Strukturstärken unserer österreichischen Wirtschaft ist wieder eine der entscheidenden Lebensfragen unserer Republik, weil es von der Bewältigung und Lösung dieser Aufgabe abhängt, wie weit die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft gewährleistet sein wird.

Wenn ich nun das ÖVP-Evangelium, das Wahlversprechen, das Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei zur Hand nehme, dann zeigt sich auch am Inhalt desselben, was uns die monocolore Regierung seit dem 6. März unter anderem schuldig geblieben ist.

Peter

Ihnen, Herr Professor, sagte eine österreichische Tageszeitung am 1. April dieses Jahres unter anderem nach, daß Ihr Näheverhältnis zur Politik, zur ÖVP, aus Ihrem Verhältnis zur „Aktion 20“ resultiere. Die „Aktion 20“ postuliert die Allianz von Wissenschaft und Politik, ein Postulat, das man auch von seiten der Oppositionspartei hundertprozentig unterstreichen kann.

Prüft man aber die Frage, Herr Generalsekretär Dr. Withalm, was von diesem Postulat der Allianz zwischen Wissenschaft und Politik schon realisiert wurde, dann stellt sich heraus, daß wir bis zur Stunde recht kümmerliche Ansätze vor uns haben. Der erste Schritt auf diesem Weg scheint Herr Universitätsprofessor Dr. Koren zu sein. Ich stehe nicht an, Ihnen für die schwierige Aufgabe, das Programm der „Aktion 20“ zu realisieren, allen Erfolg zu wünschen, denn Ihre Schlagworte, Herr Professor — ich nehme an, es sind auch die Ihren, weil Sie als einer der Leiter der Arbeitskreise mitverantwortlich zeichnen —, heißen: „Vorausblicken, Gefahren meistern, Chancen nützen“.

Chancen gibt es noch viele zu nützen, aber manche Chance wurde im letzten Jahr von der Österreichischen Volkspartei nicht genutzt. Vorausblicken: Ist der Vorausblick, ist die Vorausschau wirklich so, wie es im Interesse unserer Wirtschaft und ihrer Leistungsfähigkeit notwendig ist? Dann muß ich Ihnen schon in Erinnerung rufen, daß Sie hier eine Forderung bei weitem nicht erfüllt haben, die Sie sehr energisch und mit Recht mit voller Energie in Ihrem ÖVP-Wahlprogramm zum Ausdruck gebracht haben, wo es heißt: „Die ÖVP wird für die Aufstellung eines Energieplanes eintreten, der auch die Voraussetzung für die Lösung des Kohlenproblems ist.“

Ein Jahr Zeit ist verstrichen. Der Energieplan liegt dem Nationalrat noch immer nicht vor. Beinahe ein Jahrzehnt ist verstrichen, seit sich österreichische Regierungen mit dieser Frage angeblich eingehend beschäftigen. Ja man beschließt einen sogenannten Kohlenplan, man läßt den bisherigen Staatssekretär im Bundeskanzleramt daran tatkräftig mitarbeiten, wenn aber dann der Finanzausschuß versammelt ist und von der Bundesregierung Auskunft haben will, wie die 100 Millionen Schilling eingesetzt werden sollen, die für den ERP-Fonds zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Gebieten, wo der Kohlenbergbau gefährdet ist, verwendet werden sollen, dann ist die Bundesregierung nicht in der Lage, den Abgeordneten des Nationalrates auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu erteilen.

Da wird auf dem Gebiete des Kohlenplans herumgeführt, da wird auf dem Gebiet der Elektroenergie herumgeführt, und da

werden auch auf dem Gebiet der Mineralölwirtschaft und der Gaswirtschaft bis zur Stunde nicht brauchbare Experimente unternommen. Nirgendwo hat aber diese Bundesregierung bis zum heutigen Tag den Beweis gegenüber dem Nationalrat angetreten, daß in diesem Zusammenhang ein ernsthaftes Konzept vorliegt.

Es wäre eben von seiten der österreichischen Bundesregierung im abgelaufenen Jahr ein Weniger weitaus mehr gewesen, als es an Hand der quantitativ umfassenden Gesetzgebung in der Herbstsession zum Ausdruck kommen mag.

Eines muß man auch am heutigen Tag dieser Einparteienregierung sehr eingehend in Erinnerung rufen: daß es nicht angebracht ist, auch weiterhin mit dem Nationalrat so zu verfahren und ihn so zu überfahren, wie das im letzten Jahr zur allgemeingültigen Praxis dieser Einparteienregierung geworden ist. Es kann hier mit allem Nachdruck der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung gerufen werden, daß ein Mehr an Qualität bei der Gesetzgebungsarbeit unserem gesamtstaatlichen Leben nur von Nutzen sein könnte.

Wenn man eine Regierungsumbildung ernsthaft beabsichtigt, dann wird man sich in Hinblick von seiten der Regierungspartei sehr wohl zu überlegen haben, was man der Öffentlichkeit in so einem Zusammenhang sagt, will man nicht Gefahr laufen, daß der eigene Bundeskanzler, daß der Parteiobmann von seinem eigenen Generalsekretär desavouiert wird, wie das vor der Öffentlichkeit geschehen ist.

Will man auf dem Gebiete der Strukturpolitik zu ernsthaften Konzepten kommen, dann wagen wir Freiheitlichen zu bezweifeln, daß man dabei mit einem Staatssekretär für Strukturpolitik das Auslangen findet. (*Abg. Dr. Pittermann: Wollen Sie noch einen Staatssekretär haben?*) Wir wollen gar keinen haben. Da müssen Sie die Österreichische Volkspartei fragen, ob sie noch einen haben will. Uns wäre halt lieber, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, wenn in dieser Regierung nach den verfassungsmäßigen Kompetenzen gearbeitet würde.

Aber da Sie schon die Frage aufgeworfen haben, möchte ich in diese Richtung weiterstoßen und gerade die räumliche Unterbringung des Herrn Staatssekretärs noch einer kurzen Überlegung unterziehen. Ich halte mich dabei an eine Wiener Tageszeitung, die von einer „Verbannung auf Barock“ spricht. Weil man im Kanzleramt für den Herrn Staatssekretär keinen Platz mehr hatte, hat man ihn in die Wallnerstraße transferiert, wo neben einem Schreibtisch die Verwaltungsakten aus der Zeit vor 15 und mehr Jahren deponiert

Peter

sein sollen. Das schreibt Herr Vodopivec in einer Wiener Zeitung, und er schließt diese Gedankenführung mit folgendem Hinweis ab: „Daher ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, daß bei dieser Bedarfszuteilung an Büroräumen für den neuen Staatssekretär in den Gedankengängen der hohen Bürokratie am Ballhausplatz und anderswo die Überlegung mit eine Rolle gespielt haben dürfte, daß durch diese Verbannung in Barock auch der neue Staatssekretär selbst möglichst unauffällig mitarchiviert werden kann.“ Ich wünsche Ihnen nicht dieses Schicksal, Herr Professor, und hoffe, daß es Ihnen möglich sein wird, allmählich in Richtung Ballhausplatz Boden zu gewinnen, damit Sie nicht in den Archiven für eine nicht erfolgte Verwaltungsreform Ihr Schicksal erleiden.

Aber es sei in diesem Zusammenhang auch ein Wort an die sozialistische Fraktion gerichtet. Die Sprecher der sozialistischen Fraktion üben mit Recht Kritik an verschiedenen Versäumnissen auf wirtschaftspolitischem Gebiet, lassen aber dabei außer acht, daß für diese Versäumnisse nicht nur die Österreichische Volkspartei als derzeitige Regierungspartei die Verantwortung trägt, sondern daß für mehr als 20 Jahre die Mitverantwortung auch den Sozialisten zufällt. Es würde uns sehr interessieren, was die sozialistische Fraktion in diesem Zusammenhang für die Vergangenheit als richtig gelten läßt, ob sie der Überzeugung ist, daß die Gesamtheit dieser Maßnahmen richtig war, oder ob sie auch der Meinung ist, daß mit ihrer Verantwortung Versäumnisse vorliegen, die künftig einer Beseitigung bedürfen. Es wäre notwendig, wenn von seiten der Sozialisten Kritik an der wirtschaftlichen Lage geübt wird, daß die Sozialisten auch zu jenen Bereichen Stellung nehmen, für die sie 20 Jahre auf wirtschaftlichem Gebiet die Verantwortung getragen haben. Wir Freiheitlichen sind der Ansicht, daß erst nach Vorliegen derartiger Meinungsäußerungen von sozialistischer Seite die Ernsthaftigkeit des Arguments von seiten der SPÖ gewährleistet ist.

Wenn heute eine Wochenzeitung ein Bild und eine Meinungsäußerung des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm bringt, so möchte ich diese angebliche Äußerung dem Hause in Erinnerung rufen: Herr Generalsekretär, Sie sollen an die Adresse der Regierung das Wort gerichtet haben, man möge den Klub respektieren. Wir Freiheitlichen möchten diese Ihre Meinung erweitern: Man möge nicht so sehr die Fraktion dieses Hohen Hauses respektieren, sondern man möge von seiten der derzeitigen Bundesregierung endlich den Nationalrat so respektieren, wie wir das auf Grund der Verfassung mit gutem Recht von dieser Bundesregierung erwarten dürfen. *(Beifall bei der*

FPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Und wozu wir sie sogar zwingen können!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist für einen ehemaligen Staatssekretär erstaunlich, wieviel Aufmerksamkeit man diesmal einem Staatssekretär in diesem Hause schenkt. In der Vergangenheit war es so, daß sich die Staatssekretäre großer Schonung erfreut haben *(Zwischenrufe: Aha!)*, und diese Tradition hat sich sogar bis in die letzte Zeit erhalten. Es ist auch robusteren Staatssekretären nicht möglich gewesen, sich in den Vordergrund zu schieben. *(Heiterkeit.)* Daß aber — bei allem Respekt für die Person des neuen Staatssekretärs — diese Ernennung solche Aufmerksamkeit gefunden hat, dürfte möglicherweise auch in Zusammenhang mit dem einjährigen Jubiläum der ÖVP-Regierung stehen. Diese Regierung, die versprochen hat, rasch zu arbeiten, hat das Haus mit einer Flut von Anträgen überschüttet, von denen viele schon allein aus formalen Gründen nicht die Erledigung gefunden haben, die sich die Regierung erwartet.

Der Herr Bundeskanzler sagt, daß er den neuen Staatssekretär Professor Koren braucht, weil es endlich zu einer Koordinierung der wirtschaftlichen Agenden kommen soll. Herr Bundeskanzler! Sie haben seit vielen Jahren in Ihrem Amt eine eigene Sektion für wirtschaftliche Koordination, und Sie haben in dieser Sektion natürlich auch einen Sektionschef, der Ihnen oder jedenfalls Ihrer Partei sehr nahesteht — jedenfalls dem Herrn Bundeskanzler Raab nahegestanden ist, der nach Ihrer Auffassung doch auch ein ganz guter Regierungschef gewesen ist *(Ruf bei der ÖVP: War er auch!)*; dieser Sektionschef hat dem Herrn Bundeskanzler Raab gute und, wie alle damals glaubten, befriedigende Dienste geleistet. Ich bin nicht sein Verteidiger. Ich möchte nur sagen: Das alles, was der Herr Staatssekretär Koren tun soll, das ist schon in der Vergangenheit angepackt worden und zeitweilig sogar mit einem gewissen Erfolg, denn schließlich hat es auch früher sehr komplizierte wirtschaftliche Probleme gegeben. Ich erinnere Sie nur an die Zeit des Marshallplans und daran, wie gerade damals diese sehr komplizierten wirtschaftlichen Koordinationsaufgaben in einer immerhin befriedigenden Weise erledigt werden konnten.

Mit großer Deutlichkeit möchte ich aber der Auffassung des Herrn Kollegen Dr. Leitner entgegenreten, der nämlich den Versuch gemacht hat, zu begründen, daß die Herren

Dr. Kreisky

Staatssekretäre Volksvertreter, Vertreter des österreichischen Volkes, seien. Ich ließe mir noch gefallen, wenn er gesagt hätte: sie sind Vertreter der Regierungspartei. Aber Vertreter des österreichischen Volkes, meine Damen und Herren, das sind nur die in dieses Haus entsandten Abgeordneten! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.*) Es liegt uns die Zeit der ernannten Volksvertreter noch in den Knochen, und ich bin der Meinung, daß man mit solchen Bemerkungen vorsichtig sein soll, die allzuleicht die Erinnerung in die Zeit der autoritären Staatsführungen zurückführen könnten. So wollen Sie es doch auch nicht haben. (*Zwischenrufe und Unruhe bei der ÖVP.*) Bitte keine Aufregung, meine Herren! Ich habe Ihnen schon einige Male gesagt: Spotten Sie nicht, weil wir sonst gezwungen wären, Sie sehr deutlich an den Ernst dieser Zeit zu erinnern. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wenn Sie dafür nur Hohn haben, beweisen Sie damit nur, daß Sie die Lektion nicht gelernt haben, die auch Ihnen die Geschichte gegeben hat. (*Abg. Regensburger: Sie sind auch abgehaut!*) Was haben Sie gesagt? — Sehen Sie, da sage ich Ihnen etwas: Ich bin von der damaligen christlichsozialen autoritären Regierung eingesperrt worden und auch von dem Regime, das nachher gekommen ist. Ich habe meine Monate bei der Gestapo abgedient. Daher sparen Sie sich solche Bemerkungen! Sie sind genauso unvorsichtig wie die Bemerkungen, die Sie seinerzeit über den Rechnungshof gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Leitner hat den neuen Staatssekretär zitiert. Meine Damen und Herren! Sie werden sich aber angewöhnen müssen, seine Zitate auch dann zu akzeptieren, wenn sie Ihnen nicht gerade in den Kram passen. Ich habe in diesem Hause in Unkenntnis seiner großen Zukunft Herrn Universitätsprofessor Dr. Koren einmal zitiert, und zwar die Stelle aus einem Artikel in der „Presse“, wo er erklärt hat, daß in der österreichischen Wirtschaft ein sehr konkurrenzfeindliches Klima herrscht, daß es eigentlich überhaupt keine echte Konkurrenz gibt. Sie werden sich an dieses Zitat noch erinnern.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, was der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hier gesagt hat: Hinter dieser Regierungsveränderung verbirgt sich ein beträchtlicher Ruck nach rechts. Denn der neue Staatssekretär vertritt vollkommen andere Ansichten als der, der die Regierung verlassen hat. Ich werde jetzt nicht lang den Herrn Universitätsprofessor zitieren, sondern nur einen Satz des früheren Staatssekretärs: „Niemals in den Wirtschaftsprozess eingreifen“. Dazu schreibt er in der „Kleinen Zeitung“ vom 14. Februar.

Wenn diese Parole gilt, folgert er, „die ganze struktur- und wachstumspolitische Diskussion wäre unter solchen Voraussetzungen sinnlos.“ Herr Staatssekretär Professor Koren hat ja bekanntlich einen ganz anderen Standpunkt vertreten.

Es hat sich also in aller Form eine Verschiebung, meine Herren vom ÖAAB, zu Ihren Ungunsten in der Regierung vollzogen, und Sie mußten sie schweigend, wie so vieles andere, mitansehen. (*Ruf bei der ÖVP: Das wird sich herausstellen!*) Ja, herausstellen wird sich so manches, aber jetzt reden wir über das, was ist. Diese ganze Veränderung entspricht so recht der Politik der Bundesregierung, die eben während dieses Jahres an unzähligen Beispielen illustriert hat, daß sie als Regierung in Wirklichkeit in erster Linie an bestimmte kleine privilegierte Schichten denkt.

Dem Herrn Staatssekretär Professor Koren fällt der Übergang in die Politik offenbar sehr schwer. Jedenfalls bringt er ein beträchtliches Maß von Geringschätzung mit. Das ist immer so, wenn man sagt, man will kein Politiker sein; denn damit will man ja sagen, daß man sich nicht in dieses zweifelhafte Geschäft einlassen will. Er hat aber ganz flott begonnen, und zwar nicht im besten politischen Stil. Er sagt an einer Stelle — und das ist ja nicht gerade kennzeichnend für akademische Lehrer, Forscher und Wissenschaftler —: „Die von Dr. Kreisky ad hoc einberufene Veranstaltung kann nur längst bekannte Ergebnisse wiedergeben. Außerdem sind Vortragsveranstaltungen natürlich nicht das Gremium, in dem ernst zu nehmende Forschungsergebnisse oder wirtschaftspolitische Ziele formuliert werden können.“

Erstens einmal weiß ich nicht, warum in Versammlungen dieser Art wirtschaftspolitische Ziele nicht formuliert werden können. Ganz im Gegenteil, die Geschichte der Nationalökonomie zeigt, daß die bedeutendsten wirtschaftspolitischen Ziele zuerst einmal in Versammlungen formuliert werden sind. Ich erinnere Sie nur an die Tätigkeit des berühmten Nationalökonomens Keynes. Das nur ganz nebenbei. Daß Sie aber von vornherein der Meinung sind, daß, wenn ein Heer von hervorragenden Theoretikern und Praktikern zusammengerufen wird, um die Fragen und die Probleme der österreichischen Volkswirtschaft zu prüfen, das nur zu „längst bekannten Ergebnissen“ führen muß, zeugt nicht von großem Respekt vor der geistigen Arbeit und den Leistungen, zu denen man kommen kann. Wenn er dann schließlich sagt, daß das alles ja nicht neu sei, da sich ja „eine Reihe von österreichischen Stellen seit mindestens zehn Jahren mit ernst zu nehmenden strukturpoliti-

Dr. Kreisky

schen Untersuchungen“ beschäftigen, dann steckt doch in dieser Feststellung der ganze Jammer der Strukturpolitik, die in Österreich betrieben wird, drin. Zehn Jahre beschäftigen sich also ernst zu nehmende Stellen, und nichts ist dabei bis heute herausgekommen! Wir stehen heute unvorbereitet diesen Krisensymptomen gegenüber. (*Abg. Mitterer: Und da haben Sie neun Jahre mitgetan!*) Dazu kann ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Mitterer: Sie können aus den Protokollen der Bundesregierung feststellen — Sie werden sie ja vielleicht nicht zu Gesicht bekommen, aber Sie haben ja Bekannte in der Regierung, die werden Ihnen das bestätigen können —, daß ich immer wieder in den Regierungssitzungen bezüglich der Integration eine einzige Sache verlangt habe: Man soll doch endlich einmal den Ministern dieses Staates sagen, welche wirtschaftlichen Konsequenzen sich aus einem Nahverhältnis zur EWG, aus einer Assoziierung ergeben. Der Herr Handelsminister von damals hat eine Berichterstattung in diesem Sinne jedenfalls in der Zeit, in der wir Sozialisten in der Regierung waren, nicht gegeben. Wir haben ganz einfach nichts über die wirtschaftlichen Konsequenzen erfahren können, obwohl wir uns immer wieder an die zuständigen Minister gewendet haben.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einer anderen Frage. Der Herr Bundeskanzler hat die Sozialistische Partei unlängst im Rundfunk angegriffen und uns vorgeworfen, eine Art wirtschaftliche Greuelpropaganda zu betreiben. Er hat, und ich zitiere ihn hier, erklärt: „Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei wiederholt fast täglich die Behauptung, die Regierung unternehme nichts gegen die — wie er sich auszudrücken pflegt —, Krise.“ Sehen Sie, da kommt schon etwas zum Ausdruck, was man nur tun kann, wenn man allein im Radio zu Wort kommt. Von einer „Krise“ habe ich nicht gesprochen, sondern von krisenhaften Symptomen, von Krisenzeichen. Man sollte als Regierungschef, und wenn man noch dazu weiß, daß man allein auf weiter Flur ist, etwas vorsichtiger in den Formulierungen sein. (*Abg. Libal: Das ist doch bewußt geschehen!*) Der Herr Bundeskanzler sagt dann weiter: „Er geht dabei so weit, Vergleiche mit der Krise im Jahre 1929 zu wagen, in dem offensichtlichen Bemühen, im österreichischen Volk eine gewisse Beunruhigung zu schaffen.“ Ich rede jetzt nicht von den Leitartikeln im „Volksblatt“, denn diese sind ja in Wirklichkeit nur ein fader Abklatsch dessen, was hier behauptet wurde. Und der Herr Bundeskanzler sagt dann weiter: „Von einer Krise, wie sie uns hier propagandistisch vorgestellt wird, kann keine Rede sein.“ Dann geht er zum scharfen

Angriff auf uns über und sagt, das sei eben unsere Politik, und wir machten also mit dieser Unruhe Politik, und wir schafften erst damit die Krise.

Dazu möchte ich ihm abermals sagen, was auch schon der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hier erwähnt hat — es kann nicht schaden, wenn wir das noch einmal wiederholen —: Der Herr Bundeskanzler hat, worauf ich ihn schon oft aufmerksam gemacht habe, den Rundfunk dazu benützt, um gegen die Opposition zu polemisieren. Ich habe ihm in einem Gespräch gesagt, daß es eine gute demokratische Regel ist, daß, wenn eine Partei angegriffen wird, wenn die Regierung die Opposition angreift, es doch möglich sein muß, daß sich die Opposition auch verteidigt. Da muß es doch möglich sein, daß diese Auseinandersetzung auf dem gleichen Niveau erfolgt. Der Herr Bundeskanzler war anfangs nicht sehr davon überzeugt, daß diese Diskussion sich auf dem gleichen Niveau ergeben sollte, und war der Meinung, die sozialistische Opposition stünde in Opposition zur Volkspartei. Es ist mir dann gelungen, zu beweisen, daß sich die Opposition nicht in Opposition zu einer Partei, sondern zur Regierung befindet. Ich bin der Meinung, daß das, was hier vor sich geht, in höchstem Maße unfair ist. Ich bin der Meinung, daß Sie das auf die Dauer sich gar nicht leisten können, weil das dem demokratischen Geist der österreichischen Bevölkerung zuwiderläuft. Die Österreicher wollen nämlich, auch wenn sie in Kauf nehmen, daß es eine harte Auseinandersetzung gibt, daß jeder unter den gleichen Bedingungen an den Start geht. Sie können sich nicht eine solche Vorgabe auf Grund der Machtstellung, die Sie haben, nehmen, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, daß wir diese Forderung auf Gleichstellung im Rundfunk so lange erheben werden, bis es möglich ist, sie auch zu verwirklichen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Ich halte das deshalb für so ernst, weil Sie ja in Wirklichkeit damit dokumentieren, daß Sie einer offenen Diskussion, soweit es nur geht, ausweichen wollen.

Ich habe den Herrn Bundeskanzler in der höflichsten Form bei dieser wirtschaftlichen Konferenz gebeten, sich doch über so ernste Fragen, in denen es offenbar Meinungsverschiedenheiten gibt, in einer ruhigen, sachlichen Weise mit mir dort zu unterhalten, wo er die Angriffe gegen uns gerichtet hat. Ich habe ihm diesen Vorschlag gemacht und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wir auf diese Art zu einer Versachlichung großer politischer Streitfragen kommen könnten — aber der Herr Bundeskanzler hat das abgelehnt. (*Abg. Libal: Aus Angst? — Heiterkeit bei*

Dr. Kreisky

der ÖVP.) Ich will das keineswegs kommentieren. Ich will mich jetzt nicht auf eine subjektive Beurteilung ... (Abg. Weikhart: *Vielleicht fehlt ihm der Mut!*) Ich glaube nicht einmal, daß dem Herrn Bundeskanzler so sehr der Mut fehlen wird wie die Argumente. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: *Noch schlechter!*)

Und jetzt will ich auf etwas anderes übergehen — denn schließlich und endlich ist ja auch das Parlament ein Platz zu politischer Auseinandersetzung. Der Herr Bundeskanzler hat mir vor allem vorgeworfen, daß ich von Krisenerscheinungen rede und dabei die Dinge übertreibe. Darf ich Ihnen nun ein paar Zitate aus Zeitungen wiedergeben, von denen doch niemand — auch nicht auf Ihrer Seite — behaupten kann, daß sie uns nahestehen.

Vorerst einmal zur Parallele zum Jahre 1929. Ich habe mich seinerzeit sehr viel mit nationalökonomischen Fragen beschäftigt, und ich weiß, daß es in der nationalökonomischen Literatur Ende der zwanziger Jahre kaum einen prominenten Nationalökonom gegeben hat — weder in Europa noch in der angelsächsischen Welt —, der damals nicht der Meinung war, daß das, was es an Krisensymptomen gibt, temporäre Erscheinungen sind. Man sprach damals von den minor recessions, man hat damals einfach nicht wahrhaben wollen, daß das die Anzeichen einer viel ernsteren Entwicklung gewesen sind. Es hat nur wenige Ausnahmen gegeben. Ein paar junge Ökonomen in Österreich vor allem haben die Forderung nach Strukturpolitik erhoben, und als sie merkten, daß ihnen keiner zuhören wollte, sind sie noch lange vor dem Jahre 1938 ins Ausland gegangen. Sie haben in Österreich keine Möglichkeit gehabt, zu wirken. Aus diesen jungen Ökonomen von damals sind einige der bedeutendsten, international anerkanntesten Nationalökonom geworden.

Ich möchte darauf zurückkommen, daß ich nicht der war, der allein diese Situation erkannt hat, sondern die „Finanznachrichten“ schreiben am 24. Februar 1967 unter dem Titel „Wie es jetzt weitergehen wird?“ folgendes: „In nachgerade peinlicher Naivität deuten wir als — vorübergehende — Konjunkturschwäche, was in Wirklichkeit längst die strukturelle Agonie einer notorisch untersteuerten Volkswirtschaft ist.“ So schreiben die „Finanznachrichten“ vom 24. Februar 1967.

Am 10. März — Herr Bundeskanzler — schreiben sie: „In Österreich, Hinweis auf Deutschland, zeichnet sich etwas Ähnliches ab. Die Investoren stehen schon seit geraumer

Zeit im Banne eines abgrundtiefen Pessimismus, nach und nach scheint dieser aber auch auf breite Bevölkerungskreise überzugreifen.“

In einem Artikel der „Presse“ wird die Krisensituation sehr drastisch dargestellt, und der Titel dieses Artikels hat den charakteristischen Wortlaut: „Die sieben mageren Jahre“: offenbar ein Gleichnis zur Bibel von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren.

Am 10. Februar schreibt das Organ der österreichischen Industrie wörtlich: „In Österreich haben wir es noch in der Hand, härtere, einschneidende Maßnahmen zu vermeiden. An einer stärkeren Arbeitslosigkeit ... ist wohl niemand interessiert, die politischen Parteien ebensowenig wie die Unternehmer und die Gewerkschaften. Denn von allen Seiten wird immer wieder — und sicher im guten Glauben — versichert, daß man nur das Beste für das Volk will.“ Und weiter schreibt die „Industrie“: „Es gibt in dieser ernsten Stunde nur ein Programm für Österreich: Gemeinsam handeln, ehe es zu spät ist. Für nachträgliche Klugheit sollte kein Pardon gegeben werden.“

Wir wollen eben nicht geziehen werden, die Dinge nicht rechtzeitig erkannt zu haben, wir wollen nicht der späten Klugheit geziehen werden, und deshalb wollen wir die Symptome, die es gibt, rechtzeitig erkennen.

Aber jetzt komme ich ganz in den engsten Kreis Ihrer Partei, Herr Bundeskanzler. In Niederösterreich haben wir die „Amstettner Zeitung“. Sie gibt eine Rede des neuen Landeshauptmannes von Niederösterreich wieder unter dem Titel „Das Wirtschaftswunder ist zu Ende, Kündigungen in 40 Betrieben“. Ich zitiere den Herrn Landeshauptmann Maurer:

Hier kurz die Situation in einigen wichtigen Betrieben Niederösterreichs. Schließen mußten bekanntlich das Rax-Werk und ein Betrieb der Alpine in St. Andrä-Wördern. Vor der Sperre stehen das Steinkohlenbergwerk Hohe Wand, in das bekanntlich Ex-Generaldirektor Viktor Müllner viele Millionen Schilling investieren ließ — mit Viktor Müllner ist der Geschäftsführende Landesparteiobmann der Volkspartei Niederösterreich gemeint (Heiterkeit bei der SPÖ) —, sowie ein Filialbetrieb der Gebrüder Grundmann in Ottenschlag. Auch die Ofenfabrik Swoboda in Rainfeld im Bezirk Lilienfeld mußte infolge von Absatzschwierigkeiten den Betrieb einstellen. 300 Arbeitskräfte waren dort beschäftigt. Im Erlaufstal ist ein Elektrobetrieb, für den das Land Niederösterreich vor einiger Zeit eine Kredithaftung übernommen hat, in große Schwierigkeiten geraten. In Wilhelmsburg kämpft die Großbaufirma Gruber, Schuldenstand rund 60 Millionen Schilling, um ihre Existenz. Dann wird angeführt, welche Bau-

Dr. Kreisky

firmen noch in Schwierigkeiten sind. Die Firma Zizala in Wieselburg an der Erlauf — das ist eine Firma, die Elektromaterial für Automobile erzeugt — ist dadurch in Schwierigkeiten geraten, weil das VW-Werk in Wolfsburg Aufträge stornierte. Die Caro Metallwerke sind, ebenso wie die Voith-Werke in St. Pölten, durch die überaus scharfe Konkurrenz und die Dumpingpreise am internationalen Markt betroffen. Caro reduziert die Belegschaft durch natürlichen Abgang, Voith-St. Pölten hat Kurzarbeit eingeführt. Die Brüder Grundmann in Herzogenburg — sie erzeugen Schlösser, Schlüssel, Autobestandteile — haben 18 Arbeitnehmern gekündigt, und so weiter, und so weiter. Er führt dann weitere Beispiele an über das, was sich alles in Niederösterreich ereignet hat.

Sehen Sie, so beurteilen Männer und Zeitungen, die Ihnen sehr nahe stehen, die Situation. Und wenn Sie von „Krisengerede“ reden und schreiben, dann, kann ich nur sagen, muß das doch auch gegen die gerichtet sein, die sich mit diesen Fragen in so intensiver Weise beschäftigt haben.

Was wir wollen, Herr Staatssekretär Dr. Koren, ist, daß man die Probleme, die es heute gibt, diese neuen gesellschaftlichen Probleme — zu denen gehören ja die wirtschaftlichen — mit einer neuen gesellschaftlichen Technik anpackt. Was wir brauchen, ist ein höheres Maß an Voraussicht und Vorsorge. Was wir brauchen, ist nicht nur ein verbales Bekenntnis zu dieser Voraussicht und Vorsorge, sondern ein echtes System wirtschaftlicher Rahmenplanung. Die politische Propaganda versucht immer wieder, diese Forderung unsererseits mit kommunistischen Vorstellungen zu verknüpfen.

Ich habe aber in diesem Hause im November des vergangenen Jahres sehr ausführlich die Programmierung und Planifikation der französischen Wirtschaft dargestellt, um Ihnen zu beweisen, daß in Ländern, in denen es im Bereich der politischen Demokratie zu manchen gefährlichen Maßnahmen gekommen ist, daß sogar in solchen Ländern Fragen der Wirtschaft von einem neuen Gesichtspunkt her gesehen werden. (*Abg. Mitterer: Ist Frankreich von der Konjunkturflaute vielleicht nicht betroffen?*) Schon, aber sie werden mit diesen Problemen leichter fertig werden als dort, wo niemand weiß, was sich in den nächsten drei, vier oder fünf Jahren abspielen wird. (*Abg. Mitterer: Sie wissen genau, was mit der Planifikation los ist!*) Herr Abgeordneter Mitterer, ich weiß sehr genau, daß das eine Methode ist, die, wenn richtig praktiziert, auch gute Ergebnisse zeitigen wird. Die Franzosen und die französischen Behörden, die sich mit diesen Fragen

beschäftigen, wissen heute ganz genau — Herr Professor Dr. Koren, Sie werden es ja auch wissen —, daß jeder dritte Franzose im Laufe der nächsten Jahre seinen Arbeitsplatz und auch seinen Wohnsitz verändern muß. Das weiß man in Österreich nicht. Nach zehnjähriger Zusammenkunft und nach zehnjähriger Arbeit der Experten kann heute niemand sagen, was in den nächsten Jahren mit den Arbeitskräften geschehen wird. Man kann daher auch nichts dagegen tun, weil man ja die Voraussetzungen des Handelns nicht besitzt und nicht kennt.

Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, also noch einmal kurz sagen, daß diese Konferenz der Ökonomen und der Praktiker der Wirtschaft keine Spielerei, keine Show für die Stadthalle ist, sondern eine Initiative, die ganze der sozialistischen Bewegung zur Verfügung stehende wirtschaftliche Intelligenz, die uns zur Verfügung stehenden Begabungen im Bereich der Nationalökonomie zu ernster Arbeit zu mobilisieren. Sie haben nämlich in der Vergangenheit alle schon Gutes und Vernünftiges gedacht, nur konnte sich das im politischen Bereich nicht manifestieren. Wir machen nun den Versuch, zu einem Programm zu kommen, und dann, Herr Universitätsprofessor Dr. Koren, werden wir besser und leichter darüber diskutieren können, ob die Ergebnisse dieser Arbeit schon längst Dageweseenes sind. Ich hätte Ihnen als ehemaligen Staatssekretär also empfohlen, doch vorsichtiger zu sein und so dezidierte Erklärungen möglichst spät abzugeben, möglichst zu einem Zeitpunkt, in dem man sie sofort und schlagartig zu beweisen in der Lage ist.

Meine Damen und Herren! Alle unsere Schwierigkeiten, hat uns der Herr Vizekanzler unlängst einmal gesagt — er sagt es ja immer —, kommen von der noch nicht vollzogenen Integration. Das Allheilmittel ist also die EWG. Ich habe darüber schon sehr viel hier gesprochen und möchte jetzt noch ein paar Bemerkungen am Rande dazu machen.

Diese Integration mit der EWG ist ja keine Einbahnstraße. Es ist ja nicht so, daß wir nur die Vorteile von der dort herrschenden Prosperität haben, denn wenn die Prosperität eine Wirkung auf unsere Wirtschaft hat, dann, meine Damen und Herren, hätte sie auch die Krise. Wenn in Deutschland der größte Stahlkonzern, das Haus Krupp, ins Wanken geraten ist — das war ungefähr so wie damals in den dreißiger Jahren das Haus Rothschild; was die bei den Banken waren, sind die beim Stahl — und sich die Maßgebenden dieses gigantischen Konzerns keinen anderen Rat wissen, als zum Staat zu gehen, damit er hilft, ist das nicht nur ein neuerlicher Beweis dafür, daß die Privatwirtschaft, wenn es ihr

Dr. Kreisky

schlecht geht, zum Staat kommt und von ihm Geld haben will, während man dann, wenn es gut geht, die verstaatlichten Betriebe privatisieren möchte. Die Schwierigkeiten des Hauses Krupp bestätigen aber doch eines: daß es nicht nur die Schwierigkeiten des Hauses Krupp sind.

Der Herr Landeshauptmann Maurer hat gesagt, die Firma Zizala hat Schwierigkeiten, ihr Elektromaterial abzusetzen, weil die Volkswagenwerke Bestellungen storniert hätten. Meine Damen und Herren! Da wird es noch ganz andere Stornierungen in Österreich geben! Zum Beispiel sind die großen Blechlieferanten der deutschen Industrie österreichische Firmen, und wer das nicht weiß, hat die Nachrichten nicht gelesen, die schon längst in den Zeitungen gestanden sind. Ich empfehle Ihnen also, gründlicher zu lesen, denn dann werden Sie sehen, daß hier große Probleme entstehen werden. Es stand das alles übrigens unter dem Titel „Die sieben mageren Jahre“ auch in der „Presse“. Sie begründet die Schwierigkeiten im steirischen Industriegebiet unter anderem mit der Stagnation in Deutschland. Man weiß heute, daß es in Deutschland noch andere sehr ernste Krisensymptome gibt, die auf etwas längere Sicht, dafür aber viel tiefer wirken werden.

Deshalb bin ich der Meinung, Herr Vizekanzler: Wenn diese Lösung, die ja seit Jahren als nahe bevorstehend dargestellt wird — jedes Jahr sind wir ja schon fast dabei gewesen —, herbeigeführt werden wird, dann müssen Sie auch akzeptieren, daß diese Annäherung an die EWG nicht nur positive, sondern auch sehr beträchtliche negative Seiten hat. Ich habe das erste Mal, als ich von diesen Problemen gesprochen habe — Sie können es im Parlamentsbericht nachlesen —, gefragt: Wie sollen wir denn überhaupt in diesem größeren Zusammenhang bestehen können, wie sollen wir denn dieser mörderischen Konkurrenz standhalten können, wenn wir nicht vorher zu Strukturbereinigungen gekommen sind, wenn wir nicht durch unsere Strukturpolitik, durch eine planmäßige Politik der Voraussicht und der Planung zu einer Stärkung unserer Wirtschaft gekommen sind?

Weil schon von der Integration die Rede ist, muß ich doch auch eine Feststellung aus dem außenpolitischen Bereich machen. Der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus war in Moskau. Ich möchte hier dem Hohen Hause mitteilen, daß er mich in meiner Eigenschaft als Parteivorsitzender über den Inhalt seiner Gespräche informiert hat. Ich werde also jetzt nichts darüber sagen, weil das Sache des Herrn Bundeskanzlers ist — ich werde mich an die Grundsätze halten, die es bei solchen Ge-

sprächen gibt. Ich will lediglich zum sichtbaren Reflex der Moskareise sprechen.

Dem Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus ist dabei dasselbe passiert wie allen seinen Vorgängern. Bundeskanzler Ing. Raab war nicht nur von dem Umstand tief beeindruckt, daß die führenden Männer des Kreml keine Hörner und keinen Teufelsfuß haben, er war auch beeindruckt von dem Umstand, daß es dort ein sichtbares Oben und Unten gibt, was ihm als einem einer eindeutigen hierarchischen Ordnung ergebenen Mann sehr imponiert hat. Er ist aber auch sehr beeindruckt von der politischen Argumentation der Herren in Moskau zurückgekommen. Er hat darüber im engsten Kreis — glaube ich — berichtet.

Dann hatte ich die Ehre — wie ich schon einmal sagte —, Herrn Bundeskanzler Dr. Gorbach nach Moskau zu begleiten. Dabei hatte Herr Dr. Gorbach in der Politik größere Schwierigkeiten als sein Vorgänger, vor allem in den Zeiten, in denen er über seine volle Gesundheit verfügte. Er hatte nämlich nicht so viele Anschaffer gehabt wie sein Nachfolger Dr. Gorbach, es hatte nicht so viele gegeben. Jedenfalls ist Herr Bundeskanzler Dr. Gorbach mit der ganzen Begeisterung für die Integration, wie sie in Kreisen der Steiermark üblich ist — der damals noch sehr einflußreiche Landeshauptmann, von dem man jetzt schon nur mehr wenig hört, hatte ja ein wachsames Auge auf ihn gerichtet —, nach Moskau gefahren. Dort haben wir uns allerhand angehört, und unter dem Eindruck des Gehörten ist der Herr Bundeskanzler nach Wien zurückgekehrt, und zwar sehr nachdenklich über die Reaktion, die es dort gegeben hat, und über das, was kommen könnte, wenn wir alles einfach in den Wind schlagen. Es ist dann in der Volkspartei allmählich etwas ruhiger geworden, und der Herr Bundeskanzler hat für das, was wir in Moskau haben wollten, ein neues Wort erfunden. In einer Pressekonferenz in Bern hat er davon gesprochen, daß wir nun irgendein Arrangement haben wollen.

Ich finde, das war ganz geschickt, und ich habe auch gar nichts dagegen einzuwenden gehabt. Die Volkspartei hat sich auch allmählich der Formel bedient, von der in diesem Haus und in der Wahlbewegung des Jahres 1962 behauptet wurde, daß dies mein guter Rat an die Sowjetregierung gewesen wäre. Ich habe nämlich gesagt, daß wir bei all diesen Bestrebungen, zu einer Integrationspolitik zu kommen, auf den Staatsvertrag und auf unsere Neutralität aufpassen müssen. Das ist ja heute eine allgemein akzeptierte Formel, und ich halte es für sehr glücklich, daß wir wenigstens das sehr deutlich sagen, damit

Dr. Kreisky

die Österreicher wissen, was uns hier am meisten am Herzen liegt.

Herr Bundeskanzler Klaus hat aber etwas getan, wodurch er sich von seinen Vorgängern unterscheidet. Er ist genauso beeindruckt zurückgekommen, wie wir den Zeitungen entnehmen konnten — er hat etwas getan, was diese Eindrücke, die er dort empfangen hat, besonders unterstrichen hat, er hat nämlich der „Volksstimme“ ein Exklusiv-Interview gegeben. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Dabei hat man sich gefragt, warum er das eigentlich tut (*Abg. Weikhart: Er ist ostanfällig geworden!*), warum er denn das eigentlich als erstes Mitglied einer Bundesregierung getan hat. Da sind die einen zu der Überzeugung gekommen, er mache das (*Abg. Weikhart: „Volksfront“!*), damit man sozusagen einen direkten Draht nach Moskau bekommt. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Andere haben gemeint, das könne es doch nicht sein, denn bei der Freundlichkeit, mit der man ihn in Moskau empfangen hat, kann es doch keine Schwierigkeiten gegeben haben, dieses Interview Richtung Kreml in der „Prawda“ oder in der „Iswestija“ unterzubringen, was doch der einfachere Weg gewesen wäre.

Da das also offenbar nicht das richtige Argument gewesen ist, kann man doch nur zu dem Schluß kommen, daß der Herr Bundeskanzler das besondere Bedürfnis gehabt hat, einer Zeitung, die sehr wenig Leser, und einer Partei, die keine Stimmen (*Ruf bei der ÖVP: Keine mehr!*) und keine Abgeordneten hat, zu sagen, was er für Eindrücke in Moskau empfangen hat. Andere Gründe kann ich mir nicht denken. Aber es wird ja Gelegenheit sein, vielleicht vom Herrn Bundeskanzler die Gründe zu erfahren.

Aber jetzt kommt das politisch Entscheidende, und dabei möchte ich mit keiner einzigen Bemerkung ins Scherzen kommen: Der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus kam zurück, sehr beeindruckt, sehr ernst; er war sich klar darüber, wie diese Sache in Moskau aufgenommen wurde, was man sich dazu denkt. Dann ist der Herr Vizekanzler Dr. Bock, ich weiß nicht, ob aus Brüssel, zurückgekommen — der Bundeskanzler war, glaube ich, noch gar nicht da oder nur wenige Stunden — und hat genau das Gegenteil von dem gesagt, was der Herr Bundeskanzler erklärt hat. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist nicht das erste Mal! — Zustimmung bei der SPÖ.*) Der eine hat erklärt: Vorsichtig, nichts übereilen; wir werden an alles das denken!, und der andere hat gesagt: Ein Handelsvertrag kommt überhaupt nicht in Betracht, das genügt nicht, wir müssen sozusagen auf die maximalste Lösung hinsteuern. Der Kanzler sagt etwas anderes als der Vizekanzler! Wer ist nun stärker? (*Ironi-*

sche Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf: Das war in der Koalition genauso! — Ruf bei der ÖVP: In Ihrer eigenen Partei wird das nicht anders sein! — Weitere Zwischenrufe.) Moment, auch darüber bin ich gerne bereit, bei dieser oder bei anderer Gelegenheit zu reden; ich muß nur mit meiner Zeit haushalten, weil ich nur ein Bein zum Stehen habe.

Meine Damen und Herren! Die Frage, wer jetzt recht hat oder wer der Stärkere ist, wird sicherlich nach dem bewährten Rezept der jüngsten Vergangenheit entschieden werden, nämlich vom Herrn Generalsekretär Dr. Withalm (*Heiterkeit bei der SPÖ*), wenn nicht in direkter Weise, so in indirekter Weise; davon können ja einige hier in diesem Hohen Hause ein Lied singen. Dabei glaube ich gar nicht, daß das immer so schlecht sein muß, denn den Herrn Generalsekretär Dr. Withalm zeichnet immerhin eine Eigenschaft aus: Man weiß bei ihm jedenfalls immer, woran man ist! (*Ruf bei der ÖVP: Das ist wahr!*) Das möchte ich ihm gerne attestieren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie verstehen, daß ich dieses Kompliment ganz bewußt gemacht habe, nämlich zum Unterschied zu den Herren, die als Regierungsmitglieder auftreten, in diesem Fall der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus und der Herr Vizekanzler Dr. Bock. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Auch Ihre Theorien stehen auf einem Fuß, nicht nur Sie selbst! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wissen Sie, das ist so wie mit dem Gehen: der Gehprozeß ist ja ein dialektischer; man geht mit einem Bein, und dann muß man das zweite nachholen; anders kann man nicht weiterkommen. Also irgendwie muß man beim Weiterkommen immer zeitweilig auf einem Bein stehen, wenn es auch nur eine relativ geringe Zeit ist. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Und nun, Hohes Haus, möchte ich zum Schluß kommen: Der Herr Bundeskanzler hat etwas getan, was meiner Ansicht nach sehr gefährlich ist. Der Herr Bundeskanzler kam tief beeindruckt aus Moskau zurück, und man hatte das Gefühl, er werde jetzt vorsichtiger sein. Aber dann hat er aus einem vollkommen unmotivierten Anlaß eine Rede über die Neutralität gehalten, die man ja auf die verschiedenste Art immer wieder im Bereich der Politik ausgelegt hört. Er hat dabei gesagt — und das ist jetzt das Unerklärlichste, weil es vollkommen unbegründet ist, niemand weiß, was ihn dazu veranlaßt hat —: Die Neutralität besteht in der Anerkennung durch die Staatengemeinschaft. (*Bundeskanzler Dr. Klaus schüttelt verneinend den Kopf.*) Das haben Sie (*der Redner wendet sich zu Bundeskanzler Dr. Klaus*) gesagt: durch die

Dr. Kreisky

Staatengemeinschaft! Es muß also die Gemeinschaft der Staaten, das heißt, es müssen die Staaten der Welt diesen Zustand zur Kenntnis nehmen.

Herr Bundeskanzler, es ist ja auch richtig, denn es haben uns ja nahezu hundert Länder die Neutralität sozusagen in einer Erklärung der Anerkennung bestätigt. Aber der Herr Bundeskanzler hat dann etwas gesagt, was ich für sehr gefährlich halte: Das bedeutet nicht, daß sie abhängig ist von der Anerkennung durch einen einzelnen Staat. — So ungefähr hat der Ausspruch gelautet. Der Herr Bundeskanzler kann doch damit nicht San Marino oder Liechtenstein oder einen anderen Staat gemeint haben! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Er mußte doch einen bedeutenderen Staat gemeint haben, sonst hätte er sich doch nicht zu dieser Äußerung veranlaßt gesehen. Da spüre ich schon wieder die mächtige und lenkende Hand des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm, seine korrigierende Maßnahme.

Herr Bundeskanzler! Die Ökonomie ist eine Wissenschaft, aber eine, die sich in entscheidendster Weise mit der materiellen Existenz der Menschen beschäftigt. Was sich in der Wirtschaft eines Landes oder in der Weltwirtschaft abspielt, das berührt den Menschen mehr als alles andere. Das irritiert ihn, das veranlaßt ihn, sich zu fürchten oder optimistisch zu sein. Es löst eben die Entwicklung in der Wirtschaft Reaktionen im psychologischen und politischen Bereich aus.

Sie werfen uns vor, daß wir warnen, und Sie verdächtigen uns, daß wir uns aus propagandistischen Gründen allzu deutlich und eindeutig mit diesen Krisensymptomen beschäftigen. Heute lesen wir in der „Presse“, daß bei Puch, wo es schon vor ein, zwei Monaten, nämlich im Februar, zur Kündigung von 340 Arbeitern und Angestellten gekommen ist, weitere 400 Arbeitskräfte von der Kündigung bedroht sind. Das heißt: In einem Betrieb mit insgesamt 3860 Personen sind innerhalb eines knappen halben Jahres nahezu 15 Prozent der Arbeiter und Angestellten gekündigt worden. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Ist das nicht viel ausdrucksvoller als andere Überlegungen, die in diesem Zusammenhang angestellt werden können? Die Tatsachen sprechen eben ihre grausame Sprache, und, Herr Bundeskanzler, ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie sich bei allen diesen Krisenerscheinungen mehr als der Empfehlungen Ihrer Propagandisten eingedenk eines alten Spruches Ovids sein sollten: „Trifft auch nur einen der Blitz, setzt er doch viele in Schrecken.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es war der frühere Vizekanzler Dr. Pittermann, der einmal gesagt hat: Gefährlich beginnt's zu werden, wenn man vom politischen Gegner gelobt wird. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das Kompliment, das ich jetzt von meinem Vordr. Kreisky erhalten habe, erinnerte mich an diesen Ausspruch Dr. Pittermanns. (*Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber gestatten Sie mir, daß ich bei allem guten Verhältnis, das, glaube ich, wir zwei ehemaligen Staatssekretäre — Dr. Kreisky, Dr. Withalm — aus der Zeit, in der wir gemeinsam in der Regierung Raab saßen, hatten, dazu doch einige sehr deutliche Feststellungen treffe.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Ausführungen Dr. Kreiskys haben auch dem Blinden gezeigt — das war ja mit dem Stock zu greifen —, daß da gewisse Absichten gegeben sind, wenn ich gelobt wurde, beziehungsweise wenn gesagt wurde: Im richtigen Moment wird der Withalm schon eingreifen. (*Abg. Haberl, auf die Bänke der Regierungspartei zeigend: Es haben ja die eigenen Leute dazu geklatscht! — Abg. Probst: Sie waren begeistert von der Feststellung!*) Man klatscht ja immer, wenn gute, witzige Ausführungen gemacht werden.

Aber ich sage Ihnen: Wenn Sie sich wirklich Hoffnungen darauf machen sollten (*Abg. Czettel: Etwas unangenehm, Herr Dr. Withalm!*) — das ist gar nicht unangenehm —, daß in der Parteiführung der Österreichischen Volkspartei Zwistigkeiten bestehen, daß es zwischen Klaus und Withalm nicht stimmt, dann, meine Damen und Herren, muß ich Sie enttäuschen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Sie werden doch nicht etwas anderes sagen!*) Nein! Sie werden sich noch wundern, Herr Kollege Weikhart, beziehungsweise wirklich bitter enttäuscht sein, wenn Sie diesbezügliche Hoffnungen haben sollten. (*Abg. Steininger: Das glaubt der Withalm selber nicht!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus und ich wurden gemeinsam 1963, wie Sie wissen, auf dem Parteitag in Klagenfurt gewählt. (*Abg. Melter: „Einstimmig“?*) Seitdem sitzen wir beide in der Bundesparteileitung: er als Bundesparteiobmann, ich als Generalsekretär. Wenn es ab und zu gewisse Auffassungsunterschiede gibt, dann ist das nach meiner Auffassung das Natürlichste in der Welt. Es wäre schlecht, wenn dem nicht so wäre. Wenn es aber auf die entscheidenden, grundsätzlichen Dinge ankommt, dann seien Sie überzeugt: Das

Dr. Withalm

Gespann Klaus-Withalm wird auch weiterhin genauso ziehen, wie es bisher der Fall gewesen ist! (*Starker, anhaltender Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das werden wir uns genau merken!*)

Meine Damen und Herren! Wir wissen ganz genau: Die Opposition — das wurde einmal gesagt — ist sicherlich ein hartes Brot; das hat uns die kleine Oppositionspartei des öfteren gesagt. (*Abg. Peter: Klaus und Withalm ziehen den Koren! — Heiterkeit.*) Mittlerweile ist sicherlich auch die große Opposition daraufgekommen. Die Opposition lebt letzten Endes nur von den Fehlern, die die Regierungspartei macht. Seien Sie überzeugt, meine Damen und Herren — wenn die Fehler der Regierungspartei jetzt wirklich das Brot sind, von dem Sie leben — wir werden trachten, daß Sie diesbezüglich auf Hungerrationen gesetzt werden. (*Lebhafte Heiterkeit und neuerlicher starker Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Bis jetzt haben Sie uns ganz gut ernährt! — Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, jetzt möchte ich doch eine Bemerkung zu dem machen, was Sie gesagt haben. Sie haben nämlich behauptet, wir hier, die gewählten Vertreter des Volkes, seien ausschließlich diejenigen, die die Interessen des Volkes zu vertreten haben beziehungsweise vom Volk beauftragt sind. Ich darf hier erinnern: Es war einer der Ihren — sein Denkmal wird demnächst, ich glaube, am 1. Mai, der Öffentlichkeit übergeben werden — es war Dr. Renner, der seinerzeit — in dieser Verfassung stand es — von Volksbeauftragten, also den damaligen Regierungsmitgliedern, gesprochen hat. Ich nehme an, Dr. Renner hat sich dabei etwas gedacht, als er vom Mitglied der damaligen provisorischen Regierung als von einem Volksbeauftragten gesprochen hat.

Und jetzt komme ich zu meinen Ausführungen. Sie sagten, daß Sie, Herr Kollege Dr. Kreisky — schenken Sie mir bitte in diesem Moment ein bißchen Aufmerksamkeit — nie von einer „Krise“, sondern immer nur von „krisenhaften Erscheinungen“ gesprochen hätten. Ich habe mir das mitgeschrieben, Sie haben gesagt: „Ich habe nie von einer Krise gesprochen, immer nur von krisenhaften Erscheinungen...“

Ich darf hier eine kleine Korrektur vornehmen, und zwar nicht an Hand meines Gedächtnisses, sondern an Hand von drei Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“: Dienstag, 4. April 1967, Samstag, 8. April 1967 und Mittwoch, 12. April 1967. (*Der Redner weist diese Ausgaben der „Arbeiter-Zeitung“ vor.*) Unter diesem hübschen Mädchen, darstellend die „ÖVP-Tant“ — ich glaube, Sokol ist

wieder reumütig in die Reihen der Sozialistischen Partei zurückgekehrt beziehungsweise hat in der „Arbeiter-Zeitung“ wieder Eingang gefunden —, heißt es hier: „VP-Rezept: Ein neuer Staatssekretär — Kreisky: Krisenbekämpfung braucht kraftvolle Maßnahmen, nicht Ämtervergabe“. Ich verstehe das so: Wenn ich von „Krisenbekämpfung“ spreche, dann sage ich, ich bekämpfe eine Krise, aber nicht krisenhafte Erscheinungen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist Wortspielerei!*)

Es kommt ja viel deutlicher, meine Damen und Herren, auf Seite 2 der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. April 1967: „Wirtschaftskrise — eine VP-Krise“. Deutlicher geht es nicht mehr, das Zentralorgan... (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist aber nicht mein Zitat! Das ist nicht aus meiner Rede! Sagen Sie mir, wo das in meiner Rede steht!*) Herr Kollege Dr. Kreisky! Wenn Sie sagen, nicht von Ihnen gebraucht, nicht Ihr Zitat, dann muß ich sagen: Na die „Arbeiter-Zeitung“ traut sich was! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*) „Wirtschaftskrise — eine VP-Krise“; darunter steht „Kreisky“, und der Kreisky hat das gar nicht gesagt. Der arme Kreuzer. Ist er da? — Nein! Er sitzt, glaube ich, nicht oben.

Es heißt hier — „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. April 1967 —: „Kreisky fordert Klaus zu Streitgespräch — Offene Debatte im Fernsehen: Aktive Krisenbekämpfung oder Gesundbeten?“ Also wieder: „Aktive Krisenbekämpfung“. Der Fall scheint mir — ich bin Jurist, nicht Journalist — vollkommen klar zu sein.

Meine Damen und Herren! Damit möchte ich zu meinem Thema kommen. Ich bin sehr froh, daß wir heute Gelegenheit haben, über Strukturprobleme und Strukturpolitik zu sprechen; das haben nicht alle Redner getan. Es wird derzeit — da bin ich schon beim Thema — sehr viel über rückläufige Konjunktur gesprochen. Die einen reden von Rezession, und die anderen sprachen — oder sprachen nicht, wie Sie eben behaupteten, aber die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb davon — von „Krise“.

Meine Damen und Herren! Dazu ein sehr ernstes Wort: Ich glaube, wir sollten uns wirklich überlegen — auch wenn das nur eine Zeitung tut und nicht ein Parteivorsitzender —, von einer Krise zu reden; das scheint mir sehr gefährlich zu sein. Hohes Haus! Wir müssen, glaube ich, alles tun, daß es nicht zu einer Krise kommt. Aber ich halte es nicht für gerechtfertigt, im jetzigen Zeitpunkt in Österreich von einer Krise zu sprechen.

Ich gestatte mir auf folgendes zu verweisen: Wir haben voriges Jahr — es war der 9. Sep-

Dr. Withalm

tember 1966 — hier in diesem Hohen Haus das Hochwassernotopfer beschlossen. Ich habe damals namens meiner Fraktion zu diesem Gesetz gesprochen. Gestatten Sie, daß ich aus dieser meiner Rede einige Sätze zitiere. Ich sagte damals unter anderem:

„Wir konsumieren mehr in Österreich, ... als wir produzieren, und ich möchte einen ganz ernststen Appell gerade in diesen Tagen an die Regierungsbank genauso wie an uns, an die Abgeordneten, natürlich auch an die Opposition, richten, gerade in diesen Tagen, wo in die entscheidenden Verhandlungen über das Budget 1967 eingetreten wird: Halten wir Maß! Rechtzeitig, meine Damen und Herren! Noch können wir Maß halten!“ Und: „Machen wir eine richtige Strukturpolitik! Haben wir den Mut dazu! Wir müssen doch die Entwicklung unserer Zahlungsbilanz sehen, die Entwicklung unserer Handelsbilanz.“

Das habe ich am 9. September 1966 gesagt, unter Hinweis — das wird Sie interessieren, Herr Kollege — auf die Entwicklung speziell in England. Und mittlerweile ist diese Entwicklung auch irgendwie auf uns auf dem Kontinent zugekommen. (*Abg. Rosa Weber: Von den Konservativen ausgelöst!*) Ja, „ausgelöst“. Ich habe den Zwischenruf nicht ganz verstanden, aber ich kann mir vorstellen, einiges könnte auch dadurch ausgelöst werden, daß man von Krisen, von Wirtschaftskrisen und so weiter spricht, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ getan hat und vielleicht nach wie vor tun wird.

Ich glaube, wir Österreicher haben mittlerweile die Erfahrung machen müssen, daß die Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur fürs erste einmal — was wir alle sehr bedauern — vorbei zu sein scheinen. (*Ruf bei der SPÖ: Das war klar mit der ÖVP-Regierung!*) Aber mein Gott! Was kann denn die Arbeiterregierung in England dafür?, könnte ich dann gleichfalls fragen, Herr Kollege! (*Abg. Weikhart: Sie haben ein bitteres Erbe übernommen!*) Aber wenn wir über diese Dinge reden, dann reden wir doch wirklich seriös darüber, machen wir doch nicht solche Zwischenrufe!

Was können wir — das müssen wir uns alle fragen: Sie, die Opposition, genauso wie wir, die Regierungspartei — tun, damit wir die Konjunktur wieder beleben, die Vollbeschäftigung erhalten, die Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen?

Es wird in diesem Zusammenhang — und deshalb, glaube ich, sind wir heute beisammen, und deshalb reden wir über dieses Kapitel — viel von Strukturpolitik gesprochen. Meine Damen und Herren! „Strukturpolitik“ scheint derzeit überhaupt das große Modewort zu sein. Ich verstehe darunter eine dauernde Aufgabe, eine umfassende Aufgabe. Strukturelle Probleme

entstehen durch die Verhältnisse der Teile eines Ganzen. Da sind immer wieder Anpassungen erforderlich. Das Schicksal Österreichs in diesem Jahrhundert ist doch ein klassisches Beispiel für die Notwendigkeit struktureller Anpassungen. Denken wir zurück: 1918 wurde aus einem Großraum unser Kleinstaat, 1938 wurde dieser Kleinstaat der Kriegswirtschaft eines Großraumes einverleibt, und dann kam 1945: von der Kriegswirtschaft eines Großraumes wieder der Kleinstaat mit vier Besatzungszonen, das Problem USIA — wie oft haben wir in diesem Hause darüber gesprochen! —, das Problem Deutsches Eigentum, dann kam der Marshall-Plan, 1960 traten wir der EFTA bei. Diese wenigen Daten zeigen doch, wie ungeheuer schwierig die Probleme sind, die Österreich in diesem Jahrhundert auf diesem Gebiete zu bewältigen hatte.

Hohes Haus! Zur Strukturumwandlung gehören Mut, Verantwortungsfreude, Entscheidungsfreudigkeit, und vor allem darf man keine Angst vor unpopulären Maßnahmen haben.

Alle diese Voraussetzungen waren in den letzten Jahren der Koalition einfach nicht mehr gegeben. Vielleicht waren sie in der Zeit auch gar nicht möglich. Man soll nicht zuviel verlangen. Ich habe auch keineswegs die Absicht, auf die Koalition mit Steinen zu werfen, aber diese Koalition der letzten Jahre war einfach nicht mehr fähig, die Strukturprobleme anzupacken oder womöglich gar zu lösen.

Die Sozialistische Partei ... (*Zwischenruf des Abg. Ing. Scheibengraf.*) Ja, ich bin schon bei Ihrer Partei, Herr Kollege. Anscheinend wollten Sie unbedingt den unmittelbaren Übergang. Ich bin schon dabei. Die Sozialistische Partei insbesondere zeichnete sich in dieser Zeit — verzeihen Sie mir, aber es war nicht anders — durch geringe Anpassungsfähigkeit und durch sehr großes Beharrungsvermögen aus. Umstellungen wurden vermieden. Immer wieder versuchte man, sich über die Unrentabilität durch Abdeckung des Defizits aus Steuergeldern hinwegzuschwindeln.

Dabei hätte doch wirklich Gelegenheit genug zur strukturpolitischen Aktivität bestanden, und zwar seit 1945 in überreichem Maß. Von 1945 bis 1966 waren Sozialisten als Verkehrsminister für die Bahn und für die Post zuständig, seit 1947 auch für die Energiewirtschaft, von 1949 bis 1956 und dann wieder von 1959 bis 1966 auch für die verstaatlichten Unternehmungen. Hier hätte, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Möglichkeit bestanden, eine beispielgebende Strukturpolitik zu betreiben. Ich war Mitglied des Fünfehrer-Ausschusses, daher kenne auch

Dr. Withalm

ich die Dinge ein bißchen. Man ist allen Problemen ausgewichen. (*Abg. Lanc: Das ist Wolkersdorfer Chuzpe! — Abg. Ing. Häuser: Sie haben alles abgelehnt! Wir waren zusammen!*) Ja, da sitzt ja einer, ja, wir waren Kollegen im Fünfzehner-Ausschuß. Herr Kollege Häuser! Sie werden mir bestätigen (*Abg. Ing. Häuser: Daß wir Vorschläge gemacht haben, noch und noch!*): Nicht die wirtschaftliche Vernunft hat entschieden, sondern immer wieder die Doktrin. (*Abg. Ing. Häuser: Ja! Ihrerseits! Die Einstellung gegen die Verstaatlichung!*) Das haben wir gemeinsam gemacht. Denken Sie an das Beispiel SGP, denken Sie an das Beispiel der Simmering-Graz-Pauker, Herr Kollege Häuser! Wie oft sind wir in dieser Frage beisammengesessen. Jetzt redet kein Mensch mehr über die Simmering-Graz-Pauker. Es funktioniert dort. (*Abg. Ing. Häuser: Glauben Sie wirklich, daß es denen dort so gut geht? Abwarten!*) Es geht offensichtlich doch wesentlich besser als zu der Zeit, als wir beisammensaßen. Ich rede jetzt aus bewußten Gründen nicht über Ziffern und Zahlen!

Denken Sie zurück — das liegt etwas weiter zurück, 1957, glaube ich, war es — an die Sache mit der Elin! Damals sollten Wandelschuldverschreibungen ausgegeben werden. Der ganze Vorstand, einschließlich der sozialistischen Vorstandsmitglieder — das waren damals, glaube ich, Wiedmann und Stockreiter —, war dafür, daß diese Wandelschuldverschreibungen, die 100 Millionen Schilling bringen sollten, auch tatsächlich beschlossen wurden. Die sozialistischen Betriebsräte enthielten sich der Stimme.

Herr Kollege Dr. Pittermann, weil Sie mich gerade so freundlich anschauen (*Heiterkeit*): Ich habe da einen Auszug aus der „Presse“ vom 10. August 1957 mit dem Titel „Das Haar in der Suppe“ vor mir. Da heißt es: „Wir werden der Volkspartei noch beweisen, daß auch wir gute Juristen sind und das Haar in der Suppe finden, verkündete Vizkanzler Dr. Pittermann, um seine Meinung über die Genehmigung zur Auflage der Elin-Wandelanleihe befragt.“

Ich kann mir schon vorstellen, welcher gute Jurist das „Haar in der Suppe“ damals gefunden hat. Ich brauche nur, von Ihnen aus gerechnet, etwas weiter nach links zu schauen und bin, glaube ich, bei diesem Juristen, der damals noch nicht dem Hohen Hause angehörte. Das Haar in der Suppe war, daß damals, um eine Wandelanleihe aufnehmen zu können — und das Haar wurde in der Suppe gefunden —, auch die Zustimmung des Justizministeriums und des Innenministeriums notwendig war. Damit war die Wandelanleihe gefallen! Weiß Gott, wie heute die Elin

dastünde, wenn 1957 die Möglichkeit bestanden hätte, zu dem damals auch schon dringend notwendigen Geld zu kommen!

Meine Damen und Herren! Hier bin ich leider im Widerspruch zu dem, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben. Die Vorschläge sozialistischer Wirtschaftspolitiker erschöpften sich immer wieder — das müssen mir die, die gemeinsam mit mir im Fünfzehner-Ausschuß gesessen sind, bestätigen — in dem Wunsch nach Kapitalaufstockungen, Defizitabdeckungen aus Steuergeldern, ausschließlich aus Steuergeldern. Und dann kam auch noch die Zusammenlegung von gesunden und kranken Betrieben dazu.

Sie haben sich hier auf die Radiorede des Herrn Bundeskanzlers bezogen. Alle Vorschläge — und das haben Sie bestritten, Herr Kollege Pittermann; ich bestreite jetzt, daß Sie recht haben mit dem, was Sie ausgeführt haben — der Österreichischen Volkspartei zur Sanierung und Kommerzialisierung, zur Investitionskapitalbeschaffung — jawohl, genau das behaupte ich — über den Kapitalmarkt, zur Fusionierung und zur Zusammenarbeit mit leistungsfähigen internationalen Gesellschaften stießen immer wieder auf den hartnäckigen Widerstand der Sozialistischen Partei.

Meine Damen und Herren! In der vergangenen Woche fand die heute schon öfter zitierte — wie heißt sie? — Erste Ökonomische Versammlung der Sozialistischen Partei statt. Ich habe das sehr genau verfolgt, Herr Kollege Dr. Kreisky, was Sie und was Ihre Experten dort gesagt haben. Ich habe zum Beispiel hier die Ausführungen des Herrn Dr. Oskar Grünwald mit. Er erklärte unter anderem — und das gehört jetzt zu dem, was ich eben hier sagte —: „In anderen Zweigen wird man nicht umhin können, mit einem ausländischen Partner zusammenzuarbeiten.“ Und er führte weiter aus: „Es ist an dieser Stelle vielleicht ein Wort zur Haltung gegenüber dem Auslandskapital angebracht, eine Frage, der in der Arbeiterbewegung wegen der schlimmen Erfahrungen in der Ersten Republik besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ich halte es für unvernünftig und unrealistisch, wenn das Eindringen von ausländischem Kapital generell abgelehnt und bekämpft wird.“ — Das sind Erkenntnisse, die, glaube ich, nicht ganz uninteressant sind. Sie kommen etwas spät, vielleicht noch nicht zu spät. (*Abg. Dr. Pittermann: 1964 hat es Schmitz abgelehnt!*)

Meine Damen und Herren! Die führenden Sozialisten, die in den Jahren der Koalition nicht den Mut zu Strukturverbesserungen aufbrachten (*Abg. Dr. Kreisky: Oho!*) — damals hätte nämlich die Möglichkeit dazu bestanden — und die im ersten Jahr der Opposition

Dr. Withalm

die Regierungspartei allein die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen tragen ließen (*Abg. Dr. Kleiner: Auf Kosten der Konsumenten!*), wollen heute plötzlich den Eindruck erwecken, als ob sie uns in der Strukturpolitik mutig vorangehen würden. Ich frage Sie: Wo waren Sie, als wir den Mut hatten, Subventionen abzubauen, zusätzliche Mittel für Investitionen im Straßenbau, im Hochwasserschutzbau, bei den Bundesbahnen und bei der Post zu beschließen? Meine Damen und Herren, Sie haben gegen uns gestimmt.

Wo waren Sie, als wir heute vor acht Tagen hier in diesem Hohen Hause das Energieanleihegesetz beschlossen haben? (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie haben versucht, sich auf verfassungsrechtliche Bedenken zu berufen, und haben das Gesetz abgelehnt. Ich aber frage Sie: Was wäre denn geschehen, meine Damen und Herren, wenn das Energieanleihegesetz keine Mehrheit gefunden hätte? Wie hätten denn dann die Kraftwerke weitergebaut (*Abg. Dr. Pittermann: Mit uns verhandeln über eine Formulierung!*) und die tausende Arbeitsplätze gesichert werden können? Meine Damen und Herren! Das allein und sonst gar nichts interessiert die Arbeiter in Wallsee, interessiert die Arbeiter beim Zemm-Kraftwerk und nicht Ihre sogenannten verfassungsrechtlichen Bedenken. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Vom „sogenannten“ Verfassungsgerichtshof! „Sogenannt“!*) Nach unserer Meinung „sogenannte verfassungsrechtliche Bedenken“. (*Abg. Dr. Pittermann: Warten Sie bis zum Dezember! Dann das dritte Mal!*)

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie weiter: Wo waren Sie, als wir vor zwei Jahren die „Aktion 20“ ins Leben riefen und damit zum erstenmal die Politik und Wissenschaft an einen gemeinsamen Tisch brachten? Sie haben damals versucht, sich über diese unsere Idee lustig zu machen (*Abg. Dr. Kreisky: Was ist denn herausgekommen bei der „Aktion 20“?*) und sie als Wahlschlager hinzustellen. Sie haben jetzt, meine Damen und Herren, zwei Jahre nach uns, eine meinerwegen, wie Sie's bezeichnen, „Ökonomische Versammlung“ einberufen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber ich möchte mit „Piccolomini“ sagen: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt“. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Wir konnten aber nicht so lange warten, meine Damen und Herren, wir haben mittlerweile gehandelt. (*Abg. Dr. Kreisky: Was ist herausgekommen?*) Einer der Vorsitzenden — das hat sogar der Parteiboss der Freiheitlichen Partei zuvor anerkannt — der Arbeitskreise der „Aktion 20“ sitzt hier auf der Regierungsbank, er wurde mittlerweile als

Staatssekretär in die Regierung berufen. (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist das einzige, was herausgekommen ist! — Abg. Weikhart: Ist das das einzige Resultat der „Aktion 20“?*) Damit haben wir, Herr Kollege Weikhart, immerhin zum Ausdruck gebracht, daß es uns um die Strukturpolitik aber schon wirklich sehr, sehr ernst ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist aber sehr wenig! Das ist weniger als wenig!*)

Daß es uns um die Strukturpolitik ernst ist, habe ich bereits im Sommer des vergangenen Jahres in einem Leitartikel im „Volksblatt“ zum Ausdruck gebracht. (*Abg. Pay: Wir warten auf andere Beweise, auf Beweise im Kohlenbergbau!*) Wenn Sie gestatten, möchte ich aus diesem meinem Artikel, der immerhin aus dem Sommer 1966 stammt, einige Sätze oder Absätze zitieren. Der Artikel trug den Titel „Mut zur Strukturpolitik“. Ich schrieb damals:

„Strukturwandlungen sind in einer wachsenden Wirtschaft nicht nur praktisch unvermeidlich, sie sind, auf lange Sicht gesehen, auch von Vorteil, wie uns etwa die noch vor gar nicht allzu langer Zeit nur als nationales Unglück empfundene Landflucht zeigt.“

Und weiter führte ich aus: „Strukturpolitik ist zunächst oft unpopulär, das muß der Politiker, der sich zu ihr bekennt, wissen. Sie ist aber aus der Gesamtverantwortung für die Zukunft unseres Landes, die wir zu tragen haben, notwendig.“ (*Abg. Dr. Kleiner: Was ist geschehen?*) Moment, kommt schon, warten Sie nur. — Noch etwas. Es ist nicht unbescheiden von mir, aber ich glaube, es ist nicht uninteressant, weil es für mich auch persönlich sehr interessant war, nach drei Vierteljahren zu vergleichen, was ich damals über Strukturpolitik geschrieben habe. Vielleicht noch ein kurzes Zitat. Das wird, glaube ich, das interessanteste auch für Sie. (*Abg. Probst: Vom Schreiben wird nichts anders!*)

„Ist es mit der Verantwortung“, so schrieb ich damals, „für die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportwirtschaft vereinbar, wenn wir etwa eine Erhöhung der Stromtarife deshalb unvermeidlich machen würden, weil die E-Werke gezwungen sein sollen, mehr als einen Jahresbedarf an heimischer Kohle zu lagern und die Kosten dieser Lagerung zu tragen, bloß weil wir nicht den Mut finden, unrentable Kohlenbergbaue rechtzeitig zu schließen und den dort frei werdenden Arbeitskräften andere, aussichtsreichere Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen?“ (*Abg. Dr. Kreisky: Das haben Sie ja nicht gemacht! — Abg. Pay: Das haben wir noch nie gesehen, weder in Pöfing-Bergla noch sonstwo! — Abg. Dr. Kreisky: Zu welchem Ressort gehört das?*)

Dr. Withalm

Herr Kollege Kreisky, Sie schütteln jetzt Ihr Haupt. Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang nicht die „Arbeiter-Zeitung“, sondern die „Volksstimme“ zitiere. (Abg. Pay: Die steht euch ja jetzt nahe!) Es heißt in der „Volksstimme“ vom Samstag vergangener Woche unter dem Titel „Burgenland-Gespräche in Eisenstadt“ auf Seite 3: „K.-u.-K.-Team im Kreuzfeuer der Fragen der Kommunisten“. Da wird unter anderem ausgeführt unter dem Zwischentitel „Warum wurde die Kraft der Gewerkschaft nicht eingesetzt?“:

„Diese berechtigte Frage stellte der Gewerkschafter Franz Panzenböck an SPÖ-Obmann Dr. Kreisky im Zusammenhang mit der Sperre des Rax-Werkes in Wiener Neustadt. „Warum wurde nicht die Kraft der anderthalb Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellter eingesetzt, um den Rax-Werk-Arbeitern ihre Arbeitsplätze zu erhalten?“, fragte Panzenböck.“ (Abgeordneter Probst: Das ist geschmacklos! Sie zitieren einen Kommunisten als Kronzeugen!) Ich nehme an, es wird ein Kommunist sein. Aber, Herr Minister Probst, nicht, was der Panzenböck gefragt hat, interessiert mich (Abg. Weikhart: Seit wann stützen Sie sich auf Kommunisten?), mich hat interessiert, was der Parteivorsitzende Dr. Kreisky geantwortet hat. (Abg. Probst: Es ist geschmacklos, einen Kommunisten als Zeugen zu zitieren!) Beruhigen Sie sich, Herr Kollege Probst, hören Sie aufmerksam zu! Das ist die „Volksstimme“ vom Samstag; wenn Sie sie nicht gelesen haben sollten, ich bin gerne bereit, Ihnen das mitzuteilen, was Sie versäumt haben zu lesen. (Abg. Weikhart: Seit wann benützen Sie das als Beweismittel? Wehe, wenn das von uns einer tut!)

„Kreisky versuchte abzulenken“, schreibt die „Volksstimme“. (Abg. Dr. Kreisky: Ach, die „Volksstimme“ hat recht!) „Was hätten die anderthalb Millionen Gewerkschafter tun sollen? Wenn ein Betrieb unrentabel ist, müsse er eben zusperren.“

Aber der gute Panzenböck war mit der Antwort des Dr. Kreisky nicht zufrieden. (Abg. Libal: Der ist gestorben, der Panzenböck!) Er hat weiter gefragt, und zwar laut „Volksstimme“:

„Als Panzenböck darauf hinwies, daß der steirische ÖVP-Landeshauptmann Krainer sich bei der ‚gleichfarbigen‘ Bundesregierung dagegen gewehrt habe, daß Kohlenbergwerke in der Steiermark stillgelegt würden, während der SPÖ-Landeshauptmann im Burgenland sich damit abfand, daß das Bergwerk Tauchen geschlossen wird, bekannte Kreisky: ‚Es wird auch dem Krainer nichts nützen! Wenn

Bergwerke, so wie das Fohnsdorfer in der Steiermark, unrentabel sind, dann müssen sie stillgelegt werden. Da kann man gar nichts machen!“ (Abg. Dr. Kreisky: Das ist das Zitat der „Volksstimme“! So sagt die „Volksstimme“!)

Aber, Herr Kollege Dr. Kreisky, ich habe zuvor gesagt, wir sind zwei alte Kollegen als Staatssekretäre, und wir kennen uns schon lange Zeit. Ich kenne den Dr. Kreisky wirklich so gut, daß ich der Diktion entnehmen zu können glaube — ich drücke mich vorsichtig aus —, daß er das schon irgendwie — speziell, wenn er verärgert ist, drückt er sich so ähnlich aus (Heiterkeit bei der ÖVP — Abg. Dr. Pittermann: Das ist ein Gegenkompliment!), und wenn er sehr bestimmt spricht — (Abg. Weikhart: Also das genügt Ihnen, was in der „Volksstimme“ steht!), gesagt haben könnte. Ich habe gewisse Kombinationen daran geknüpft. (Abg. Dr. Kreisky: „Volksblatt“ und „Volksstimme“ als Kronzeugen!)

Meine Damen und Herren! (Abg. Doktor J. Gruber: Was hat er wirklich gesagt?) Mir ist jedenfalls bisher nicht bekanntgeworden, daß der Parteivorsitzende der Sozialistischen Partei das dementiert hat, was in der „Volksstimme“ geschrieben wurde. Das ist mir bisher nicht bekanntgeworden. (Abg. Dr. Kreisky: Das kommt noch! Das ist längst im Laufen, Herr Kollege Withalm!)

Reden wir jetzt wirklich ganz ehrlich dazu. Wir sollten, glaube ich, doch den Mut haben, über solche Dinge zu reden und nicht nur darüber zu reden, sondern auch zu handeln. (Abg. Weikhart: Der Generalsekretär der ÖVP führt die „Volksstimme“ als Zeugen an! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie sollten sich schämen!) Ich habe zuvor gesagt, daß wir selbstverständlich, wenn irgendein Arbeitsplatz verlorengelht, trachten müssen, diesen Platz nicht verlorengelhen zu lassen, sondern neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze, die sinnvoll sind und die auch etwas bringen. (Abg. Moser: Was haben Sie in Pöfing-Bergla gemacht?) Sie fragen, was wir gemacht haben. (Weitere Zwischenrufe.) Ich hoffe, Sie werden sich wieder beruhigen. (Abg. Pay: Wie werden die 100 Millionen ERP-Mittel vergeben? Wir haben noch keine Antwort von Kanzler Klaus bekommen!) Sie kriegen wahrscheinlich dann vom Bundeskanzler eine Antwort, und auch von mir bekommen Sie jetzt auf diese Frage Antwort. (Abg. Pay: Ich bin schon sehr neugierig!)

Aber vielleicht noch vorher eine Zwischenbemerkung. Was hätten wir machen können, wenn wir den Mut gehabt hätten, Grünbach früher zu sperren und den Arbeitern dort

Dr. Withalm

wirklich Arbeitsplätze zu vermitteln? (*Zwischenruf: Aber den Mut hat noch keiner gehabt!*) Für die 150 Millionen Schilling, die das gekostet hat, hätten wir einige Fabriken hinstellen können. (*Abg. Dr. Pittermann: Den Mut hat Benya gehabt, nicht Sie!*) Darüber haben wir im Fünfzehner-Ausschuß — das werden Sie nicht bestreiten — ausführlich gesprochen. (*Anhaltende Unruhe. — Zwischenrufe der Abg. Wodica und Kern.*) Aber vielleicht beruhigen wir uns jetzt wirklich.

Ich versuche jetzt, einen vernünftigen Vorschlag zu bringen, was die 100 Millionen ERP-Gelder anbelangt und die zusätzlichen 200 Millionen, von denen heute schon gesprochen wurde. Ein Redner hat gefragt: Was ist denn? Wann werden endlich die 200 Millionen ERP-Gelder freigegeben? Vielleicht gestatte ich mir dazu jetzt einen konkreten Vorschlag zu machen, und dazu bitte ich wirklich um Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren! Wie wäre es etwa, wenn diese Gelder oder ein Teil dieser Gelder meinetwegen einer Bank (*Ruf bei der SPÖ: Der Conti-Bank!*) — ich könnte mir die Investitions-Kreditbank vorstellen — zur Verfügung gestellt würden? (*Abg. Dr. Kreisky: Warum der?*) Investitions-Kreditbank, habe ich gesagt, meine Herren! Wenn ich einen ersten Vorschlag mache, dann wäre es, glaube ich, nicht unzumutbar, wenn wir uns bemühen, dabei auch ernst zu bleiben. Ich bin sonst wirklich sehr für heitere und gute Zwischenrufe, aber wenn ich schon angekündigt habe, daß ich jetzt einen vernünftigen Vorschlag machen werde, über den man reden könnte (*Abg. Peter: Wenn Sie die „Volksstimme“ zitieren, können wir ja nicht ernst bleiben!*), dann bleiben wir, bitte, einen Moment zumindest ernst!

Stellen wir diese Gelder meinetwegen dieser Bank zur Verfügung. Diese Bank geht dann her, macht Interessenten für wirklich zukunftssträchtige Produktionen ausfindig und sagt etwa zu den Betreffenden: Ich stelle dir eine fertige Fabrikshalle hin, und diese Fabrikshalle vermiete ich dir! Der Betreffende braucht nicht das Investitionskapital und kann das, was er für eine Fabrikshalle aufwenden müßte, in Maschinen investieren, weil er kaum soviel Kapital haben wird, denn wir sind nicht so kapitalkräftig in Österreich. Das ist gar nicht eine Erfindung von mir, sondern das wird in Amerika und in England längst praktiziert. (*Abg. Dr. Staribacher: Das haben wir auch vorgeschlagen, Herr Abgeordneter Withalm!*) Wenn Sie das vorgeschlagen haben, dann sind wir uns schon einig, dann wird es gar keine Schwierigkeiten geben. (*Abg. Dr. Kreisky: Aber*

nicht die Bank allein!) Jedenfalls liegt jetzt der Vorschlag von uns auf dem Tisch, Gelder zu dem Zweck zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Horr: Ein paar Wochen zu spät kommen Sie mit dem Vorschlag! Das könnte schon längst erfolgt sein!*) Wir werden dann, wenn wir Firmen finden, die sich bereit erklären, eine Produktion aufzumachen, diese Fabrikshallen, oder was immer es ist, vermieten.

Ich habe noch einen Vorschlag. Auch das ist nichts Neues, auch das ist keine Erfindung der Österreichischen Volkspartei. Was wäre es mit der Beteiligungsfinanzierung? Was wäre, wenn wir die gleichfalls mit diesen Geldern zum Teil zumindest in die Tat umsetzen würden? Das heißt, daß eine Gesellschaft gegründet würde, an der sich meinetwegen wieder die Investitions-Kreditbank beteiligt; sie bleibt, um demjenigen den Start zu erleichtern, der die Produktion aufmachen will, eine gewisse Zeit drinnen; wenn der Betrieb angelaufen ist, scheidet sie wieder aus, und der Fabrikant oder der Unternehmer, der diese Fabrik gegründet hat, ist früher oder später Alleineigentümer dieses Betriebes.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang damit können wir auch über folgendes vernünftig reden. Ich glaube, das wird keinen besonderen Widerspruch bei Ihnen hervorrufen. Ich könnte mir durchaus eine Kombination zwischen verstaatlichten Unternehmungen und Privatunternehmungen vorstellen. (*Abg. Dr. Pittermann: Haben wir vor vier Jahren vorgeschlagen!*) Die Vorschläge von Ihnen sind damals in eine ganz andere Richtung gegangen! (*Abg. Dr. Pittermann: Nein, nein!*) Ich denke also an gemischte Betriebe. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber die Handelskammer hat die Fertigung verboten!*) Ich denke auch an etwas, wovor Sie bis zu dem Vortrag des Dr. Grünwald offensichtlich einen Horror hatten, nämlich doch irgendwie an das Auslandskapital. Meine Damen und Herren! Ich glaube, davor müssen wir doch nicht einen derart panischen Schrecken haben, wie das in der Sozialistischen Partei durch 20 Jahre hindurch der Fall war. Ich glaube, so sichern wir die Arbeitsplätze am besten, wenn wir rechtzeitig Bereinigungen vornehmen, wenn es auch meinetwegen im ersten Moment mit manchen Schmerzen verbunden sein sollte.

Herr Kollege Dr. Pittermann! Sie haben den Herrn Bundeskanzler gefragt, ob wir unsere Wirtschaftspolitik womöglich fortsetzen wollen. Genau das wollen wir machen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das haben wir auch durchaus angenommen!*) Selbstverständlich werden wir — diesbezüglich kann ich Sie ganz beruhigen, es wird für Sie keine Beruhigung sein, das kann ich mir vorstellen (*Abg.*

Dr. Withalm

Dr. Pittermann: Eine Beunruhigung!) — die Wirtschaftspolitik fortsetzen. (*Zwischenruf des Abg. Horr:*) Ja, davon haben wir schon gesprochen, daß von England auf den Kontinent etwas zugekommen ist. Wir kennen die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. (*Abg. Horr: Sagen Sie gleich, wer sie ruiniert hat!*) Herr Kollege Horr! Die Krisenerscheinungen, von denen der Herr Parteivorsitzende Ihrer Partei gesprochen hat, sind nicht von Österreich auf Deutschland übergesprungen und dann nach England gekommen, sondern, soviel ich weiß, war zuerst in England einmal etwas festzustellen, das dann auf den Kontinent herübergekommen ist. (*Abg. Horr: Ihre Parteigänger, das wissen Sie!*)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie aber bitte eines zur Kenntnis. Es war heute schon die Rede vom Regierungsprogramm, das Bundeskanzler Dr. Klaus — morgen ist es ein Jahr — in diesem Hohen Haus verlesen hat. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir werden uns bestimmt nicht nervös machen lassen. Ich hoffe, daß auch ich nicht den Eindruck der Nervosität erwecke. Genau mit der gleichen Ruhe, mit der ich jetzt meine Ausführungen mache, werden wir Schritt für Schritt ganz systematisch das Regierungsprogramm der Regierung Klaus durchführen, meine Damen und Herren! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Horr: Das ist noch kein Grund zum Applaus!*)

Die Regierung Klaus weiß ganz genau, was sie will: nämlich die Verwirklichung ihres Programms in dieser Legislaturperiode. (*Abg. Weikhart: Wenn sie alles so genau weiß wie die Wohnbaureform, dann weiß sie nichts!*) Heute ist es ein Jahr, daß die Regierung Klaus angelobt wurde. Wir haben in dieser Legislaturperiode noch drei Jahre Zeit, und einige der wichtigsten Punkte aus dem Kern der Regierungserklärung sind bereits verwirklicht! (*Abg. Weikhart: Aber wie!*) Wir werden alles tun, dieses Regierungsprogramm Punkt für Punkt in die Tat umzusetzen.

Herr Kollege Peter! Kollege Peter hat davon gesprochen — er hört nicht auf mich, ich rufe ihn schon zweimal an (*Abg. Dr. Pittermann: Sonst hört er immer auf Sie! — Abg. Lanc: Hoffentlich wird er das nicht bereuen!*) —, er glaube, eine zaudernde Unsicherheit zu bemerken. Diesbezüglich kann ich Sie beruhigen: Von einer zaudernden Unsicherheit ist weder beim Bundeskanzler noch bei seinen Regierungsmitgliedern und, ich glaube, auch nicht bei der Regierungspartei die Rede. (*Abg. Peter: Das müssen Sie Herrn Nowotny von den „Salzburger Nachrichten“ sagen!*) Ich schätze natürlich jeden Artikel sehr, verfolge jeden Artikel auch mit

Interesse und halte mich auch nach manchem Artikel, der etwas zu sagen hat, aber so ernst nehme ich die Dinge auch wieder nicht, daß ich womöglich Selbstmord begehen würde, nachdem ich diesen Artikel gelesen habe.

Meine Damen und Herren! Jetzt noch ein ernstes Wort zu einer Frage, die gleichfalls der Herr Kollege Dr. Kreisky angeschnitten hat. Sie haben zur EWG gesprochen. Gestatten Sie, daß auch ich dazu einige kurze Bemerkungen mache. Wir sind dafür, daß diese Frage baldmöglichst einer Regelung zugeführt wird (*Abg. Melter: Seit wann?*), wobei ich Ihnen aber sage, daß ich der Meinung bin, daß es mit der Beseitigung der Diskriminierung nicht abgetan ist. Entscheidend scheint mir zu sein, daß wir an der Dynamik eines großen Wirtschaftsraumes teilnehmen können. Das scheint mir für unsere Wirtschaft notwendig zu sein.

Ich bin in der glücklichen Lage, mich wieder auf einen Vortragenden der Konferenz, die vor einiger Zeit unter Ihrem Vorsitz stattgefunden hat, berufen zu können. Es ist Dr. Heinz Kienzl, der zu dem Thema „Planung und Wettbewerb“ sprach. Er führte zur Frage EWG unter anderem folgendes aus:

„Ich habe vor einigen Monaten bei einem Vortrag in Linz gesagt — eine volle Teilnahme an der europäischen Integration würde rasch zu einem Absterben der kranken Teile unserer Wirtschaft und zu einem Aufblühen der gesunden Teile führen. Die Nichtteilnahme wird zwar das Aufblühen etwas beeinflussen wie ein kaltes Frühjahr das Wachstum des Salats, das Absterben der kranken Teile werden wir nicht verhindern, ja kaum bremsen können.“

Ich habe dem, was Dr. Kienzl hier gesagt hat, gar nichts hinzuzufügen. Ich möchte Ihnen nur eines antworten, weil Sie in Ihrer Rede gesagt haben (*Abg. Dr. Kreisky: Es hat also diese Veranstaltung doch einen Sinn gehabt! Sie haben eine Menge gelernt!*), daß Vizekanzler Dr. Bock als Handelsminister es nie der Mühe wert gefunden hätte, im Ministerrat Aufklärungen zu geben beziehungsweise auf die Folgen hinzuweisen, die gegeben sein würden, wenn wir einmal mit der EWG in ein Vertragsverhältnis gekommen sein sollten.

Herr Minister Dr. Kreisky! Sie waren damals Außenminister, als die österreichische Bundesregierung in Brüssel am 15. Dezember 1961 den Antrag überreichte, basierend auf einem Beschluß der österreichischen Bundesregierung. Ich kann jetzt wirklich nicht annehmen, daß die Sozialistische Partei beziehungsweise deren Vertreter in der Bundesregierung damals gemeinsam mit der Öster-

Dr. Withalm

reichischen Volkspartei beziehungsweise den von der Österreichischen Volkspartei in die Bundesregierung entsandten Mitgliedern der Bundesregierung einen Antrag unterschrieben hätten, wenn sie nicht in genauer Kenntnis dessen gewesen wären, was mit dem Antrag beziehungsweise mit der Verwirklichung dieses Antrages verbunden ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir schon!*) Das kann ich mir wirklich nicht vorstellen.

Kollege Dr. Pittermann hat eben gesagt: „Wir schon!“ So habe ich es gehört. (*Abg. Kienzl: Ja, ja!*) Ich nehme den Anlaß wahr, weil Sie mir einen kleinen Zwischenruf gemacht haben, um mich auf Sie zu berufen und Sie zu zitieren, wenn Sie gestatten. Ich bin, wie ich sagte, ganz einer Meinung mit Dr. Kienzl, dessen Worte in dieser Ökonomischen Versammlung ich zitierte. Ich frage mich nur: Was gilt jetzt in der Sozialistischen Partei wirklich? (*Abg. Dr. Haider: Das wissen sie selber nicht!*) Gilt das, was Dr. Kienzl vor zirka zehn Tagen sagte, oder gilt das, was der damalige Vizekanzler Dr. Pittermann gesagt hat, als er feststellte, daß „der Kartell-Kapitalismus zur Bildung der EWG geschritten sei, um seine europäischen Positionen zu sichern, und daß der in der EWG geschaffene Bürgerblock eine Entwicklung einleite, der man rechtzeitig entgegenzutreten müsse“. So Dr. Pittermann; ich glaube, es war in Vorarlberg 1959, wenn ich das richtig im Gedächtnis habe. (*Abg. Dr. Haider: Lange vor Fußach war das!*)

Meine Damen und Herren! Wir wissen: Mancher Unternehmer wird auf der Strecke bleiben. Aber das — wie auch Dr. Kienzl sagte —, was im harten Konkurrenzkampf besteht, ist, glaube ich, für alle Zukunft lebensfähig und durchaus in der Lage, auch mit den schärfsten Konkurrenten in einen Wettbewerb zu treten. Wir brauchen in Österreich Unternehmer, die in die Zukunft schauen, nicht solche, die im alten Trott weiter-tun und die so tun, als ob in der Welt keine Veränderungen vor sich gingen. Das gilt genauso für die Privatindustrie wie für die verstaatlichten Unternehmungen. Denn diese Sorte von Unternehmern, die nicht in die Zukunft blicken, werden im rauhen Wind der EWG — das ist für mich klar — nicht bestehen können. (*Abg. Jungwirth: Sagen Sie das für die Handelskammern auch?*) Für wen immer das gelten mag, ich glaube deutlich genug gesprochen zu haben. (*Abg. Jungwirth: Mussil, hast du gehört, euer Generalsekretär sagt es euch hinein!*)

Die momentane schwierige wirtschaftliche Situation hat so richtig offenbar gemacht, wie eminent wichtig eine richtige Strukturpolitik

ist und was wir alles in den letzten Jahren der Koalition versäumt haben beziehungsweise versäumen mußten. Aber ich möchte sagen: Es ist kein Nachteil, mit dem nicht auch ein Vorteil verbunden ist. Wir müssen nur die Zeichen der Zeit verstehen. Dann ist der Schock ein heilsamer Schock. Jetzt besteht nämlich wirklich die Möglichkeit, echte Entscheidungen zu treffen.

Ich zitiere hier wieder Herrn Klubobmann Dr. Pittermann, der am 1. März in diesem Hohen Hause folgendes gesagt hat: „Vielleicht ist es jetzt, wo eine politische Partei allein die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte trägt und wo daher das Hin-und-Herschiebe-Spiel, wer die Verantwortung hat, nicht mehr möglich ist, doch leichter, zu einer sachlichen Betrachtung wirtschaftlicher Probleme der bedeutendsten österreichischen Industriekonzerne wieder zurückzukehren.“ Ich glaube, das ist ein Zitat, dem ich nichts hinzuzufügen habe, für mich deshalb besonders wertvoll, weil es aus dem Munde des Klubobmanns der großen Oppositionspartei kommt.

Nach meiner Meinung war dieses eben zitierte Hin-und-Herschiebe-Spiel, wer die Verantwortung hat, die wirkliche Ursache, daß sich Strukturschwächen und Struktur-mängel gebildet haben und daß sie angewachsen sind, ohne daß dagegen etwas zu einem Zeitpunkt unternommen wurde, wo dies wahrscheinlich noch leichter und schneller möglich gewesen wäre. (*Ruf bei der SPÖ: Trotzdem haben wir die Vollbeschäftigung gehabt!*) Strukturwandlungen sind natürliche, normale und unvermeidliche Erscheinungen. Strukturpolitik ist die Anpassung an solche Erscheinungen. Je früher strukturelle Veränderungen erkannt werden und je schneller die Reaktion darauf möglich ist, umso leichter, umso einfacher, aber auch umso erfolgreicher ist dieses Reaktion.

Übersehen wir eines nicht: Strukturpolitik ist mehr als die wirtschaftliche Hilfe für einen Arbeitgeber oder einen Arbeitnehmer, der in irgendeiner Hinsicht das Opfer einer Strukturveränderung geworden ist. Für uns geht der Begriff Strukturpolitik weit über das rein Wirtschaftliche hinaus und erfaßt auch die bildungs- und ausbildungsmäßigen Umschichtungen, die sozialen, die beruflichen, die regionalen und die gesellschaftlichen Umschichtungen. Viele der strukturellen Veränderungen können wir überhaupt nicht beeinflussen. Manche können wir beschleunigen oder bremsen. Wo wir aber erfolgreich eingreifen können, das sind die Anpassungen an die jeweiligen strukturellen Veränderungen, das ist zum Beispiel die Anpassung an den wirtschaftlichen Fortschritt, was eigentlich nichts anderes bedeutet als das wirtschaftliche Wachstum.

Dr. Withalm

Wenn also in diesem Zusammenhang so viel von wirtschaftlichem Wachstum, von der Förderung, von der Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums gesprochen wird, dann brauchen wir nur die jeweiligen Anpassungen an die Strukturveränderungen — sei es an solche, die sich vollzogen haben, oder solche, die sich gerade vollziehen — zu beschleunigen. Was wir aber ablehnen, ist das Verhindern von solchen Anpassungen, ist die Verzögerung und das Hinausschieben solcher Anpassungen auf den verschiedensten Gebieten, zu denen die Steuern und die Wohnung genauso gehören wie das allgemeine Wirtschaftswachstum oder die Forschungsförderung.

Meine Damen und Herren! Strukturpolitik ist ohne Zweifel eines der faszinierendsten Kapitel der Politik überhaupt. Sie ist langfristige Politik, die auf wissenschaftlicher Analyse und sorgfältig erarbeiteten Grundlagen beruhen muß und die in hervorragender Weise der Gestaltung der Zukunft dient. Strukturpolitik kann man nicht an akuten Tagesereignissen exerzieren oder zum Mittel der Tagespolitik machen.

Die Österreichische Volkspartei hat daher schon vor Jahren mit der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen begonnen. Für sie war — das habe ich bereits gesagt — die „Aktion 20“ nie ein Wahlschlager oder ein billiges taktisches Mittel. Uns war und ist es gerade auf dem Gebiete der Strukturpolitik, der Anpassung an die Strukturveränderungen, sehr ernst mit der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik. Diese Zusammenarbeit erlaubt es uns, Strukturschwächen rechtzeitig, das heißt vorfristig und schon in ihrem Entstehen, zu erkennen und zu analysieren. Glauben Sie ja nicht, daß die Österreichische Volkspartei etwa die tatsächlichen und faktischen, prinzipiellen und aktuellen Schwächen der österreichischen Wirtschaft verkennt oder unterschätzt. Wir haben sie so rechtzeitig erkannt, daß wir eine Anzahl von Maßnahmen dagegen einleiten und Gesetz werden lassen konnten. Und wir sind froh, daß dieses „Hin- und-Herschiebe-Spiel bezüglich der Verantwortung“ nunmehr zu Ende ist. Wir haben die Verantwortung übernommen, wir tragen die Verantwortung, und wir werden ihr auch gerecht werden.

Wenn Sie mich nach den Erfolgsaussichten fragen, meine Damen und Herren, so gibt es hier drei Möglichkeiten: daß sich die Bundesregierung dieser Aufgabe allein unterzieht, daß sie diese Aufgabe mit Unterstützung der Opposition bewältigt und daß wir gegen die Opposition diese Aufgabe übernehmen und sie auch bewältigen müssen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß es für die Opposition nicht

leicht ist — das gilt für beide Oppositionsparteien —, in dieser Frage Stellung zu nehmen. Aber von dieser Stellungnahme hängt für die Zukunft ungeheuer viel ab.

Ich kann mir — jetzt wende ich mich an die sozialistische Opposition — vorstellen, daß so mancher von Ihnen in dieser Frage zwei Seelen in seiner Brust hat, zwei Seelen in seiner Brust geradezu haben muß. Wer ist stärker? Sie haben, Herr Kollege Dr. Pittermann, einmal Nestroy zitiert und gefragt: „Wer ist stärker: i oder i?“ Wer ist wirklich in diesem Fall stärker: die parteipolitische Seele oder die staatspolitische Seele? Das ist ein echtes Dilemma. (*Abg. Dr. Pittermann: Ihr Kurs ist nicht Staatspolitik! — Abg. Dr. Kreisky: Was Sie tun, ist keine Staatspolitik!*) Der Parteilvorteil oder das Gesamtwohl? Die Politik für die Parteiführung oder die Politik für den Wähler?

Meine Damen und Herren! Wie immer dem sei — ich weiß nicht, wie Ihre Entscheidung ausfallen wird —, wir haben jedenfalls die Notwendigkeiten, die gegeben sind, erkannt. Wir wissen, daß vieles an der österreichischen Wirtschaftsstruktur nicht zum besten bestellt ist. Wir stehen, so glaube ich, an einem Wendepunkt. Vielleicht sind wir spät daraufgekommen, aber es scheint mir nicht zu spät zu sein, wenn wir wirklich die Konsequenzen ziehen wollen, die gezogen werden müssen — und wir sind dazu bereit.

Ich sagte: Zur Strukturpolitik gehört Mut, auch Mut zur Unpopularität. Wir werden uns nicht davor scheuen, wohl wissend, daß das Volk letzten Endes genau zu unterscheiden weiß zwischen Maßnahmen, die im Zeitpunkt, da sie gesetzt werden, wohl populär aussehen, aber von keiner oder sogar von negativer Wirkung für die Zukunft sind, und solchen Maßnahmen, die im ersten Moment keineswegs populär sind, die die Wirkung einer fürs erste bitteren Medizin haben, aber letzten Endes eine schmerzhaft Operation ersparen.

Wir werden uns sehr bemühen, es der Opposition möglich zu machen, daß der Weg, der beschritten werden muß, um Österreich eine Krise zu ersparen, gemeinsam gegangen werden kann. (*Abg. Dr. Pittermann: Das tun Sie leider nicht!*) Wenn Sie aus Gründen, die letzten Endes Sie zu vertreten haben, glauben, nicht mitgehen zu können, dann bereiten Sie uns, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wenigstens nicht mehr Schwierigkeiten, als unbedingt nötig und aus Gründen der Staatsräson gerade noch zu vertreten ist! (*Abg. Dr. Kreisky: Sie sind der Pächter der Staatsräson!*)

Wir scheuen uns nicht, vor das Volk hinzutreten und mit aller Klarheit und Deutlichkeit zu sagen: Die wirtschaftliche Situation

Dr. Withalm

und die Fülle von Strukturproblemen, die zu bewältigen sind, erfordern von jedem Österreicher eine gehörige Portion an Einsicht und Disziplin. (*Abg. Herta Winkler: Von jedem!*) Eines können wir heute schon sagen: Das Maß an Opfern und Disziplin, das der sozialistische Premierminister von England, Wilson, seinem Volke auferlegt hat, ist bei uns weder notwendig noch möglich. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Wenn Sie so weitertun, schon!*)

Seit die Österreichische Volkspartei nach dem Entschluß der Sozialistischen Partei, in die Opposition zu gehen, allein regiert, bemühen wir uns, eine Politik für alle Österreicher zu machen. Diese Politik kann nur dann von Erfolg begleitet sein — das wissen wir ganz genau —, wenn wir den Strukturproblemen unseres Landes unser ganzes Augenmerk zuwenden.

Letztes Ziel und oberste Richtschnur der Strukturpolitik, die die Regierung Klaus nicht erst seit heute betreibt, ist es, den Arbeitsplatz jedes Österreichers zu sichern (*Abg. Dr. Pittermann: Um 30.000 Arbeitsplätze jetzt schon weniger als voriges Jahr!*) und allen Österreichern das Gefühl zu geben, daß es sich lohnt, für dieses Land zu arbeiten und in diesem Land zu leben. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Czettel** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (*Abg. Glaser: Czettel sucht ein Stück Papier!*) Danke schön, Kollege Glaser. — Es sind jetzt gerade so große und pathetische Worte von der Bereitschaft, allein die Verantwortung zu tragen, und darüber gefallen, daß wir uns an einem Wendepunkt befänden. Sie von der ÖVP machen uns Vorwürfe, wenn wir von der Gefahr des Hereinbrechens einer Krise reden, und sagen gleichzeitig, wenn wir Sozialisten nicht das mitmachen, was Sie gerade wollen, dann sollten wir wenigstens aufhören, weiterhin zu sabotieren. Herr Dr. Withalm, ich möchte Ihnen, nachdem Sie so viel über Strukturpolitik gesagt haben, einiges antworten. Auf die Frage „Wo waren Sie, als wir das und das beabsichtigt haben?“ möchte ich Ihnen ein paar Antworten aus dem Stegreif geben.

Als wir nach dem Wahlkampf 1953 in diesem Hause, ganz gegen die Absicht und gegen den Widerstand Ihrer Partei, nun eine bewußt auf die Infrastruktur orientierte Investitionspolitik des Bundes durchgesetzt haben, also Investitionstätigkeiten, die, auf zehn Jahre geplant, sehr überlegt in Bereiche der Wirtschaftsstruktur gereicht haben, haben wir damit bewiesen, daß wir schon zu einer Zeit, als Sie

noch von „konsumnahen Investitionen“ gesprochen haben, sehr bewußt und auch sehr erfolgreich für eine Strukturpolitik eingetreten sind. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Ich war damals der Redner dazu!*)

Ich suche jetzt nur aus meinem jungen politischen Leben in diesem Hause, das aber immerhin auch schon bis in das Jahr 1953 zurückreicht, einige Anhaltspunkte. Daß es heute in Österreich ein überlegtes System von Wasserkraftwerken und Energiebauten gibt, ist eine Tatsache, für die weitestgehend sozialistische Funktionäre verantwortlich sind, und ein Beweis dafür, daß wir seit 1945 für die Strukturpolitik dort eingetreten sind, wo wir die Gelegenheit gehabt haben, eine solche zu betreiben. (*Abg. Glaser: Vorige Woche habt ihr beim Energieanleihegesetz dagegen gestimmt!*)

Ein drittes Beispiel: Wenn wir verlangt haben, man möge den großen Komplex der verstaatlichten Industrie aus der Grundstoffherzeugung in Bereiche der Finalproduktion hinausheben — wogegen Sie sich bis jetzt gewehrt, und zwar leider erfolgreich gewehrt haben —, dann geschah das deshalb, weil wir gewußt haben, daß diese Grundstoffindustrie, wenn sie die Substanz der eigenen heimischen Wirtschaft bleiben soll, die sie ja in den letzten 20 Jahren gewesen ist, dieses Vordringen in derartige Bereiche einfach braucht. Auch das waren Überlegungen aus rein strukturpolitischen Gründen. (*Abg. Dr. Withalm: Was ist mit der Hütte Krems?*) Ich könnte Ihnen noch eine Reihe anderer Beispiele anführen, Herr Dr. Withalm, weil Sie soviel von Strukturpolitik geredet haben.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Wissenschaftler, aber eines weiß ich: Wenn man Strukturpolitik betreiben will, dann muß man einen objektiven Blick in die Strukturen eröffnen können. Man muß, wenn man Strukturpolitik betreiben will, auf Grund der objektiven Einschätzung der Strukturen und ihrer Bewegung auch logische, dem Strukturwandel entsprechende politische Konsequenzen in die politische Tat umsetzen. Eine solche kontinuierliche Aufgabenstellung setzt voraus, daß man ein Röntgenbild der eigenen Wirtschaft erstellt und Bewegungen der Strukturen genau registriert, analysiert und auf Grund einer perspektiven Entwicklung dieses Strukturwandels zumindest auf einige Jahre vorausplant, wie man entsprechend dieser Struktursituation praktische Wirtschaftspolitik betreiben will.

Sie, Herr Staatssekretär Professor Dr. Koren, haben anläßlich eines Rundfunkinterviews vor einigen Tagen gemeint: Man muß das, was sich in den Strukturen der Wirtschaft entwickelt, einfach zur Kenntnis nehmen, wir

Czettel

müssen nur schauen — ich finde jetzt den genauen Terminus nicht —, daß nicht zu viele soziale Reibungen entstehen. Das ist das mindeste, wie wir glauben. Aber wie sieht es denn aus? Herr Dr. Withalm, Sie haben ungefähr indem Jargon gesprochen, in dem Dr. Klaus vor einigen Tagen anlässlich der Vorstellung des neuen Herrn Staatssekretärs vor Journalisten gesprochen hat, indem er gemeint hat, daß die Behauptung, daß seit dem 6. März alles schlechter geworden ist, heute schon mit Fakten widerlegt werden kann, und hier betont man das Wachstum des Bruttonationalprodukts im Jahre 1966 und einige andere Daten.

Dr. Kreisky hat schon einen Versuch unternommen. Ich bin ein Abgeordneter aus dem größten Wahlkreis der Republik Österreich, ich komme aus Niederösterreich. Meine Damen und Herren! Ob das jetzt Krise heißen möge oder nicht: Ich gehe von den unmittelbaren Dingen aus, wie wir das in der Praxis von Politik und Wirtschaft erleben. (*Abg. Doktor Withalm: Wie es das Volk hört, ist auch interessant!*) In diesem einen Jahr vom vergangenen April an, seit Ihre Partei in unserem Lande dieses Regime installiert hat (*Abg. Dr. Withalm: Englisches Regime!*), haben allein in Niederösterreich — Katalog verfügbar, ich lese jetzt nicht alles vor — zwanzig Betriebe zugesperrt, eintausendfünfhundert Arbeitsplätze sind im Zusammenhang damit zugrunde gegangen. Eintausendfünfhundert! Ich habe hier zusätzlich acht Betriebe der Metallindustrie mit einem echten Beschäftigungsabgang, der einen Verlust von tausend Arbeitsplätzen in einem Jahr allein auf dem Sektor der Metallindustrie bedeutet. Textilsektor: Fünf Betriebe mit einer Beschäftigungsabnahme von achthundert bis neunhundert. Ich habe hier einige Holzbetriebe, Papierindustriebetriebe und einen wichtigen Betrieb der chemischen Industrie — Semperit-Wimpassing — mit einer echten Arbeiterabnahme von mehr als vierhundert innerhalb eines Jahres. Das ist, Herr Dr. Withalm, nur aus einem Lande, und so könnte wahrscheinlich aus jedem Land ein Abgeordneter aufstehen. Viertausend zugrunde gegangene Arbeitsplätze in Niederösterreich!

Ich ziehe schon praktische Schlußfolgerungen, die durchaus in dieses Gespräch über Strukturpolitik passen. Man braucht keinen Akademiker als Lenker und Orientierer einer Strukturpolitik, wenn man die ehrliche Absicht hat, dort, wo echte soziale Reibungen an schon bestehenden Reibungsflächen entstehen, in die Strukturen einzugreifen, auch wenn es zunächst nur auf dem sozialpolitischen Sektor ist. (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben ja auch die Akademiker gehabt auf Ihrer Ökono-*

mischen Versammlung!) Aber welche Politik haben Sie in den letzten Jahren vertreten? Darf ich Ihr Erinnerungsvermögen ein wenig wachrufen, Herr Dr. Withalm: Wie stellen Sie sich eine Strukturpolitik, bei der man auch in die Strukturen eingreifen soll, vor, ohne das, was die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren und auch im Augenblick noch bereit und fähig war und ist, an Investitionskapital aufzubringen, gezielt in diese Strukturen einzupumpen?

Ist es nicht — Kollege Mitterer ist leider nicht da — ein Widerspruch in sich, wenn Sie uns Vorwürfe machen, obwohl wir noch vor einigen Monaten anlässlich der Debatte über die von Ihnen so hoch gepriesenen Wirtschaftsgesetze verlangt haben, neben der regionalen Begünstigung der Investitionsförderung, die diese Gesetze eröffnet haben, auch bewußt den Versuch zu unternehmen, strukturelle Merkmale dieser Investitionsförderung im Gesetz unterzubringen, und Sie durch Ihre Redner in diesem Hause erklärt haben, das wäre schon wieder Planung, es sei das, was uns auch heute schon wieder zum Vorwurf gemacht worden ist, Programmierung, die sich angeblich in anderen Staaten und Volkswirtschaften nicht bewährt hat.

Sie haben gesagt, diese Wachstumsgesetze — gegen uns beschlossen, ohne die Merkmale, die wir damals verlangt haben — werden das Wachstum der österreichischen Wirtschaft in die Höhe treiben, eben weil sie Impulse auch über die Strukturen veranlassen werden. Noch im Herbst des vergangenen Jahres haben anlässlich der Budgetauseinandersetzung sowohl der Herr Finanzminister als auch Ihre Sprecher gesagt, durch diese Gesetze, auch wenn sie zunächst nur eine Verheißung und somit einen Optimismus entwickeln würden, ergänzt durch die Budgetpolitik, die ganz in diesem Wachstumskonzept untergebracht ist, werde die österreichische Wirtschaft im Jahre 1967 ein reales Wachstum von 4,5 Prozent erleben. Meine Damen und Herren! Wir sind dann in die Weihnachtsfeiertage gegangen, und wir haben damals schon auf Grund der vielen Unzulänglichkeiten Ihrer Politik bestritten, daß dieses Wachstum im Jahre 1967 erreichbar sein werde. Anfang des Jahres 1967 haben dann die Wirtschaftsexperten und Prognostizierer erklärt, daß das Wachstum nicht 4,5 Prozent, sondern höchstens 1 bis 3 Prozent betragen werde. Heute sagt man uns, es werde höchstens 2 Prozent betragen. Das bedeutet doch eine Stagnation und im Effekt Schrumpfung, Schließung weiterer Betriebe.

Ich bin jetzt neugierig, was die Regierung mit Hilfe eines neuen Staatssekretärs wirklich machen wird, um diesen Prozeß der Umstrukturi-

Czettel

rierung einigermaßen unter Kontrolle zu bringen und nicht nur dafür zu sorgen, was das mindeste wäre, daß dieser Prozeß ohne soziale Reibungen vor sich geht, sondern daß er gleichzeitig in seinem Effekt echte Wachstumsimpulse auch für die kommende Zeit garantiert. Und hier zweifeln wir. Warum?

Jetzt komme ich zu etwas, Herr Bundeskanzler, was anläßlich des heutigen Tages auch gesagt werden muß. Ich bin nicht der Typ, der Ihnen den Vorwurf macht, Sie wären politisch gar nicht bereit, soziale Not, die eventuell durch hunderttausende Arbeitslose entstehen könnte, zu vermeiden. Ich bin zu der Auffassung gekommen, daß der Fehler Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, im wesentlichen darin liegt, daß Sie, angefangen vom Wahlsieg am 6. März, getrieben von anonymen Kräften unserer Gesellschaft, unmittelbar bis jetzt, ein Jahr lang darangegangen sind, sehr bewußt bestimmte Interessen kleiner sozialer, aber einflußreicher Kreise unseres Volkes durch Ihre Politik zu befriedigen. Sie haben voriges Jahr ganz bewußt eine Verteuerung über die Gesetzgebung durchgeführt, Sie haben im Zuge der Wachstumsgesetze bewußt Substanzen vergeudet, auch wenn Herr Dr. Hauser sagen wird, wie es der Herr Abgeordnete Mussil schon vor einigen Wochen getan hat, daß die ganzen Wachstumsgesetze keinen Erfolg zeitigen werden, weil die Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren zuviel Lohn- und Gehaltserhöhungen gefordert hätten. Sie haben damals bewußt Substanzen vergeudet, denn wir haben — Herr Dr. Withalm, das möchte ich bei dieser Gelegenheit auch sagen — in den letzten Jahren im quantitativen Sinn nicht wenig investiert.

Es ist von dieser Stelle aus wiederholt gesagt worden, daß wir mit einer Investitionsrate von 25, 26 Prozent des Bruttonationalprodukts in den letzten Jahren über dem europäischen Durchschnitt liegen. Die Frage ist nur, was wir durch dieses Quantum an Investitions-einsätzen im Effekt erreicht haben. Wir haben deshalb wenig erreicht und spüren auch jetzt die Schwächen, weil Sie sich, solange wir — ich erinnere vor allem die älteren Kollegen des Hauses daran — über das Bewertungsfreiheitsgesetz und seine Verlängerung geredet und diskutiert haben, jedesmal, wenn es zur Verlängerung dieses Gesetzes gekommen ist, dagegen gewehrt haben, daß aus diesem Gesetz ein echtes Investitionsförderungsgesetz gemacht wird. Sie haben auch voriges Jahr mit diesen Wachstumsgesetzen echte Substanzen vergeudet. Wundern Sie sich nicht, wenn jetzt dieses relativ wenige — von uns aus nach den Erfordernissen gesehen — nicht effektiert werden kann. Bei dieser Entwicklung ist die große Unsicherheit tausender, ja zehntausender

Arbeitsplätze nur eine logische Konsequenz Ihrer politischen Gesinnung, mit der Sie am 6. März dieses Regime der Alleinregierung angetreten haben.

Ich möchte auch noch ein zweites Merkmal dieser Politik andeuten. Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Sie können uns vorwerfen, was Sie wollen, eines spüren heute die Menschen draußen: Seitdem Sie allein regieren, ist vieles unsicher geworden in unserem Land. Man spürt, daß Dinge vor sich gehen, die niemand unter Kontrolle hat oder unter Kontrolle haben will, zumindest was Ihre Partei, Ihre Macht, Ihren Einfluß und die Möglichkeiten, die Macht in Energie umzuwandeln, betrifft. Ist es denn nicht sehr bezeichnend in der politischen Bilanz nach diesem einen Jahr, daß neben der echten Einkommensschichtung, die auf Kosten der arbeitenden Menschen und zugunsten eines privilegierten Kreises dieses Landes vor sich gegangen ist, auch ernste Versuche unternommen werden, das System, das sich die Unselbständigen in Form ihrer sozialen Sicherheit geschaffen haben, dort oder da anzunagen, versuchsweise, um zu erfahren, wie weit man vorgehen kann?

Das hat mittelbar mit der Wirtschaftspolitik zu tun, weil wir nämlich glauben, daß der Mensch als Arbeitskraft ein Faktum der Wirtschaft ist, wie es Kollege Häuser von dieser Stelle aus vor einigen Wochen gesagt hat, und nicht, wie Sie meinen, etwas Danebenstehendes. Aber das Betriebsräte- und Personalvertretungsrecht, das diese Arbeitskraft vor allzu großer Ausbeutung und vor dem Mißbrauch schützt, ist ein indirektes Faktum der Wirtschaft. Der Versuch, den Sie im Zusammenhang mit dem Personalvertretungsgesetz unternommen haben, ist für uns ein kleines Alarmzeichen dafür, daß Sie neben dieser Politik des Versagens auf dem wirtschaftlichen Sektor die Stärke, die die Unselbständigen sich in den letzten 20 Jahren erobert haben, dadurch schmälern wollen, daß Sie nun darangehen, Stück für Stück dieses Systems der kollektiven und sozialen Sicherheit zu beschneiden.

Wir erleben jetzt Forderungen, daß der arbeitende Mensch in ein lockereres Verhältnis auch zu den Ärzten kommen möge und daß er mehr als bisher aus der eigenen Tasche zu dem zahlen soll, was die Sozialversicherung leistet. Er soll Mittel zur Sanierung der Krankenhäuser aufbringen. Alles das findet Ihre politische Unterstützung. Nicht zuletzt ist auch der Wohnungsbau zu erwähnen, der für uns in erster Linie ausschließlich eine Aktivität der Politik ist und weitestgehend in den sozialpolitischen Bereich fällt. Wir sehen auch hier, wie Sie etwas, was sich die Menschen schon an Sicherheit erobert gehabt haben, wieder un-

Czettel

sicher machen. Die Folge ist, daß Sie eine verstärkte Abhängigkeit der Menschen von den politischen Kräften, über die Sie verfügen, erreichen.

Man untersucht jetzt die Fragen der Strukturen im wirtschaftlichen Bereich und nimmt sich jetzt — von Ihrer Seite — vor, endlich einmal eine bewußte Strukturpolitik zu betreiben. Erlauben Sie mir daher auch einen kleinen Blick in eine Struktur, die doch nicht losgelöst von der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik behandelt werden kann.

Eine Übersicht, die der Hauptverband der Sozialversicherungsträger vor einigen Tagen über die Einkommen der Unselbständigen veröffentlicht hat — die übrigens der Informationsdienst der katholischen Sozialakademie für eine polemische Glosse verwendet, bei der er den Titel verwendet „Viele leben von wenig, wenige von viel“ —, beweist uns, daß nur 6,6 Prozent der unselbständig Beschäftigten ein Einkommen von mehr als 5775 S besitzen. Aber 57 Prozent der unselbständig Beschäftigten, allerdings ausschließlich der Beamten, verdienen weniger — hören Sie! — als 3075 S, 22,7 Prozent zwischen 3075 S und 4000 S, 9,5 Prozent zwischen 4000 S und 5000 S und nur 4,6 Prozent zwischen 5000 S und 5775 S.

Meine Damen und Herren! Eine Darstellung des Einkommens unserer Rentner und Pensionisten in diesem bis jetzt noch unbestrittenen Bericht zeigt auf Grund der Anweisungen von etwa 600.000 Arbeiterpensionen im März des heurigen Jahres, daß die Alterspension in unserem Land im Durchschnitt 1555 S beträgt, die Invaliditätspension 1312 S und die Witwenpension 854 S.

Begreifen Sie doch, meine Damen und Herren — das ist doch das Entscheidende —, daß es hier um hunderttausende, mit ihren Familienangehörigen um Millionen Menschen unseres Landes geht, die ihre bestimmten Lebensinteressen haben, die im wesentlichen darin bestehen, daß sie eine Sicherheit der Arbeit und von dem gesellschaftlichen Ertrag, an dem sie mitwirken, einen gerechten Anteil wollen. Diesen Menschen kann man nicht erzählen, daß wir im Parlament lang und akademisch über strukturpolitische Aufgaben gesprochen haben! Sie werden uns fragen: Wann greift denn die Regierung, die doch an den politischen Hebeln sitzt, zu diesen Hebeln, um im Praktischen und so rasch wie möglich die Politik so zu regulieren, daß unter Berücksichtigung der Strukturen die Arbeitsplätze gesichert, der Arbeitsertrag gesteigert und das Wachstum der Wirtschaft gefördert werden? Wir müssen dann sagen: Das bleibt doch alles aus, weil die Regierung einfach nicht kann, wenn Sie wollen: auch nicht will, weil sie, das ist die Schluß-

folgerung, viel zu sehr abhängig ist — Herr Generalsekretär, ich sage Ihnen das hier ins Gesicht — von den paar tausend Großgrundbesitzern und den zwei- oder dreitausend einflußreichen Finanz- und Wirtschaftskapitänen dieses Landes, deren Interessen Ihnen, zumindest bis zum heutigen Tage, offenbar mehr bedeutet haben als die großen Lebensinteressen der breiten Masse des arbeitenden Volkes dieses Landes. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Dann hätten wir nicht die Mehrheit gekriegt! Wir haben Sie nur bekommen, weil uns viele Arbeitnehmer gewählt haben!)*

Ich werde Ihnen gleich einen zweiten Einblick in die Infrastruktur der Gesellschaft geben. Bei den Einkommensteuerepflichtigen, bei den Selbständigen — und hier nehme ich die Kleingewerbetreibenden und auch die kleinbäuerlichen Betriebe einigermaßen aus — gibt es... *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe des Abg. Dr. Withalm.)* Hören Sie ein bißchen zu, Herr Abgeordneter Dr. Withalm *(Abg. Dr. Withalm: Ich würde mehr aufpassen, aber Ihre Fraktionskollegen stören mich durch ihre Zwischenrufe!)*, es gehört nämlich ergänzend zu der Infrastruktur im sozialen Bereich.

In Österreich gibt es 294.100 Einkommensteuerepflichtige, die zusammen 20 Milliarden Schilling verdienen. Das geht aus einer Statistik hervor, die allerdings aus dem Jahre 1962 stammt; eine Statistik jüngeren Datums ist nicht so verwertbar, wie wir sie brauchten. 292.966 Personen, also 99,6 Prozent, verdienen 88 Prozent dieses versteuerten Einkommens. Einverstanden. Aber 1134 Leute — in jüngster Zeit wird das aus politischen Gründen gar nicht mehr statistisch ausgewiesen — verdienen zusammen 2,7 Milliarden Schilling! Sie haben also zumindest ein Millioneneinkommen! Das ist auch ein typisches Merkmal für den Geist, in dem Sie gegenwärtig die Steuerreform durchführen wollen.

Aus der Grundstatistik geht hervor — das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Leitner noch besonders sagen —, daß in Österreich von den 402.286 landwirtschaftlichen Betrieben 3237 Betriebe beziehungsweise Betriebsbesitzungen oder 0,8 Prozent zusammen 41 Prozent des gesamten genutzten Agrarbodens besitzen. Also zirka 3200 Personen besitzen fast halb Österreich! Aber die große Zahl der zirka 399.000 Kleingrundbesitzer füllt den Bauernbund, und man redet ihnen jeden Tag vor, die Sozialisten — wie hat es heute heißen? — wollen die Dörfer aushungern und so weiter. Und Sie vertreten die Interessen dieser paar tausend Leute! Das muß doch auch einmal bei einer solchen Debatte dargestellt werden.

Czettel

Sehen Sie sich einmal die Struktur der Vermögensteuer an, Herr Generalsekretär! Das ist kein Neidkomplex. Ich hoffe, wir verstehen uns. Das sind doch die Fakten, die weitestgehend das Verhalten einer politischen Partei als Interessenvertretung bestimmen. Daher sollte man nicht dagegen sein, daß diese Strukturen im gesellschaftlichen Bereich aus dem Hintergrund hervorgehoben werden. Es handelt sich hier um wesentliche Merkmale des Verhaltens der Mehrheitspartei in diesem Lande. Aber 11.447 der Personen, die in Österreich Vermögensteuer zahlen — allerdings möchte ich hinzufügen: hier sind die juristischen Personen dabei —, das sind 7,7 Prozent, besitzen 79 Prozent des gesamten vermögenssteuerpflichtigen Vermögens.

Sie haben das Hochwassernotopfer vom vorigen Jahr erwähnt. Herr Dr. Withalm, erinnern Sie sich an Ihre große Ankündigung der schlechten Zeiten, die uns jetzt blühen werden. Wir haben damals die bescheidene Frage an den Herrn Finanzminister gestellt: Wenn Sie sich für das Katastrophennotopfer 210 Millionen Schilling mehr Lohnsteuer, 180 Millionen Schilling mehr Einkommensteuer, 90 Millionen Schilling mehr Körperschaftsteuer und 24 Millionen Schilling mehr Vermögensteuer holen und somit einen mit einem Millionenvermögen nur mit 150 S Notopfer für die armen Hochwassergeschädigten belasten: Wollen Sie nicht die Vermögensteuer etwas erhöhen? Der Herr Finanzminister hat uns trocken geantwortet: Das ist nicht möglich, das kommt gar nicht in Frage! Er hat also hart die Interessen der Vermögenden verteidigt. — Aber die 210 Millionen Schilling können wir uns von den Unselbständigen holen!

11.447 besitzen also fast 80 Prozent des gesamten zu versteuernden Vermögens. Jetzt können Sie sagen: Darunter sind ja die juristischen Personen. Klammern wir die aus, dann bleiben 9143 Personen. Diese besitzen von dem um das Vermögen juristischer Personen verminderten Gesamtvermögen insgesamt 32,3 Milliarden Schilling; also 62 Prozent des gesamten privaten Vermögens sind im Besitz von nicht einmal zehntausend Personen. Ja, daß von hierher bestimmte Interessen geltend gemacht werden, ist doch vollkommen klar. Ich möchte das alles, meine Damen und Herren, in die Erstellung eines politischen Bilanzbildes miteinbeziehen.

Wir schämen uns nicht zu sagen, daß wir in unserem politischen Wirken in erster Linie die Interessen der arbeitenden Menschen in den Betrieben, in den kleinen Bauernhöfen und die Interessen der Intellektuellen, also allerer, die von ihrer Hände und ihres Geistes

Arbeit leben müssen, vertreten. Dazu sind wir da! Sie sollten nur zugeben, daß Sie, zumindest in Ihrer bisherigen Politik, gerade die Interessen derer vertreten, die über das hinausgehen, was wir uns als Interessenvertretung zur Aufgabe gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: 2,190.000 Leute! Lauter „Kapitalisten“!*) Warum sage ich Ihnen das? Herr Dr. Withalm, angesichts der fortgeschrittenen Zeit will ich Ihnen nicht vorlesen, welcher Geist aus der Hausbesitzerzeitung, aus der „Industrie“ und anderen Zeitschriften spricht.

Es gibt zum Beispiel eine Mitteilung der Ärztekammer. Jetzt nichts gegen die Ärzte! Aber da beim Präsidenten der steirischen Ärztekammer bei all dem, was er an Forderungen der Ärzte vertritt, sicherlich auch besondere politische Ambitionen mitspielen, möchte ich es sagen. Der Herr Präsident Dr. Piaty hat es nach dieser Schrift der Ärztekammer am 15. September bei einer Versammlung der Kammermitglieder in Salzburg deutlich ausgedrückt: „Bedenken wir, daß wir eine innere politische Konstellation haben, die, theoretisch gesehen, von allen Möglichkeiten die beste ist.“ Und er sagt dann weiter: „Es gilt zu handeln, ehe die Frist um ist!“ Sehen Sie, damit ist ein Schlagwort geprägt, das charakteristisch für die politische Situation ist, in der Sie sich befinden. (*Abg. Dr. Withalm: Ich kenne ihn nicht! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Einer Ihrer Mannen!*)

Ich kann es verstehen, meine Damen und Herren: Wenn wir schon bis zum Jahre 1966 in einer gemeinsamen Regierung waren, Herr Dr. Withalm, trotz der Versuche, Ihre heutigen Fehler immer wieder in eine Verbindung mit der Zeit der entschlafenen Koalition zu bringen, eines steht aber fest ... (*Abg. Lola Solar: Machen Sie es bei der Labour Party genauso?*) Liebe Frau Abgeordnete! Es wäre ja auch interessant, einmal über die Labour Party und über die englischen Verhältnisse zu reden. Ich sage Ihnen nur das, was ich Ihnen schon einmal gesagt habe: Die englische Labour Party hat das Erbe der konservativen Wirtschaftspolitik übernehmen müssen. Aber sie hat eine Courage gehabt, meine Damen und Herren, die Sie nicht haben! Als die Labour-Regierung erkannte, was sie auf Grund einer knapp errungenen Mehrheit in ihrem Land zur Sanierung der ganzen Wirtschaft unternehmen muß, da hat sie den Mut gehabt, noch einmal vor das englische Volk hinzutreten. (*Abg. Pay: Den Mut haben Sie nicht!*) Gnädige Frau, das dürften Sie vergessen haben. Dort hat man den Menschen die Wahrheit gesagt und ihnen mitgeteilt, was man zu tun beabsichtigt. Was aber Sie seit dem 6. März machen, das

Czettel

haben Sie vor dem 6. März den Wählern ja gar nicht gesagt. Wahrscheinlich hätten Sie unter solchen Umständen in unserem Lande auch niemals die absolute Mehrheit erreichen können. Das ist nur meine persönliche Meinung und sei nur am Rande vermerkt. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Das war zeitlich ein kleiner Irrtum; aber das macht nichts!)* Aber, Dr. Withalm, mir leuchtet eines schon ein: daß Sie sich jetzt in einer unangenehmen Situation befinden; nicht weil einer unserer Sprecher versucht hat, klarzustellen, daß man mit Ihnen noch reden kann, auch als Gegner mit Ihnen noch reden kann, nein, ich glaube etwas anderes — auch das sollten wir jetzt nicht unterschätzen: Nach diesen 20 Jahren, in denen wir hier in einer gemeinsamen Regierung mit Ihnen gesessen sind, sind wir uns trotz allem, was in dieser Zeit auch an Fehlern geschehen sein mag, wohl einig darin, daß die Zeit des Wiederaufbaus mit all ihren Erfolgen, die hoffentlich heute unbestritten sind, nur durch weitestgehende Einflußnahme unsererseits als Minderheit auf das politische Geschehen möglich war. Das ist auch unbestritten. Aber eines steht fest: in dieser Zeit ist der natürliche Interessenausgleich im Haus der Gesetzgebung und in der Regierung zustande gekommen. *(Abg. Lola Solar: Hätten Sie weiter mitgearbeitet!)* Seitdem Sie allein regieren und nicht mehr diese „Bremse“ der Gemeinsamkeit in der Bundesregierung haben ... *(Abg. Glaser: Und ihr seid der Motor!)* — Herr Abgeordneter Glaser! Wenn man mit Ihnen über solche Probleme nicht diskutieren kann — es ist doch wahr, daß wir, solange wir in der Regierung waren, in vielen Fällen verhindern konnten, daß diese nackte Interessensvertretung kleiner sozialer Gruppen so brutal zum Durchbruch kam, wie das jetzt der Fall ist. So meine ich das mit der „Bremse“, die wir in politischer Hinsicht als Interessenvertretung anlegen konnten. *(Beifall bei der SPÖ.)* Heute fällt das weg, und heute stehen Sie vor der großen Gewissensfrage — ich glaube noch immer, daß es einen Sinn hat, über so etwas auch im Parlament zu sprechen —, nun im Besitz Ihrer absoluten Macht daranzugehen ... *(Abg. Dr. Withalm: Mehrheit, bitte! Nicht „Macht“!)* — Sie haben eben die Mehrheit zur Macht entwickelt. Das spüren wir doch seit einem Jahr. Warum streiten wir jetzt über Krise und Macht, wenn man im ganzen Land weiß, wie Sie diese Mehrheit praktisch gebrauchen? Ich meine, Herr Dr. Withalm, Sie stehen vor der großen Frage, ob Sie jetzt — nicht aus einer Geste der Toleranz heraus, sondern aus einem elementaren demokratischen Gewissen heraus — Wert darauf legen sollten, daß dieser Interessenausgleich, den

Sie jetzt nicht mehr in einer gemeinsamen Regierung regulieren können, hier wirksam zum Durchbruch kommt. *(Abg. Dr. Withalm: Werden wir machen!)* Eine Voraussetzung hierfür ist allerdings — meine Damen und Herren, das soll auch noch einmal gesagt werden —, daß dann das, was wir an Interessen vertreten, nicht nur hier mitunter gesagt werden, sondern in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren auch ausgetragen werden kann.

In der Regierungserklärung, Herr Bundeskanzler, haben Sie verlesen: Die Regierung „wird bemüht sein, die ihr übertragenen Aufgaben, die nicht zuletzt in der Gesetzesinitiative liegen, im Geiste der Zusammenarbeit“ — das gilt ja schon lange nicht mehr — „und im Geiste dieser Regierungserklärung nach Kräften zu erfüllen.“ Und dann sagten Sie: „Daneben wird dem Initiativrecht der Abgeordneten dieses Hohen Hauses und den Einrichtungen der direkten Demokratie in der kommenden Gesetzgebungsperiode große Bedeutung zukommen.“

Herr Bundeskanzler! Sie geht das nicht unmittelbar an — Sie könnten jetzt als Regierungschef sagen: Macht euch das im Parlament aus! Daher, meine Damen und Herren der Mehrheit: In diesem einen Jahr, in dem Sie nicht in der Lage waren, echte Ansätze für eine Strukturpolitik zu schaffen, in dem Sie nicht in der Lage waren, das Schrumpfen der Wirtschaft zu verhindern, in diesem einen Jahr, in dem Sie nicht in der Lage waren, die Preisentwicklung unter Kontrolle zu bringen, in diesem einen Jahr haben wir neben vielen anderen Anträgen 30 Initiativanträge, Herr Minister Prader, eingebracht; 30! Das ist unser Recht! Ich will mit dieser Provokation auf eine bestimmte Linie hinaus. Ich gebe zu, daß Ihnen hinsichtlich Inhalt und Gehalt bei keinem dieser Anträge etwas gefallen kann, das ist Ihr gutes Recht. Aber, meine Damen und Herren, dann erkennen Sie jetzt das, was ich, Herr Dr. Withalm, Ihnen als das demokratische Gewissen vor Augen führen wollte. Sagen Sie vor aller Öffentlichkeit — nachdem wir uns im Ausschuß nicht einigen konnten —, warum Sie gegen diese Gesetze sind. Sie haben die Mehrheit, die nimmt Ihnen im Augenblick niemand weg. Aber nur davon zu reden, Herr Dr. Withalm, was wir alles falsch gemacht hätten und wie gut Sie im letzten Jahr waren, unsere Anträge ersticken zu wollen und gleichzeitig von Demokratie zu reden, ich glaube, Herr Dr. Withalm, das ist etwas, das bezeichnend dafür ist, wie sehr Sie unter dem Einfluß jener von mir schon angeführten Interessengruppen stehen und wie schwer Sie es vielleicht selber in der eigenen Partei haben. *(Abg. Dr. Prader:*

Czettel

Reden wir darüber lieber nicht!) Aber, Herr Dr. Prader! Ihr 32 ÖAABler in diesem Haus müßt doch zu allem schweigen, was in diesem Lande gegen die Interessen der arbeitenden Menschen durchgeführt wird. Es wäre für Sie politisch sehr unangenehm, wenn Sie zu den 30 Anträgen, von denen 5 im Verfassungsausschuß, 7 im Finanz- und Budgetausschuß, 13 im Sozialausschuß, 2 im Justizausschuß, 2 im Unterrichtsausschuß und 1 im Handelsausschuß liegen, nein sagen würden. Da nehmen Sie eher den Vorwurf in Kauf, daß Sie es unter Umständen als Mehrheit nicht notwendig haben, sich mit den, wie Sie meinen, Kinkerlitzchen der Minderheit auseinanderzusetzen. Machen Sie Schluß mit den Versuchen, eine echte Willensbildung des Nationalrates und einen echten Interessenausgleich hier in diesem Hause, vor der ganzen Öffentlichkeit zu verhindern! Wir werden uns für die Erhaltung natürlicher parlamentarischer Rechte weiterhin einsetzen, nicht nur, weil wir im Augenblick selber von Nachteilen betroffen sind, sondern schon aus dem Grundsatz, weil dieses Parlament in einer für die ganze Demokratie nicht günstigen Zeit seine Rechte als Stätte der demokratischen Meinungs- und Willensbildung behalten muß.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß, wenn jetzt ein Jahr ÖVP-Regierung zu Ende gegangen ist, die Bilanz so aussieht: Das Leben der Menschen ist teurer geworden, die Arbeitsplätze sind unsicher geworden, die Arbeitsplätze sind unsicher geworden, wir haben einen Sozialstopp. Daß die Kriegsoffer jetzt ein bisschen etwas kriegen, das verdanken sie sich selbst, und wir freuen uns, daß wir Sozialisten den Kriegsoffern dabei helfen konnten, indem wir ihre Interessen hier im Parlament, so glaube ich, wirksam vertreten haben. (*Abg. Dr. Withalm: Die Rehor und der Soronicus waren nicht da?*) Diese sozialpolitische Maßnahme ist ... (*Abg. Dr. Withalm: Ich meine das in aller Bescheidenheit!*) Aber ja! Herr Dr. Withalm, ist Ihnen klar, daß der — ich darf ja nichts sagen, er war ja mein Kollege ... Wenn es in der Regierung Arme gibt, dann sind es die Leute, die vom ÖAAB kommen und die immer glauben, daß sie Interessen der arbeitenden Menschen vertreten können. Aber die vom ÖAAB setzen sich weder im Parlament noch in der Regierung durch. Das ist übrigens ihr persönliches Schicksal. Man soll es aber nicht verschweigen, wenn es darum geht, nachzuweisen, wer in diesem Hause sozialpolitische Erfolge seither und auch in diesem letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung erreichen konnte. (*Abg. Doktor Prader: Aber, Kollege Czettel! Ich werde Ihnen eine Zeitung vorlesen, wo Sie zu den Bauern in Niederösterreich schreiben: Ihr habt nichts mehr zu reden, da regiert nur mehr der*

ÖAAB! Alles kann doch nicht stimmen!) Aber, Kollege Dr. Prader, ich wollte ja nicht auf Niederösterreich zu sprechen kommen. Aber weil Dr. Leitner nun — vielleicht darf ich das als Replik anbringen — in einer, wie ich glaube, von den historischen Fakten her beurteilt sehr unrichtigen Weise die Behauptung aufgestellt hat, man wolle die Dörfer aushungern, habe ich ihn in Zwischenrufen dezidiert gefragt, wer die Dörfer aushungern wolle, und er hat gesagt: die Sozialisten.

Meine Damen und Herren! Auch dazu eine Feststellung. Ich glaube — darf ich das voraussetzen —, wir alle wissen, was in den letzten 10, 15 Jahren an Landflucht vor sich gegangen ist. Vielleicht wissen wir nicht alle, was für ein oft tragisches menschliches Schicksal in jedem einzelnen Fall damit verbunden war. Kollege Leitner, fragen Sie den Kollegen Pfeifer aus dem Hollabrunner, aus dem Haugsdorfer Bezirk, fragen Sie den Kollegen Haas aus dem Gmündner Bezirk, fragen Sie die Horner, die Waidhofener Kollegen: wenn es heute tote Dörfer nicht nur an der Grenze, sondern 25 km von der Donau nordwärts gibt, wenn es heute ausgehungerte Dörfer in diesem Lande gibt — ja wer war denn bisher für die Agrarpolitik und für alles, was damit zusammenhängt, verantwortlich? Sie haben, wenn man schon so reden will, mit Ihrer bisherigen Politik diese Dörfer zum Aushungern gebracht. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich in dem gleichem Jargon antworte. Wir wissen schon, daß in den nächsten zehn Jahren auch noch ungefähr 200.000 Menschen die Dörfer verlassen werden. Von 1951 bis 1961 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft von etwa 1,1 Millionen, glaube ich, auf 750.000 gefallen. Die Statistik entwickelt ein Bild, wonach bis zum Jahre 1975 mindestens weitere 200.000 Menschen die Dörfer verlassen werden. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Nicht die Dörfer, die Landwirtschaft verlassen!*) Aber das ist doch oft im Laufe eines kurzen Zeitraumes identisch, Kollege Dr. Leitner! Soll ich Ihnen allein aus einem Industriebezirk nachweisen, wie viele aus den Dörfern in die Industriestädte gezogen sind, Menschen, um die sich dann nicht Ihre Partei gekümmert hat, sondern in vielen Fällen die sozialistisch verwalteten Städte und Betriebe, in denen die soziale Wohlfahrt tatsächlich zum echten Bestandteil der Politik geworden ist? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich meine nur, meine Damen und Herren — und damit möchte ich zum Schluß dieser Charakterisierung des einen Jahres der ÖVP-Politik kommen —: Gewiß, wir sind hier die Minderheit; gewiß, Sie werden weiterhin nur mit der Drohung: Wenn Sie nicht mit uns machen!, Sabotieren Sie nicht weiter!, arbeiten

Czettel

können, und Sie können noch zehn Staatssekretäre in diese Regierung nehmen. Wenn Sie mit uns rechnen wollen, will ich Ihnen das sagen, was ich Ihnen schon bei einer Fernsehsendung gesagt habe. Wir haben kein Interesse an einer Wirtschaftskrise, denn wir wissen: Die Folgen einer solchen Entwicklung werden wieder nur die Arbeiter und die Angestellten, die Kleinbauern und Gewerbetreibenden spüren. Glauben Sie nicht, daß die Erinnerung an all das, was die ältere Generation in den dreißiger Jahren mitgemacht hat und was wir Jüngere vielleicht nur mehr aus der Kinderzeit kennen, noch wach ist? Glauben Sie wirklich, daß wir damit spekulieren, vielleicht vor dem Jahre 1970, vor den nächsten Wahlen darauf hinweisen zu können, daß Sie abgewirtschaftet haben? Wo es um Dinge geht, die wir vertreten können, wo es nachweislich darum geht, die Arbeitsplätze zu sichern und zumindest im Rahmen einer geplanten Politik die unausbleiblichen Härten einer Umstrukturierung durch eine, wie wir glauben, aktive Arbeitsmarktpolitik, die wir auch schon beantragt haben, auszugleichen, nicht in ihren Härten wirksam werden zu lassen, überall dort, meine Damen und Herren, werden Sie mit uns rechnen können. Aber nicht, wenn Sie befehlen, sondern wenn Sie, wie es einer Demokratie entsprechen würde, rechtzeitig mit Ihren Vorschlägen zu uns kommen und wenn Sie auch bereit sind, das, was wir im Interesse der arbeitenden Menschen beantragen, zu respektieren und zu berücksichtigen. Ich bin überzeugt, daß wir, wenn Sie wollen, gemeinsam verhindern können, daß eine Krise hereinbricht. Wir haben nur vor diesem Hereinbrechen gewarnt, und wenn man jetzt nur heruntüftelt und sagt, das Wort Krise hätte schon eine Hysterie erzeugt, dann sage ich: Es ist besser, rechtzeitig vor dieser Entwicklung zu warnen, als nur aus Prestige- und Eitelkeitsgründen die Entwicklung laufen zu lassen und nichts dagegen zu unternehmen.

Wir Sozialisten sind nun auch in diesem zweiten Jahr, das der Regierung Klaus bevorsteht, nicht nur bereit, als Minderheit wie bisher die Interessen derer, die uns gewählt haben, zu vertreten, sondern wenn es darum geht, Österreich weiterhin zu dienen, kann Österreich so wie bisher auf die Sozialisten dieses Landes rechnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Leisser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Leisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin vorher einer „Umstrukturierung“ der Rednerliste

unterworfen worden. Es war meine Schuld. Ich bitte daher um Entschuldigung für diesen Lapsus, den ich begangen habe.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat gesagt, es sei für ihn merkwürdig, daß jetzt, wo ein neuer Staatssekretär bestellt werde, weiß Gott welches Aufsehen gemacht würde, früher sei das nicht der Fall gewesen. Früher war das eben sicher anders, denn die Staatssekretäre der früheren Zeit, ob rechts oder links, waren Abgesandte ihrer Partei, die als Inspektoren für ihre Partei in den betreffenden Ministerien saßen. Heute aber führen die Staatssekretäre doch ihre Aufgabe der Verfassung gemäß durch. Und daher können sie mit bestimmten Aufgaben betraut werden. So ist es auch in diesem Falle richtig.

Wenn heute anlässlich der Bestellung eines Staatssekretärs, der die strukturpolitischen Maßnahmen koordinieren soll, eine Debatte abgehalten wird, so wäre es sicherlich zweckmäßiger gewesen, sich mehr mit den Fragen der Struktur und Strukturpolitik zu befassen. Dann wäre vielleicht auch die ganze Debatte nicht so scharf und nicht so hart geworden.

Ich glaube, ich bin der letzte Redner der Österreichischen Volkspartei. Ich glaube es zumindest. (*Abg. Dr. Kleiner: Hoffen wir! — Heiterkeit.*) Dasselbe gilt wohl auch von unserer Seite aus, wenn Redner Ihrer Fraktion noch entsandt werden, Herr Abgeordneter Dr. Kleiner. Ich habe niemals ein großes Verlangen darnach gehabt, vielleicht ein Starredner meiner Partei zu sein. Aber ich will Ihnen das eine sagen: Ich komme aus der Kommunalpolitik und weiß, daß man immer mit den anderen reden muß und daß man immer berücksichtigen muß, was der andere denkt. Nur dann werden wir zu einer positiven Politik kommen. Ich glaube, daß die Strukturpolitik eine Politik ist, die uns alle in diesem Parlament angeht, daß sie nicht nur Sache einer Partei ist, sondern Sache aller drei Fraktionen, die in diesem Hause vertreten sind. Es ist nun einmal so, daß jede rasch und anhaltend wachsende Wirtschaft ihr Gefüge ändert, und Gewicht und Bedeutung der einzelnen Bereiche, Zweige und Sparten verlagern sich unvermeidlich, und ein erfolgreicher Ablauf dieses Anpassungsprozesses ist die entscheidende Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und steigenden Lebensstandard. Wenn wir diese Anpassung hemmen oder unterbinden, wird auch das Wirtschaftswachstum langsamer werden.

Daher sind Strukturprobleme Fragen, die sich aus notwendigen Anpassungen längerfristiger Änderungen der wirtschaftlichen Grundlage ergeben. Julius Raab hat die Sache einmal so formuliert: Strukturpolitik ist für

Leisser

mich Wirtschaftspolitik auf längere Sicht, die alle Möglichkeiten und Gefahren zu berücksichtigen trachtet. Sie verzichtet darauf, durch angenehme kurzfristige Maßnahmen populär zu sein, sondern will statt Popularität einen bleibenden Erfolg haben.

Das Problem ist ja nicht neu, und ich darf doch sagen, daß sich unsere Partei immer bemüht hat, die Fragen einer gesunden Wirtschaftspolitik besonders zu beachten, ob es die Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nach dem Krieg war (*Zwischenruf des Abg. Moser*) oder die Zeit des zunehmenden Wohlstandes, als man mit Recht vom österreichischen Wirtschaftswunder gesprochen hat, oder ob es dann die wirtschaftspolitisch notwendigen Maßnahmen gewesen sind, die mit dem Staatsvertrag verbunden waren, und die Maßnahmen der Zeit nachher, immer war doch die ÖVP bereit, die Verantwortung zu tragen, und sie hat sich nicht gescheut, die Worte von Julius Raab, die ich soeben zitiert habe, auch in die Tat umzusetzen. Diese Worte sind für uns auch heute noch aktuell: Wirtschaftspolitik auf längere Sicht zu betreiben und darauf zu verzichten, durch angenehme kurzfristige Maßnahmen Popularität zu erhaschen, sondern vielmehr den bleibenden Erfolg anzustreben.

Sicherlich sind in den letzten Jahren unter den politischen Verhältnissen bis 1965 manche Strukturfragen offengeblieben. Sie sind nun angesichts der internationalen Wirtschaftslage schwieriger zu lösen als früher. Trotzdem aber werden wir diese Aufgaben mit Mut angehen, wenn sie auch mit schweren Hypotheken aus den letzten Jahren der Koalition belastet sind.

Ich möchte kurz darlegen, daß meine Partei doch immer die Verantwortung gesehen hat und sich auch nicht scheute, die Öffentlichkeit über die notwendigen Lösungsversuche zu informieren. Was andere erst später entdeckt haben, war für uns doch immer eine Selbstverständlichkeit. Die Wirtschaft hat nun einmal ihre eigenen Gesetze, und man kann ihnen nicht auf die Dauer ungestraft zuwiderhandeln. Es ist erforderlich, ständig die Hand am Puls des wirtschaftlichen Geschehens zu haben und die jeweiligen Notwendigkeiten in den Griff zu bekommen.

Mit den strukturellen Problemen müssen sich alle Industrieländer auseinandersetzen; das ist keineswegs bloß eine österreichische Spezialität. Ursachen, Ausmaß und Schwerpunkte der österreichischen Strukturprobleme sind in den letzten Jahren wiederholt in umfassenden und gründlichen Arbeiten untersucht und auch dargestellt worden. So etwa vom Wirtschaftsforschungsinstitut, von vielen Wirtschaftswissenschaftlern und nicht zuletzt auch in den Arbeitskreisen meiner Partei, wo

sich Wissenschaftler mit Politikern gemeinsam über die Aufgaben beraten haben, die zu bewältigen sind.

Art und Ausmaß der notwendigen Struktur- anpassungen sind demnach sicherlich bekannt. Der Herr Bundeskanzler hat die Öffentlichkeit über die Arbeit des Ministerkomitees für Raumordnung und die notwendigen längerfristigen strukturpolitischen Maßnahmen wiederholt informiert. Ich darf auch an die Rede unseres Generalsekretärs Dr. Withalm erinnern, die er heute schon erwähnt hat, und zwar an die Rede vom 9. September 1966 in diesem Haus, in der er auf das Beispiel England hingewiesen hat, wozu Sie, meine Damen und Herren von der Linken, in Zwischenrufen damals sicherlich gemeint haben, daß wir zu schwarz sehen und zu schwarz malen oder daß wir die Dinge nicht in das richtige Lot brächten. Wir haben damals nur pflichtgemäß die Öffentlichkeit über die Tatsachen informiert. Jetzt lesen wir auch in den Publikationen der anderen Parteien Entsprechendes, und daraus ersehen wir, daß auch sie inzwischen dieses Problem in seiner Bedeutung erkannt haben.

Ich schlage Ihnen vor: Sehen wir die Dinge doch realistisch! Nicht abschwächen, nicht kaschieren, aber auch nicht übertreiben, auch nicht schwarzmalen! Meine Damen und Herren! Sie werden nicht ungehalten sein, wenn ich Ihnen aus diesem kleinen Heftchen von Fritz Klenner „Die sozialistische Alternative“ ein paar Worte vorlese. Da schreibt er auf Seite 59: „Der SPÖ haftet das Odium an, die bessere Partei für schlechtere Zeiten zu sein. Das mag auch daran liegen, daß wir allzuviel schwarzmalen und zu wenig positive Haltung zeigen. Jedenfalls müssen wir bemüht sein, uns als die richtige Partei für jede Zeit zu empfehlen.“

Meine Damen und Herren! Bedenken Sie das! Es ist auch für uns als Angehörige der ÖVP von Bedeutung, uns diese Worte zu Gewissen zu nehmen. Die ÖVP-Regierung hat die Probleme immer erkannt und sich auch nicht vor Maßnahmen gescheut. Ich will auf einen Artikel unseres Generalsekretärs im „Volksblatt“ vom 20. August 1966 hinweisen, in dem er feststellte, daß es an Mut zur Strukturpolitik seitens der Regierungspartei nicht fehlen werde. Wir sind uns darüber auch im klaren, daß die Wirtschaft weitgehend auch eine Rechenangelegenheit ist, und daher sind wir überzeugt, daß die Bevölkerung einem Abwägen echter Argumente und nüchterner Daten mehr Verständnis entgegenbringen wird als Demagogie und Romantik.

Auch bei unseren parteiinternen Beratungen am Semmering haben wir uns in einem Arbeitskreis mit dem Thema Strukturpolitik be-

Leisser

schäftigt. Gemeinsam mit unseren Fachleuten haben wir die Situation analysiert und uns über die bisher geleisteten und die in Zukunft notwendigen Maßnahmen eingehend beraten.

Ich möchte mich nun, weil die Zeit schon so weit vorgeschritten ist, kurz einem anderen Thema zuwenden und ein Gebiet behandeln, das zweifellos auch zum Bereich der Strukturpolitik gehört. Es ist heute selbstverständlich, die Bildungspolitik zum Bereich der Infrastruktur zu zählen, denn hier werden die Voraussetzungen geschaffen, die eine Ausnützung der wirtschaftlichen Kapazität des Landes ermöglichen. Wir sind in den kommenden Jahren vor ganz entscheidende Probleme gestellt, die uns sicherlich die größten Schwierigkeiten und Aufgaben auferlegen werden. Denken wir nur an die zunehmende Zahl der Geburten. Wir werden im Jahr 1985 150.000 Kinder haben. Bedenken wir, daß etwa 20 Prozent der 10- bis 18jährigen einmal höhere allgemeinbildende Schulen und mittlere und höhere Schulen besuchen werden. Das werden bis zum Jahre 1980 zusammen 235.000 Kinder sein. Wir haben heuer schon ein Klassendefizit von 800 Klassen, was Baukosten von 1,2 Milliarden Schilling entspricht. 1970 werden 6360 Klassen fehlen, und 1975 wird das Klassendefizit schon auf 4180 ansteigen. Ähnliches erleben wir auf dem Sektor der Hochschulen. Auch die Zahl der Hochschüler wird steigen. 1975 werden es 70.000 sein und 1980 75.000. Denken wir an den großen, unermesslichen Finanzbedarf, den gerade die Schulfrage von uns erfordern wird. Sicherlich können wir uns gerade in Niederösterreich ehrlich und redlich freuen, daß, glaube ich, nur mehr ein Bezirk vorhanden ist, in dem es keine höhere Schule gibt; das ist der Bezirk Lilienfeld.

Wir müssen also doch sagen, daß das Unterrichtsministerium etwas getan hat, daß es im Bereich der Bildungspolitik sehr viel geleistet hat. Die wirtschaftlichen Anstrengungen, die unternommen werden müssen, alle diese Probleme zu bewältigen, werden gewaltige Anforderungen stellen. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Schaffung der Voraussetzungen dieser Bildungspolitik ist von größter Bedeutung für unsere Jugend und damit für unsere Zukunft.

Ein kurzes Wort noch von mir als Waldviertler Mandatar. Ich habe in der letzten Fragestunde aus dem Munde des Herrn Unterrichtsministers gehört, daß die Regierung sehr bemüht ist, den Protonenbeschleuniger des CERN nach Göpfritz an der Wild zu bekommen. Die Voraussetzungen in Niederösterreich, im Waldviertel, sind zweifellos besonders geeignet und gut. Es müssen daher

alle Bemühungen unternommen werden, um dieses für die Struktur des Waldviertels so entscheidende Projekt auch wirklich zu gewinnen.

Wir haben es erreicht, daß der Amtssitz der UNIDO nach Wien kam — ein beachtlicher Erfolg. Er zeigt, daß die Bundesregierung für ihre Bundeshauptstadt eintritt. Wir im Waldviertel dürfen wohl auch erwarten, daß sich derselbe Einsatz auch im Bereich des Waldviertels durchsetzt. Ich weise auf die Entschließung des Nationalrates anlässlich der Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1967 hin, und ich bin sicher, daß von unseren Stellen im Ausland und auch im Inland alles getan wird, um auch dem Waldviertel zu helfen. Wenn der Herr Staatssekretär Dr. Koren auch dieser Frage sein besonderes Augenmerk zuwenden wird, so werden wir das im Waldviertel dankend anerkennen.

Wir ersuchen und fordern die Opposition auf, mit uns zu arbeiten, und ich bin überzeugt, daß der Herr Staatssekretär jede Bemühung der Opposition begrüßen wird, wenn sie dazu angetan ist, das gemeinsame Wohl unseres Staates zu fördern.

Wir stellen fest, daß es auch die Herren des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der letzten Zeit bei verschiedenen Anlässen begrüßen, daß ein Mitglied der Bundesregierung den Auftrag erhielt, die Fragen der Strukturpolitik zu koordinieren. Diese Bestellung soll freilich nicht nur eine optische Bedeutung haben. Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist berufen und auch imstande, Vorschläge zu machen, und wir glauben, daß diese Vorschläge auch gehört und befolgt werden sollten.

Die Strukturpolitik muß unser gemeinsames Anliegen sein. Stellen wir nicht Prioritätsfragen in den Vordergrund, debattieren wir nicht endlos darüber, wen die oder jene Schuld trifft. Die Regierungspartei soll fruchtbare Vorschläge der Opposition bedenken und sie mit ihr beraten, und auch die Opposition möge die Bemühungen der Bundesregierung und der Regierungspartei anerkennen. Wir wissen, daß es keine *oeconomia perennis* gibt und daß auch hier das Wort von Heraklit gilt: *panta rhei*. Aber ich sage auch ganz klar, daß nicht nur der Staat aufgerufen ist. Denken wir dabei an das Wort des Dichters Hölderlin im *Hyperion*: Immer hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.

Die Entscheidungen, auch in wirtschaftlichen Fragen, wurzeln letztlich darin, was wir uns unter Freiheit und unter Würde des Menschen vorstellen. Daher ist zur Lösung der strukturellen Probleme neben dem Staat auch der einzelne Mensch, ob selbständig oder unselbständig, aufgerufen. Wir leben in einer

Leisser

Zeit, die Menschen braucht, die bereit sind, Verantwortung zu tragen, Risiken einzugehen, neue Ideen zu finden und sie auch zu verwirklichen.

Wir wünschen dem neuen Staatssekretär bei seiner Arbeit viel Erfolg. Wir wissen, daß er die notwendigen Voraussetzungen und Fähigkeiten besitzt, und zweifeln nicht an seinem Willen und Willen, die ihm auferlegten Probleme im Sinne aller Österreicher zu lösen. Belasten wir ihn nicht mit Hypotheken, die er gar nicht zu tragen hat. Wir als Mitglieder des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes sehen darin nicht in erster Linie ein bündisches Problem, sondern wir sehen darin eine Aufgabe unserer Partei.

Wenn der Abgeordnete Peter gesagt hat, daß die Berge der ÖVP kreißen, so darf ich, lieber Freund, das eine sagen: Der zweite Teil dieses lateinischen Sprichwortes wird sich nicht erfüllen: *Nascetur ridiculus mus.* — Es wird keine lächerliche Maus geboren werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (*Abg. Dr. Gorbach: Er hat ein blaues Buch!*) Nein, das blaue Buch hat mein Vorgänger. Er hat das „Umdenken tut not“ vergessen. Ich hoffe, daß der Kollege mit seiner Ankündigung, daß nicht eine lächerliche Maus geboren worden ist, die Betonung nicht auf das Wort „lächerlich“ legt, und meint: aber eine Maus wird geboren. Denn Ihr allerdings nicht übersetztes „panta rhei“ heißt eigentlich: „Alles fließt“. Nur glaube ich, daß bei uns gerade die groß angekündigte Regierungs-umbildung nicht geflossen ist, sie ist stecken-geblieben.

Ich möchte aber, bevor ich darauf komme, doch noch ein Wort dem neuen Herrn Staatssekretär Dr. Koren sagen. Ich möchte ihn bitten, er möge die stundenlange Debatte, deren Ursache er ist, deren geschäftsordnungsmäßiger Anlaß er ist, nicht überschätzen und nicht der Meinung sein, daß sich nun wirklich alles um seine Person hier dreht. Ich befürchte fast, daß man in den nächsten Monaten sehr wenig über ihn sprechen wird. Er wäre der erste Staatssekretär, der durch eine besondere Tätigkeit irgendwie in der Regierung auffallen würde. Alles, was auf diesem Gebiet bisher angekündigt worden ist, war in der monocoloren Regierung um nichts besser als in früheren Zeiten.

Ich bin aber überhaupt der Ansicht, daß diese lange Debatte verfrüht war. Eigentlich hätte sich als erster der Herr Bundeskanzler

zu Wort melden müssen. Er hätte nicht nur ankündigen müssen, daß darauf bestanden wird, daß seine Worte im Rundfunk übertragen werden. Er hätte zunächst einmal seine sehr lakonische geschäftsordnungsmäßige Mitteilung an das Parlament etwas näher ausführen müssen. Immerhin ist die Regierung in einem wenn auch nur ganz geringfügigen Umfange verändert worden.

Ich glaube, daß es sich in einem solchen Fall gehört hätte, daß der Regierungschef einige Worte darüber verliert, was er damit bezweckt, warum er die von ihm selbst in Aussicht gestellte Regierungsumbildung nicht durchführt und was er mit der nun geringfügigen Umbildung verfolgt. Nicht, daß er zuerst eine Debatte abwartet wie bei einer Regierungsvorlage — immerhin ist der Herr Staatssekretär nicht mit einer Regierungsvorlage vergleichbar —, um dann das Schlußwort zu ergreifen. Denn, Herr Bundeskanzler, ich hoffe, es ist niemand enttäuscht, wenn Sie dann nichts sagen; dann werden Sie uns oppositionell nicht enttäuschen. Aber wenn Sie was sagen, dann geht doch die Debatte wieder von vorne los. (*Abg. Minkowitsch: Ist das eine Drohung?*) Nein, Herr Kollege, das ist keine Drohung, sondern eine Feststellung. Ich meine nur, der Herr Staatssekretär sitzt mit dem „schwarzen Gwand“ da wie ein Firmling, und der Firmgöd hat ihn uns noch nicht vorgestellt. Ich glaube, das wäre eine Voraussetzung gewesen.

Ich möchte so furchtbar gerne wissen, was der neue Staatssekretär zu tun hat, denn dies ist uns bisher noch mit keinem Wort mitgeteilt worden. Ich habe es schon einmal einem anderen Minister gesagt, daß ich es ablehne, alles aus der Tageszeitung zu erfahren. Das ist ein neuer Stil der Regierung Klaus, den ich persönlich in 15 Jahren hier nie kennengelernt habe. Ich habe nicht aus Presseaussendungen, aus Tageszeitungen das zu erfahren, was die Regierung vorhat, sondern ich glaube, es ist ein Gebot des Anstandes, aber auch parlamentarischer Grundsätze, daß eine Regierung ihre Absichten im Haus zur Diskussion stellt und dann erst damit an die Öffentlichkeit tritt. (*Zwischenrufe des Abg. Probst.*)

Bis zur Stunde, bis zur Minute weiß in diesem Haus niemand etwas Näheres. Herr Bundeskanzler, ich darf Sie also jetzt hier einladen, Ihr Schweigen zu brechen. Da sitzt ein Herr am linken Flügel, bei dem wir annehmen: es ist der Herr, von dem Sie mit zwei Zeilen mitgeteilt haben, daß ein Herr Doktor Koren in die Regierung berufen worden ist. Aber wir erwarten, daß Sie einmal sagen, was dieser Herr zu tun hat — entschuldigen

Zeillinger

Sie (*zu Staatssekretär Dr. Koren*), es ist nicht gegen Sie gerichtet —, was dieser Herr, den keiner von uns hier näher kennt, eigentlich im Hause soll. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, das hätte zum Beginn der Diskussion gehört. Daß es nicht geschah, ist ein weiterer Beweis für die Einstellung der Regierung Klaus — oder des Zweigespannes Klaus-Withalm. Es wird ja Wert darauf gelegt, daß Sie beide immer beteiligt sind an all diesen Taten. Das ist die Einstellung des Zweigespanns Klaus-Withalm, seitdem Sie die absolute Mehrheit haben. Es ist unser Recht, daß wir feststellen: Wir waren bisher andere Formen gewohnt und glauben, daß man die demokratischeren Formen beibehalten soll.

Es ist heute sehr viel zitiert worden, von der Regierungspartei am meisten die „Volksstimme“. Man hört irgendwo gesprächsweise — ich weiß nicht, ob es in der „Volksstimme“ gestanden ist, ich habe sie nicht gelesen, zum Unterschied vom Herrn Generalsekretär Withalm möchte ich sie hier auch nicht zitieren —, daß Sie, Herr Staatssekretär, irgendwelche Koordinierungsaufgaben in der Regierung haben. Da gibt es auch sehr viel zu tun. Denn, Herr Staatssekretär, ich darf Ihnen versichern: Von dem, was hier gesprochen worden ist, ist nur ein Bruchteil wahr. Ich möchte Sie einladen, nicht nur die Protokolle zu lesen, sondern sich von den Ausschußvorsitzenden auch einmal erzählen zu lassen, was wirklich diskutiert worden ist. Denn von dem vielen Weihrauch, der heute hier von den Regierungssprechern der Tätigkeit der Regierung Klaus im ersten Jahr gestreut worden ist, war, um nur ein Beispiel zu bringen, bei dem Hearing, das der Unterausschuß des Rechnungshofausschusses mit den Organen verschiedener verstaatlichter Unternehmen durchführte, keine Rede. Es gab bitterste Vorwürfe wegen mangelnder Koordination, die Feststellung der verantwortlichen Direktoren, daß es um nichts besser geworden ist, seitdem Klaus Kanzler ist, die bittere Feststellung, daß die Existenzfrage für Betriebe gestellt worden ist. Das alles hat der Herr Generalsekretär vergessen. Herr Generalsekretär Withalm, Sie lesen viel zuviel die „Volksstimme“ und hören zuwenig, was die verantwortlichen Direktoren hier im Hause sagen. Sie haben nämlich gesagt: Seit Jahren wird uns die Existenzfrage gestellt. Meine Herren, planen Sie nicht mehr länger! Wenn diese Pläne, die Sie uns in Aussicht stellen, nicht bald kommen — wörtlich sagte das einer der Generaldirektoren im Ausschuß —, dann finden Sie nur mehr Leichen, die Betriebe nur mehr als Leichen vor.

Das, meine Herren, gehört zur Bilanz! Ich darf also den Herrn Staatssekretär darauf

aufmerksam machen. Es würde zuweilen führen, es würde Ihre Installation heute geradezu verhindern, wenn wir all das aufzählten, was in diesen letzten Monaten hier im Hause an Bitternissen aufgezeigt worden ist. Da Sie noch kein Praktiker des Parlaments sind, darf ich Sie also einladen, sich auch darüber zu erkundigen, was tatsächlich gesprochen worden ist. Sie dürfen nur einen Bruchteil von dem glauben, was das zweite Pferd im Zweigespann Klaus hier heute mitgeteilt hat.

Die Simmering-Graz-Pauker-Werke haben sich bitter beklagt: Sie wissen nichts, sie können nicht vorausplanen, sie können nicht investieren, sie wissen nicht, welche Aufträge gegeben werden. Und wir hören auch aus der Privatwirtschaft die gleichen Klagen.

Niemand weiß, was im nächsten Jahr wofür ausgegeben wird, wofür die Mittel eingesetzt werden. Vernünftige Investitionen sind nicht möglich. Es könnte sein, Herr Staatssekretär — der Herr Bundeskanzler hüllt sich ja in Schweigen —, daß Sie mit dieser Aufgabe betraut werden. Dann, Herr Bundeskanzler, dürfen Sie sich allerdings nicht wundern, daß, wenn Sie erst nachher die Katze aus dem Sack lassen, die Debatte darüber losgeht. Denn dann werden wir darüber diskutieren und werden dem Herrn Staatssekretär die Meinung sagen, die, wie wir glauben, für seine Amtsführung notwendig ist.

Wenn Sie aber, Herr Bundeskanzler, die Absicht haben, den Herrn Staatssekretär genauso zu einer Figur Ihres Kabinetts zu machen wie die anderen Staatssekretäre — das heißt zu einem Staatssekretär, der hier sitzt, wenn Sie oder die anderen Minister keine Zeit haben, der aber im übrigen nichts zu reden hat —, dann wird die Debatte nach Ihrer Erklärung beendet sein. Es wird also notwendig sein, zu erfahren, was Sie eigentlich vorhaben: Soll er wirklich ein Staatssekretär werden, der etwas arbeitet — das wäre immerhin eine Neueinführung —, oder soll er die Rolle der bisherigen Staatssekretäre fortsetzen? (*Heiterkeit. — Abg. Minkowitsch: Das ist aber kein Dienst an der Demokratie!*) Was, Herr Kollege? (*Abg. Glaser: Das, was Sie da verzapfen!*)

Es ist ganz merkwürdig: Wenn man Dinge sagt, die Ihnen nicht angenehm sind, dann ist das „kein Dienst an der Demokratie“! (*Abg. Glaser: Nein!*) Wieso nicht, Herr Kollege Glaser? (*Abg. Libal: Nicht nervös werden, Kollege Glaser!*) Sie können es doch nicht bestreiten! Wo ist der großangekündigte Staatssekretär Gruber, von dem gesagt wurde, daß er alle möglichen Wunder wirken wird?

Zeillinger

Zumindest bis heute haben wir nichts davon bemerkt. Ich hätte das nicht festgestellt, wenn Sie mich nicht durch einen Zwischenruf provoziert hätten. Was hat er bisher geleistet, außer daß er abwesende Minister oder den Kanzler hier auf der Regierungsbank vertreten hat? Sie können doch wirklich nicht behaupten, daß die Staatssekretäre in dieser Form eine Notwendigkeit sind. Da darf ich wieder, Herr Kollege, sagen: Lesen Sie doch ein bißchen die Zeitungsausschnitte! Ich möchte die Sitzung nicht damit verlängern. Das ist nicht nur die Meinung der Opposition, das ist auch die Meinung Ihrer Zeitungen und die der Ihnen zweifellos nahestehenden unabhängigen Zeitungen, die auch der Ansicht sind, daß man mit Staatssekretären allein nicht eine Politik vortäuschen kann.

Das hat mit Dienst an der Demokratie nichts zu tun, Herr Kollege! Demokratie besteht darin, daß man seine Meinung frei äußern kann und angehört wird. (*Abg. Steininger: Jawohl!*) Wir haben uns eure Meinung angehört, ich habe den ganzen Weihrauch riechen müssen, den Sie jetzt hier stundenlang der Regierung Klaus gestreut haben. Erlauben Sie mir, daß wir sagen: Wir sehen die Dinge etwas anders! (*Abg. Glaser: Der Weihrauch ist immer noch besser als der stinkende Rauch von euch!*) Herr Kollege! Ich möchte jetzt keine Diskussion über den Weihrauch auslösen, wenn Sie mich jetzt auf das Gebiet der Kirche locken wollen. Dahin möchte ich mich nicht begeben, weil ich mich gegen eine Debatte darüber wehre, wer von uns der bessere Katholik ist. Aber auch über die Frage der Ausdünstungen möchte ich jetzt keine Debatte auslösen. Ich möchte es mir ersparen, meine Meinung über deine Ausdünstungen zu sagen (*Abg. Libal: Ein Bumerang!*), und möchte dich ersuchen, deine Meinung über meine Ausdünstungen hier nicht zu äußern. Mit solchen Ausführungen würden wir die Sitzung meiner Meinung nach nicht vereinfachen.

Aber wenn du, lieber Kollege Glaser, das Stichwort „Demokratie“ gibst, dann ist es vielleicht doch notwendig, das eineoderandere Wort zu sagen.

Es hat zum Beispiel der Bundeskanzler — das wird ja nicht abgestritten werden — noch vor wenigen Monaten, vor drei, vier Monaten, die Regierungsumbildung sehr groß angekündigt. Das war also im Dezember. Da gab es in allen Zeitungen Schlagzeilen. Ich habe nicht die „Volksstimme“ mit, ich verweise auf die „Salzburger Nachrichten“, den „Kurier“, also Zeitungen, die sicher nicht von vornherein gegen die Regierung eingestellt sind.

Es ist allgemein die große Regierungsumbildung sozusagen als Entlastung für gewisse unangenehme Vorgänge, die hier im Parlament waren, angekündigt worden. Es ist ja nicht angenehm, wenn einem Minister das Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt vorgeworfen wird und die ÖVP-Mehrheit jede Untersuchung verhindern muß. Dann ist es eine Entlastung, wenn man sagt: Wir werden ohnehin eine Regierungsumbildung vornehmen. Man hat, wie Sie alle wissen, verschiedene Kombinationen angestellt. In den Zeitungen konnte man schon lesen, wer aller ausgewechselt werden soll. Das war — das möchte ich ruhig sagen — ein geschickter Trick. Das hat die Opposition im Moment bis zu einem gewissen Grad zu einer ruhigeren Gangart gebracht, weil man gesagt hat: Wenn der Kanzler jetzt darangeht, die Regierung umzubilden, so ist es auch Dienst an der Demokratie, wenn man die oppositionelle Gangart dementisprechend temperiert, wenn man ihm also Gelegenheit gibt, die vielleicht auch von ihm festgestellten Schwächen der Regierung durch Auswechslungen zu beheben.

Allerdings dürfen sich die Regierungspartei und die Regierung nicht wundern, wenn wir jetzt feststellen müssen, daß die angekündigte Regierungsumbildung ausgeblieben ist und offensichtlich — wir werden ja heute vom Herrn Bundeskanzler darüber etwas hören — auch ausbleiben wird. Das, was er in Aussicht gestellt hat, hat ungefähr den Wert eines Regierungsprogramms: es geschieht also einfach nichts. In diesem Fall müssen wir das also zur Kenntnis nehmen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das war der Ausgang einer Hermann-Schlacht! — Heiterkeit.*) Das war der Ausgang einer Hermann-Schlacht! Wir werden uns selbstverständlich darauf einstellen.

Ich kann Ihnen aber versichern: Mit dem seinerzeitigen Hinweis „Wir werden umbilden“, worauf wir eine ruhigere Gangart eingeschlagen haben, und der jetzigen Tatsache „Wir bleiben doch beim alten System“ ist die Sache nicht abgetan! Damit löst der Bundeskanzler die Diskussion über all die Dinge, über die jetzt in Erwartung der Regierungsumbildung einige Wochen nicht gesprochen worden ist, erneut aus, er erzwingt sie ja geradezu wieder, wollen wir nicht als diejenigen dastehen, die zwar etwas aufrollen, aber nicht weiter auf der Verfolgung bestehen.

Wenn der Herr Bundeskanzler der Ansicht ist, es genüge, den einzigen nicht bestrittenen Staatssekretär, nämlich Taus, dem man überhaupt nichts nachsagen kann, der einige hoffnungsvolle Äußerungen in den Ausschüssen getan hat, im übrigen aber keine Gelegenheit mehr hatte, in Erscheinung zu treten, auf eine

Zeillinger

andere Position zu versetzen, dann darf ich im Namen der freiheitlichen Opposition sagen: Das ist unserer Ansicht nach nicht nur nicht die in Aussicht gestellte Regierungsumbildung, es ist auch nicht eine genügende Regierungsumbildung, welche etwa geeignet wäre, das Abgeordnetenhaus wieder zu einer sachlicheren Arbeit zurückkehren zu lassen. Es ist uns Oppositionellen genauso unangenehm, wenn wir immer wieder von unerfreulichen Dingen, von Korruption, von Mißbrauch der Amtsgewalt und von ähnlichen Dingen, sogar von Unterschleifen, reden müssen. Wir würden auch viel lieber in sachlicher Form zu Gesetzen Stellung nehmen.

Statt dieser angekündigten Regierungsumbildung haben wir also nun gehört, daß es der Herr Bundeskanzler für richtig befunden hat, in Übereinstimmung mit seinem zweiten Zugpferd die Regierung in der bisherigen Form zu belassen und sich lediglich einen weiteren Staatssekretär in der Person des Herrn Doktor Koren zur Unterstützung beizugeben. Immerhin ist der „Unterstützungsverein der Staatssekretäre“ damit in der Regierung wieder auf den alten Stand gebracht worden.

Ziehen wir Bilanz, so sind Sie, Herr Staatssekretär, eigentlich alles, was von dem übriggeblieben ist, was der Herr Bundeskanzler im Dezember — nicht hier, aber vor allem in der Öffentlichkeit, in einer Pressekonferenz — in Aussicht gestellt hat. Sie sind also das Ergebnis all der Hoffnungen, und Sie dürfen es nicht übelnehmen — das hat nichts mit Ihrer Person zu tun —, wenn nun ein Teil des Hauses natürlich enttäuscht ist, wenn wir feststellen, daß Sie nun die gesamte Regierungsumbildung repräsentieren, sozusagen der „Regierungsumbildungsrepräsentant“ sind. (*Heiterkeit.*)

Die Tatsache, daß hier ein neuer Herr — „Taus gab ich für Koren“ —, ein neuer Staatssekretär sitzt, ist verständlicherweise zum Anlaß einer Debatte genommen worden. Darum habe ich gesagt: Sie sind nur der geschäftsordnungsmäßige Anlaß, über „ein Jahr Regierung Klaus“ zu sprechen. Selbstverständlich waren, je nachdem, ob die Sprecher aus den Kreisen der Opposition oder der Regierung kamen, die Töne sehr verschiedenen. Die Regierung Klaus hat in diesem einen Jahr auch verschiedene Rekorde aufgestellt. Es gab Rekorde hinsichtlich des Tempos; das möge anerkannt werden. Es hat manchmal Zeiten gegeben, in denen das Abgeordnetenhaus nicht nachgekommen ist. Wir wissen, daß zweifellos viele Gesetze beschlossen worden sind, die ein Großteil der Abgeordneten nicht einmal studieren konnte. Wir wissen, daß natürlich eine Fülle von Novellierungen die

Folge davon sein muß. Wir wissen aber auch, daß ein Großteil von Gesetzentwürfen, vor allem im vergangenen Herbst, völlig unbrauchbar ins Parlament gekommen ist. Ich glaube, damals haben wir mit einer gewissen Befriedigung festgestellt, daß sogar die Regierungsfraktion mit der Arbeit der Regierung Klaus in dieser Hinsicht nicht einverstanden war.

Die Regierung Klaus hat auch den Versuch gemacht, ein von uns Freiheitlichen durch Jahre als verfassungswidrig festgestelltes Budget auch diesmal durchzuziehen. Das ist nur daran gescheitert, daß in letzter Minute mitten in den Verhandlungen eine oberstgerichtliche Entscheidung gekommen ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber dann haben Sie ihr das Vertrauen ausgesprochen!*) Herr Kollege Pittermann, ich darf noch einmal sagen: Ich habe geglaubt, Sie haben schon ein wenig gelernt in den paar Monaten der Opposition. Sie haben aber noch immer nicht gelernt, Herr Kollege! Denn erstens einmal darf ich feststellen: Sie haben es ja auch jahrelang gemeinsam mit der Volkspartei probiert. Sie haben mich jetzt frühzeitig erinnert; Sie wären aber sonst auch drangekommen. Sie haben jahrelang gemeinsam mit der Volkspartei mit Erfolg den Versuch gemacht, das, was wir Freiheitlichen bekämpft haben, nämlich dieses Budget, durchzubringen. Und kaum waren Sie in der Opposition, so waren Sie plötzlich empört, wie verfassungswidrig das ist, was die Volkspartei macht, so empört, daß Sie deswegen das Mißtrauen ausgesprochen haben. Dies zu einem Zeitpunkt, als sich diese Partei bereits wieder — dieses Kuriosum wollte ich gerade anführen, ich bin nur von Ihnen unterbrochen worden — entschlossen hat, einen Teil ihres eigenen Budgets zurückzuziehen, was an und für sich recht blamabel ist.

Ihre Empörung, Herr Vizekanzler a. D., über die Tätigkeit der Regierung und Ihre Abscheu gegenüber dieser Regierung war nicht so groß, denn am nächsten Tag haben Sie sich ja, wie ich glaube, im ÖIG-Gesetz wieder nach dem Proporz alle Posten ziemlich schön mit der ÖVP aufgeteilt. Das war also bestimmt kein schlechtes Geschäft, das Sie gemacht haben. Ich kann verstehen, daß es bei Ihren Wählern angesichts eines solchen Gesetzes, das Sie gemeinsam mit der ÖVP beschlossen haben, wo doch Direktoren bestellt worden sind, die wesentlich höhere Gehälter haben als manche, die heute in öffentlicher Diskussion stehen, keinen guten Eindruck gemacht hat, am Tag vorher einen Mißtrauensantrag einzubringen.

In der Zwischenzeit hat ja, wie ich glaube, Herr Dr. Pittermann, Ihre Partei alles getan, um die Untersuchung Prader nicht auf die

Zeillinger

Tagesordnung zu bringen. (*Abg. Dr. van Tongel: Den eigenen Antrag, bitte!*) Unsere Bemühungen, wenigstens das auf die Tagesordnung zu bringen, sind bisher immer wieder am Widerstand auch Ihrer Partei gescheitert. (*Abg. Dr. Pittermann: Bereiten Sie sich auf übermorgen vor!*) Also gar so groß scheinen das Mißtrauen und die Abscheu, die Sie gegen die Regierungspartei haben, nicht gewesen zu sein.

Ich darf aber nach dem Eingehen auf diesen Zwischenruf wieder auf die Regierungspartei selbst zurückkommen. Hier hat der Sprecher der Regierungspartei, Kollege Withalm, erklärt, daß die Opposition von den Fehlern lebt, und er hat uns in Aussicht gestellt, daß wir auf eine „Hungerration“ gesetzt werden. Nun, Herr Kollege Withalm, ich muß Ihnen offen gestehen: Ich bin 14 Jahre in diesem Haus, aber verhungert sind wir Freiheitlichen an oppositionellen Angeln noch nicht. (*Abg. Dr. Withalm: Aber stärker sind Sie auch nicht geworden, Herr Kollege!*) Ich rede vom letzten Jahr, da haben wir keine Möglichkeit gehabt. Ich könnte mir vorstellen, daß die Freiheitlichen in der Zwischenzeit, in diesem einen Jahr der Regierung Klaus, zumindest nicht schlechter liegen als im März vorigen Jahres. Aber darüber könnten wir jetzt stundenlang debattieren. Das möchte ich gar nicht. Ich darf Ihnen aus meiner Praxis nach 14 Jahren sagen: Soviel Gelegenheit, einzuhaken, hat uns vorher noch keine Regierung gegeben. (*Abg. Dr. Withalm: Wenn das der Effekt ist, von acht auf sechs Mandate zu kommen, kann uns das nur recht sein!*)

Ich habe es zumindest in diesen 14 Jahren, Herr Kollege Withalm, noch nicht erlebt, daß die Regierungsmitglieder von der Regierungsbank herunterlaufen und gegen ihren eigenen Antrag stimmen müssen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Das ist der Regierung Klaus unter Ihrer dankenswerten Hilfe, Herr Withalm, vorbehalten geblieben. (*Abg. Dr. Withalm: Oben werden sie sitzen bleiben — das sind doch Abgeordnete!*) Ich habe noch nie erlebt, daß ich, wie ich glaube, 389 Druckfehler und Berichtigungen zu einer einzigen Regierungsvorlage bekommen habe. Ich habe für meine Person immer zugegeben: Wir sind damals nicht einmal mehr nachgekommen, die Druckfehler und Berichtigungen zu korrigieren, was da an schlampiger Arbeit von der Regierung Klaus ins Haus gebracht worden ist. Es ist, wie ich feststellen möchte, in letzter Zeit besser geworden. Ich möchte auch anerkennen, daß hier, wie ich glaube, die Regierungspartei sogar einen gewissen Einfluß genommen hat. Aber wenn wir schon über dieses Jahr Bilanz ziehen, müssen wir sagen: Es ist sehr, sehr viel geschehen und mehr geschehen

als in all den Jahren vorher, was die Opposition in diesem Hause aufgreifen konnte.

Dabei will ich gar nicht so weit zurückgehen und feststellen, was Sie als Regierungspartei alles getan haben, um eine staatlich gelenkte Erhöhung der Preise durchzuführen. Eine der ersten Maßnahmen war die Benzinspreiserhöhung. Seit dieser Zeit hat doch die Regierung Klaus alles getan, um durch staatlichen Druck und durch staatliche Lenkung die Preise in Österreich zu heben.

Seit dieser Zeit haben wir doch eine Fülle von Skandalen in diesem Haus über die Bühne gehen lassen müssen, wobei der Einwand der Regierung, das seien alles Fesseln, die man aus der Vergangenheit mitschleppen müsse, sogar insofern berechtigt wäre, wenn die Regierung bereit wäre, aus diesen Fehlern irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Das ist aber in keiner Weise geschehen, sondern die Regierungspartei setzt ihre absolute Mehrheit in diesem Hause bei jeder Gelegenheit ein, um zu verhindern, daß Fehler für die Zukunft ausgeschaltet werden. Das ist so beim Rechnungshofbericht über den Autobahnbau. Da wird sich gar nichts ändern, es wird alles beim alten bleiben. Wenn ich mir die Lobreden der Regierungssprecher, vor allem die Angriffe der Regierungssprecher auf den Rechnungshof in Erinnerung rufe, kann ich nur sagen: Es ist anzunehmen, daß es noch schlechter wird, als es schon bisher gewesen ist.

Ich erinnere mich an die Haltung der Regierungspartei, daran, wie Sie alles getan haben, um beispielsweise im Falle des Verteidigungsministers eine Untersuchung zu verhindern. Es ist sehr interessant — Sie werden es ja sicher erfahren haben oder noch weiterhin erfahren —, was sich jetzt vor objektiven Gerichten so herausstellt. Es war meines Wissens der erste Fall, daß einem Minister der Vorwurf, in seiner Amtsführung ein Verbrechen begangen zu haben, von Angehörigen seines Ministeriums gemacht worden ist. Wir Freiheitlichen haben gesagt, daß wir diese Anschuldigungen gar nicht prüfen können, wir haben nur vorgeschlagen: Wenn eine Regierung sauber und korrekt sein will, dann untersuchen wir diese Anschuldigungen! Wir sind die ersten, die objektiverweise sagen würden, die Vorwürfe waren falsch. Sie haben Ihre Mehrheit immer eingesetzt, um die Untersuchung zu verhindern.

Nun stellt sich plötzlich heraus, daß zum Beispiel der Minister als Zeuge in einem Prozeß im Zeugenstand verschiedenes zugeben mußte, wo Sie hier im Hause durch Ihre 85 Mandate eine Untersuchung verhindert haben. Zum Beispiel hat er — sehr geschickt — gesagt,

Zeillinger

nicht er war der Böse, sondern sein Amtsvorgänger Schleinzer mußte den Kopf erhalten: er hat jene Kartei, über die hier so viel gesprochen worden ist, eingeführt. Es ist auch nicht uninteressant festzustellen, daß also sein Vorgänger eine derartige Kartei geführt hat; der jetzige Minister hätte diese Kartei erst entfernen lassen. Das wird sich alles herausstellen, es werden die Zeugen aus dem Ministerium kommen. Vielleicht wird vor einem unabhängigen Gericht Gelegenheit gegeben sein, jene Untersuchung zu führen, die Sie hier in diesem Hause mit Ihrer Mehrheit verhindert haben. *(Abg. Probst: Er traut sich nicht!)*

Warum erwähne ich das? Weil wir heute sozusagen den Jahrestag ... *(Abg. Ofenböck: Ich wollte nur fragen, ob das zur Strukturpolitik gehört!)* Bitte? Ich möchte so gerne die Zwischenrufe beantworten. Ein bisserl lauter! Wenn sie leise sind, habe ich immer die Angst, daß sie nicht wahr sind. *(Abg. Ofenböck: Gehört das zur Strukturpolitik?)* Herr Kollege! Es steht nicht die Strukturpolitik auf der Tagesordnung, sondern die Debatte über den Staatssekretär Koren. Ich glaube, ich war bisher jener Redner, der sich am meisten mit dem Staatssekretär beschäftigt hat. Aber seien Sie mir nicht böse: Wenn Ihr Generalsekretär eine Geburtstagsrede auf Klaus hält, dann ist es der Opposition doch hoffentlich gestattet, auch ihre Meinung zur Regierung Klaus zu sagen. Und unsere Meinung deckt sich eben nicht mit der des Herrn Withalm und mit der Ihren.

Anläßlich des Geburtstages stellen wir noch einmal fest, daß die Regierung Klaus alles getan hat, um eine Abschirmung gegenüber weiteren Korruptionsfällen zu verhindern, daß sie alles getan hat, um eine objektive Überprüfung zu verhindern, wenn schwerste Vorwürfe krimineller Natur gegen einen Minister erhoben werden. Das dürfen wir doch nach einem Jahr Regierung Klaus genauso feststellen, wie Sie hier alles andere festgestellt haben.

Ich darf aber dem Herrn Staatssekretär gleich eine Beruhigung geben: Solange hier die Österreichische Volkspartei über diese Mehrheit verfügt, können Sie machen, was Sie wollen ... *(Abg. Dr. Pittermann: Nein, nur was Withalm erlaubt!)* Sie können die Protokolle nachlesen. Es sind, wie wir hier deponiert haben, Beamte eines Ministeriums erschienen, die gesagt haben: Wir beschuldigen unseren Minister, die Verteidigung Österreichs zu gefährden, Mißbrauch der Amtsgewalt zu begehen! Es durfte nicht untersucht werden, weil es die Mehrheit verhindert hat. In Ihrer Tätigkeit, Herr Staatssekretär, sind

Sie also vollkommen unbeschränkt. In dem grünen Büchel ist es zwar damals ein bisschen anders gestanden, aber so sieht eben die Praxis nach einem Jahr aus. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Es gehört zweifellos — das wollen wir Freiheitlichen nun festhalten — Mut dazu, nach all dem, was sich in diesem Jahr ereignet hat, eiskalt dem Parlament zu sagen: Wir denken nicht daran, zu untersuchen, wir denken nicht daran, etwas abzustellen, wir lassen alles beim alten. Es bleiben die Leute, gegen die schwerste Vorwürfe — nicht politischer Natur, sondern krimineller Natur — erhoben worden sind, im Ministerium, sie bleiben im Amte. Es wird lediglich am äußersten Flügel ein Staatssekretär, der bisher nicht in Erscheinung getreten ist, ausgetauscht. Das ist die Bilanz nach einem Jahr Regierung!

Weil Sie heute schon so viel zitiert haben, erlauben Sie mir, auch noch einen Satz zu zitieren: „Die Österreichische Volkspartei wird nie und in keiner wie immer gearteten Form mit der Kommunistischen Partei, mit den Feinden der westlichen Demokratie, der persönlichen Freiheit und des Privateigentums zusammenarbeiten.“ So las man es vor der Wahl. Mittlerweile ist die Regierungsbank immer sehr leer, weil immer ein Großteil der Minister irgendwo im Osten herumkurvt. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Das ist aber ihre persönliche Sache. Feststellen aber möchte ich, daß der „Volksstimme“, der kommunistischen Zeitung, noch nie so viel Ehre zuteil geworden ist wie heute. *(Abg. Weikhart: Seit 20 Jahren nicht in dem Parlament!)* Das ist aber Geschmackssache. Ich muß sagen, vom freiheitlichen Standpunkt her würden wir uns zum Kampf gegen einen politischen Gegner nie der Kommunisten als Schützenhilfe bedienen. Das war nicht des Volkes Stimme, sondern nur die kommunistische „Volksstimme“, die heute gegen die Opposition verwendet worden ist. *(Abg. Melter: Der Dank für die Wahlhilfe!)*

Die in Aussicht gestellte Änderung ist ausgeblieben. Wir Freiheitlichen haben heute festgestellt, daß wir jede Hoffnung fahren lassen können, daß Sie irgendwie die Absicht haben, zum Prinzip der Sauberkeit zurückzukehren. Sie bleiben dabei: Es wird nichts geändert, es bleibt alles beim alten, von der Autobahn bis zu den skandalösen Vorkommnissen im Verteidigungsministerium!

Sie werden daher verstehen, wenn wir sagen: Das ist eine unerfreuliche Begleitmusik, wenn wir nun zur Kenntnis nehmen müssen, daß ein Wissenschaftler mit seinem Namen sozusagen alles zudecken soll und daß alles vergessen werden soll. Man soll die Wissen-

Zeillinger

schaft beiziehen, man soll sie aber nicht dazu benützen, um Korruption und andere Mißstände zu verdecken. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Hohes Haus! Im Verlaufe dieser Debatte sind auch einige Bemerkungen über die Führung des Bundeskanzleramtes gemacht worden, vor allem in der Hinsicht, daß die Sparsamkeit in der Verwaltung, die ich in der Regierungserklärung zu einem der Ziele der Regierungspolitik gemacht habe, gerade in diesem Zusammenhang nicht beobachtet worden sei. Ich möchte dazu, was den Staatssekretär anlangt, einmal sagen, daß nach meiner Auffassung durch die Berufung eines so anerkannten Wissenschaftlers und so erfahrenen Wirtschaftspolitikers, wie es Universitätsprofessor Dr. Koren ist, der Regierung ein gewaltiges geistiges Potential und Kapital zugeflossen ist.

Ich möchte dazu sagen, daß sein Büro genauso wie das Büro des Staatssekretärs Dr. Gruber zu keiner Dienstpostenvermehrung im Bundeskanzleramt geführt hat. Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß schon in früheren Zeiten manchesmal in einem Ministerium zwei Staatssekretäre mit ihrem Büroapparat tätig gewesen sind.

Was den Dienstpostenplan anlangt, muß ich Ihnen den Beweis dafür geben, was ich behauptet habe. Im Jahre 1965 hatte das Bundeskanzleramt 1743 Dienstposten, 1966 — bereits im Jahre 1965 beschlossen — 1824. Darunter befinden sich 229 Posten, die wir auf Grund des hier beschlossenen Statistikgesetzes vorsehen mußten. Tatsächlich hat aber in der Hoheitsverwaltung des Bundeskanzleramtes schon damals eine Einsparung von 38 Dienstposten stattgefunden.

Wie war es vom Jahre 1966 zum Jahre 1967? 1966, wie ich schon erwähnt habe, 1824 und 1967 1830 Dienstposten, also um 6 Dienstposten mehr. Ich darf sagen, über meine Veranlassung wurde in einem Betrieb, der dem Bundeskanzleramt untersteht, und zwar in der Staatsdruckerei, eine Einsparung von 6 Dienstposten erzielt. Bei ständig wachsenden Aufgaben, bei ständig wachsenden Aktenzahlen und bei der Einrichtung von zwei Staatssekretariaten blieb im Bundeskanzleramt die Anzahl der Dienstposten gleich. Das heißt, der Personalaufwand ist durch diese Maßnahme in keiner Weise gestiegen. (*Abg. Dr. Pittermann: Buchdrucker weniger, Akademiker mehr!*) Wir haben rationalisiert, Herr Doktor Pittermann. Teure Investitionen, soweit sie arbeitsparender Natur sind, haben dazu geführt, daß wir frei gewordene Arbeitskräfte

nicht mehr weiter beschäftigen. Ich weiß nicht, was Sie dagegen einzuwenden haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Wir sind gegen die Vermehrung der Akademikerposten bei Ihnen!*) Die Akademikerposten sind ebenfalls nicht vermehrt worden, weil wir entweder aus der Sektion V Akademiker herübergeholt haben oder Akademiker durch Pensionierung weggefallen sind. Durch diese Maßnahme hat also keine Vermehrung von Akademikerposten stattgefunden.

Nun muß ich zu einer zweiten Sache kommen. Sehr verehrte Abgeordnete, Sie dürfen nicht böse sein, wenn ich Ihnen im Zusammenhang mit dem Bundesfinanzgesetz immer wieder die Einstellung der Bundesregierung zur Kenntnis bringe. Ich habe das leider schon zweimal tun müssen, und ich mache es ein drittes Mal, weil heute wieder der Vorwurf gemacht worden ist, die Bundesregierung verhalte sich verfassungswidrig, sie breche mehr oder weniger die Verfassung. Ich habe Ihnen schon am 15. Dezember in diesem Hohen Hause gesagt, wie sehr die Bundesregierung darauf bedacht ist, auch im Zusammenhang mit dem Bundesfinanzgesetz verfassungskonform vorzugehen.

Schon bei der Einbringung des Bundesfinanzgesetzes 1967 am 17. Oktober hat der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede darauf verwiesen — auch in den Erläuternden Bemerkungen, die damals vorlagen, wurde das bereits zum Ausdruck gebracht —, daß für den Fall eines aufhebenden Erkenntnisses seitens des Verfassungsgerichtshofes im Allgemeinen Teil natürlich sofort die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden.

Zweitens: Ich war es, der den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes schon vor dem 10. Dezember wiederholt gebeten hat, die Verhandlung beziehungsweise die Ausarbeitung des Erkenntnisses so anzusetzen, daß das Erkenntnis noch vor der Beschlußfassung über das Bundesfinanzgesetz 1967 hier vorliegt. (*Abg. Probst: Sofort haben Sie die Konsequenzen auch nicht gezogen!*) Es stimmt also nicht, daß wir durch das Erkenntnis überrascht gewesen waren und etwa auf einem schlechten Weg ertappt worden wären.

Ich möchte drittens noch dazu sagen, daß der Verfassungsgerichtshof auch diesmal noch einige Ermächtigungen des Finanzministers bekämpfte und als nicht verfassungskonform dargestellt hat. Ich mußte aber damals — ich sage es heute noch einmal — darauf hinweisen, daß es sich der Verfassungsgerichtshof in Österreich vorbehält, die Grenze zwischen einer formalgesetzlichen Delegation und einer materiellrechtlichen Ermächtigung selber zu setzen. (*Abg. Dr. Pittermann: Nein!*)

Bundeskanzler Dr. Klaus

Die Grenzen zwischen Verfassung und Verfassungsbruch!) Ich muß Ihnen noch einmal jenes Erkenntnis aus dem Jahre 1950 vorlesen, in dem der Verfassungsgerichtshof wortwörtlich sagt: „Es wird daher stets Grenzfälle geben, in denen die Frage, ob noch ‚formalrechtliche Delegation‘ oder schon ‚materiellrechtliche Bestimmung‘, zweifelhaft ist. Hier steht die Entscheidung der von der Verfassung hiezu berufenen Instanz, dem Verfassungsgerichtshof, zu, dessen wohlwogenes Ermessen in solchen Fällen die Grenze zu ziehen hat.“

Wenn also das Bundesfinanzgesetz noch einmal angekämpft werden sollte, dann geschieht das auch im Geiste der österreichischen Verfassung und im Geiste eines Spruches des Verfassungsgerichtshofes, weil nur er sich dazu berufen fühlt, zu sagen, wo diese Grenze für die Ermächtigungen zu setzen ist. *(Abg. Dr. Pittermann: Das hat er ja deutlich gesagt! — Abg. Probst: Die Regierung riskiert es noch einmal! Das ist das Problem!)*

Ich muß Ihnen das sagen, weil heute wiederum der Vorwurf gemacht worden ist, wir nähmen die Verfassung nicht ernst. Ich glaube, Ihnen durch diese drei Tatsachen gezeigt zu haben, daß wir die Verfassung ja ernst nehmen. Aber, meine sehr verehrten Abgeordneten, wir müssen auch verwalten, wir müssen auch arbeiten, und dazu brauchen wir ein Gesetz. *(Abg. Dr. Pittermann: Aber arbeiten auf dem Boden der Verfassung, nicht daneben, Herr Kanzler!)*

Es wurde heute in der Diskussion in einem Zwischenruf die Frage gestellt, was mit den 100 Millionen ERP-Mittel geschah, welche für die Beschaffung von Ersatzarbeitsplätzen bereitgestellt worden sind. Auch darüber darf ich Ihnen eine Auskunft geben. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat bereits am 31. Oktober 1966 unter III—37 der Beilagen eine Ergänzung des Jahresprogramms für den ERP-Fonds zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Rahmen des Kohlenplanes von 100 Millionen Schilling dem Hohen Hause vorgelegt und am 14. April, also vor wenigen Tagen, eine Ergänzung, und zwar, wie ich sagen möchte, eine Erleichterung der Bestimmungen, wofür diese 100 Millionen zur Verfügung stehen, dem Hohen Hause mitgeteilt. Ich glaube, ich brauche das jetzt nicht vorzulesen, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen. Der zweite Bericht hat die Nummer III—57 der Beilagen.

Es wurde hier die Art und Weise kritisiert, in der der neubestellte Staatssekretär dem Hohen Hause vorgestellt worden ist. *(Abg. Dr. Pittermann: Nicht vorgestellt wurde!)* Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen,

daß die Vorgangsweise der Verfassungslage genauso wie einer 20 Jahre geübten Praxis in diesem Hause voll entsprochen hat.

Ich habe sofort nach Ernennung des Staatssekretärs Dr. Koren dem Hohen Hause eine geziemende Mitteilung gemacht. Diese Mitteilung war im Einlauf und ist genauso verlesen worden, das heißt, dem Hohen Hause intimiert worden wie jede andere Veränderung in der österreichischen Bundesregierung. *(Zwischenruf.)* Auch der Inhalt, sehr geehrter Herr Abgeordneter, hatte genau den gleichen Wortlaut wie alle anderen Mitteilungen über Veränderungen in der Bundesregierung in den letzten 20 Jahren.

Aus Artikel 70 Abs. 3 der Verfassung ist abzuleiten, daß sich eine neubestellte Bundesregierung dem Nationalrat unverzüglich vorzustellen hat. Wenn auch die Staatssekretäre gemäß Artikel 69 der Bundesverfassung keine Mitglieder der Bundesregierung im rein formalen Sinne der Verfassung sind, wurden und werden die Staatssekretäre jeweils dem Hohen Hause in der gleichen Weise vorgestellt wie die Regierungsmitglieder. Meine Amtsvorgänger haben sämtlich, ohne Widerspruch des Hohen Hauses, die Art und Weise der Vorstellung einzelner neuer Mitglieder der Bundesregierung und einzelner Staatssekretäre in der Form der schriftlichen Mitteilung an den Präsidenten des Hohen Hauses vorgebracht. Weder die Verfassung noch die Geschäftsordnung enthalten hierüber besondere Formvorschriften. Ich habe den gleichen Vorgang auch bei der Bestellung des neuen Staatssekretärs durch den Herrn Bundespräsidenten dem Hohen Hause gegenüber geübt, der bei der Ernennung von neuen Ministern und Staatssekretären bisher gehandhabt worden ist.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch, daß ich Ihnen zu der Persönlichkeit und der Begründung, warum gerade Universitätsprofessor Dr. Koren von mir dem Herrn Bundespräsidenten zur Bestellung im Bundeskanzleramt vorgeschlagen wurde, einige Aufklärungen gebe.

Über meinen Vorschlag hat der Herr Bundespräsident am 31. März den Herrn Universitätsprofessor Dr. Stephan Koren zum Staatssekretär ernannt und mir, dem Bundeskanzler, zur Unterstützung und zur parlamentarischen Vertretung beigegeben. Das ist seine Aufgabe. Er hat den Bundeskanzler zu unterstützen und die parlamentarische Vertretung, wie es die Verfassung sagt, auszuüben.

Der neue Staatssekretär ist ein anerkannter Fachmann und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit wirtschaftlichen Fragen, Fragen der Koordination, Fragen der Strukturpolitik, die er nun zu bearbeiten haben wird.

Bundeskanzler Dr. Klaus

Nun möchte ich Ihnen noch eine Aufklärung geben zu den vielen Deutungen, die mit der Berufung des Staatssekretärs Dr. Koren in die Regierung hinsichtlich der Gesamtregierung gemacht worden sind. Schon im Oktober 1966, als das erste Mal die Frage gestellt worden ist, ob Staatssekretär Dr. Taus nicht der gegebene künftige Vorsitzende der Österreichischen Industrieverwaltungsgesellschaft werden sollte, worauf er dann infolge der Politikerklausel aus der Regierung auszuseiden hätte, habe ich mir vorbehalten, daß ich für einen Ersatz sorgen muß, weil ich der Überzeugung war, daß die gegenwärtige politische Situation und die umfangreiche, immer komplizierter werdende wirtschaftspolitische Aufgabe der Bundesregierung einen Ersatz des Staatssekretärs Dr. Taus dringend erforderlich macht.

Mit dieser personellen Ergänzung der Bundesregierung wird nicht die Regierungsumbildung durchgeführt, die einmal in der Presse und in der Öffentlichkeit sehr viel von sich hat reden machen. Was mich dabei anlangt, darf ich Sie alle noch einmal daran erinnern: Ich habe in einer Pressekonferenz kurz vor Weihnachten einem Anfrager gesagt: Darüber nachzudenken hatte ich jetzt, wo wir die Budgetverhandlungen und verschiedene andere Regierungstätigkeiten zu erledigen hatten, überhaupt nicht einmal Zeit. Fragen Sie mich am 8. Jänner, wenn ich von meinem Urlaub zurückkomme, dann werde ich es Ihnen sagen, ob überhaupt.

Ein zweiter Anfrager, der mich eine Stunde später gefragt hat, hat von mir dieselbe Antwort erhalten, nur mit dem Beisatz: Deuten Sie das ja nicht so, daß ich eine Regierungsumbildung angekündigt habe. (*Abg. Dr. Pittermann: Na net!*) Ich werde erst nach Weihnachten, nach meinem Urlaub, überhaupt sagen, ob. (*Abg. Probst: Sie hätten es ablehnen können! Sie hätten sagen können: Nein, es kommt zu nichts!*) Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich muß mir leider vorbehalten, in Pressekonferenzen das zu antworten, was ich glaube, daß im Augenblick geantwortet werden kann und soll. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber wiederum zur Sache, meine Damen und Herren! Mit dieser personellen Ergänzung der Bundesregierung ist etwas anderes bezweckt worden. Es wird nämlich jene Versachlichung konsequent fortgesetzt, die wir vor drei Jahren begonnen haben und die vielleicht in der „Aktion 20“ zwischendurch akzentuiert worden ist. Denn jeder von uns ist wohl der Meinung, daß eine moderne Politik nicht mit überholten Methoden von gestern und vorgestern und auch nicht mit Ressenti-

ments und Schlagworten, sondern mit sachlichen Argumenten und mit ernstem, echten Auseinandersetzungen mit den Fragen unserer dynamischen Zeit geführt werden muß.

Das positive Echo, das die Berufung des Staatssekretärs Dr. Koren im allgemeinen und in wirtschaftspolitischen Expertenkreisen, auch in sozialpolitischen Expertenkreisen im besonderen hervorgerufen hat, ist für die österreichische Bundesregierung ein neuer Beweis, daß sie mit diesem weiteren Schritt zur Rationalisierung der Wirtschaftspolitik auf dem richtigen Weg ist. Wer die Betrauung eines Fachmannes mit wirtschaftlichen Koordinierungsaufgaben und strukturpolitischen Fragen lediglich als eine Ämtervergabe bezeichnet, wenige Tage später aber dann über die gleiche Frage Experten heranholt, begibt sich meines Erachtens in einen Widerspruch.

Das wird uns aber nicht davon abhalten, den bisherigen Weg unbeirrt weiterzugehen, den Weg rationalen Überlegens und den Weg sozialen Handelns. Wir wollen uns den Erfordernissen einer langfristig orientierten Wirtschaftspolitik nicht verschließen, weil wir längst erkannt haben, daß wir nicht nur für die Gegenwart zu sorgen haben, sondern auch die Voraussetzungen für den Fortschritt der jungen Generation schaffen müssen. Unsere Vorstellungen von einer zukunftsgerichteten Politik gehen weit über den Rahmen des herkömmlichen Begriffes „Strukturpolitik“ hinaus. Im wirtschaftlichen Bereich wissen wir längst, daß eine vollbeschäftigte Wirtschaft nur weiterwachsen und den Wohlstand vermehren kann, wenn der technische Fortschritt fruchtbar bleibt, wenn mehr Kapital eingesetzt werden kann, wenn Neues entsteht und Überholtes durch Zeitgemäßes und Zukunftsträchtiges ersetzt wird. (*Abg. Doktor Pittermann: Also wann kommen Sie mit dem dritten Staatssekretär?*)

Schon bisher haben wir Voraussetzungen für diesen Prozeß geschaffen: Wachstumsgesetze, Hochschulstudiengesetz, verstärkte Investitionen durch das Budget, andere Arbeiten in Angriff genommen, die Lohn- und Einkommensteuerreform, die Exportförderung, die Forschungsförderung. (*Abg. Herta Winkler: Die Preiserhöhungen!*) Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Das hat mit Strukturpolitik jetzt wirklich nichts zu tun! (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wenn wir so schwierige Probleme, wie zum Beispiel die Neuordnung der Wohnungswirtschaft, in die Hand genommen haben, so waren wir uns sehr bewußt, daß dies harte Arbeit bedeutet und daß ein halbes Jahrhundert Zwangswirtschaft und ein großes Durocheinander, das wir heute vorfinden, nicht reibungslos, sondern

Bundeskanzler Dr. Klaus

nur schrittweise und nicht (*Unruhe*) — bitte, hören Sie jetzt zu — ohne soziale Korrektive abgebaut werden kann. (*Abg. Weikhart: Aber etwas so Schlechtes hat noch keine Regierung geliefert! — Abg. Moser: Sie zeigen die Absicht der Regierung!*) Das sind vorläufig Gesetzentwürfe, die sich im Begutachtungsverfahren befinden, da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. (*Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich habe Ihnen immer gesagt, daß ich die Meinung vertrate: Das Bessere ist der Feind des Guten. Machen Sie Vorschläge, wir werden uns damit auseinandersetzen! (*Unruhe.*)

Für uns ist Strukturpolitik jedoch nicht nur eine Verpflichtung, um den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unseres Landes zu sichern, sondern auch eine Chance, die österreichische Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb in größerem Ausmaß als bisher zu stärken, dadurch letztlich Arbeitsplätze zu sichern und die zukünftige Stellung Österreichs in der Welt zu garantieren. Dazu hat die österreichische Bundesregierung gerade jetzt geglaubt, auch die Wissenschaft rufen zu müssen.

Nach dem Höhepunkt 1965/66 befindet sich bekanntlich die europäische Konjunktur über den ganzen Kontinent hinweg seit der zweiten Hälfte des Vorjahres in einer Dämpfungsphase, die im Vorjahr bewußt durch konjunkturpolitische Maßnahmen eingeleitet worden ist und nun durch eine expansive Politik wieder überwunden werden wird. Die Konjunkturforscher in allen Ländern, auch bei der OECD, rechnen damit, daß das wirtschaftliche Wachstum im zweiten Halbjahr wieder zunehmen und 1968 in einen verstärkten Aufschwung übergehen wird.

Österreich als ein kleines, hochindustrialisiertes, stark außenwirtschaftlich orientiertes Land ist nun der Interdependenz auch in dieser Hinsicht im Guten wie im Bösen stärkstens ausgesetzt. Die österreichische Wirtschaft hat sich in dieser Phase internationaler Konjunkturabschwächung trotz ihrer engen außenwirtschaftlichen Verflechtung bemerkenswert gut behauptet. Die vorliegenden Wirtschaftszahlen lassen für heuer einen realen Zuwachs des Bruttonationalprodukts von etwa 2 bis 3 Prozent erwarten; das ist mehr, als einige unserer großen Nachbarländer erwarten.

Ich möchte noch auf etwas zurückkommen. Herr Dr. Pittermann! Das Wirtschaftswachstum in Österreich betrug 1966 4,3 Prozent und 1965 nur 3 Prozent.

So wie in anderen Ländern sind auch in Österreich konjunkturpolitische Maßnahmen angelaufen: Die öffentlichen Investitionsausgaben sind kräftig verstärkt worden. Die No-

tenbank hat eben einen ersten Schritt zur Erleichterung der Kreditversorgung unternommen. Auslandskapital steht verstärkt zur Verfügung, wird auch hereingelassen, und demnächst werden ERP-Mittel in einer Höhe von 200 Millionen Schilling freigegeben. Wenn das erst im nächsten Ministerrat geschieht, so deshalb, weil wir uns vorsorglich zuerst umgesehen haben: Wo sind Projekte, zukunftssträchtige, wachstumsträchtige Projekte? Ich darf Ihnen sagen, es sind uns keine solchen genannt worden; wir werden trotzdem die Freigabe dieser Summe im nächsten Ministerrat beschließen.

Unabhängig von den konjunkturbedingten Schwankungen des wirtschaftlichen Wachstums, die von keiner Wirtschaftspolitik völlig ausgeschaltet oder beseitigt werden können, beeinflussen jedoch strukturelle Änderungen der nationalen und der internationalen Nachfrage die längerfristigen Entwicklungschancen einer Wirtschaft. Je rascher und kräftiger eine Wirtschaft wächst, umso umfangreicher und tiefgreifender werden die unvermeidbaren, notwendigen Umschichtungen der produktiven Kräfte sein. Wird dieser Anpassungsprozeß gehemmt, gebremst oder gar verhindert, so muß unvermeidlich das gesamtwirtschaftliche Wachstum geringer werden. Strukturänderungen und -anpassungen sind daher gerade jetzt notwendig. Sie sind aber nicht nur ökonomisch-rechenhafte Vorgänge — die Bundesregierung ist sich darüber vollkommen klar —, sondern sie sind auch tiefe Eingriffe in persönliche Schicksale. Sie bedeuten Wechsel des Arbeitsplatzes, Wechsel des Berufes, Einkommensverluste, Wohnungs- und Ortswechsel, Preisgabe von erworbenem Eigentum, Änderung der sozialen Stellung und anderes mehr.

Es ist kaum verwunderlich, daß jede aktuelle Politik diesem Komplex der sozialen Aspekte der Strukturpolitik größtes Augenmerk zuwenden muß. Es bedarf aber, sehr verehrte Abgeordnete, wohl auch keines Beweises, daß das Gewicht solcher Erwägungen besonders in der industriellen Strukturpolitik der Jahre bis 1965 übermächtig war und zur Blockierung wesentlicher Anpassungsvorgänge führte. Heute können wir unschwer erkennen, daß mit dieser Politik der Verhinderung von Anpassungen den längerfristigen Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft ein schlechter Dienst erwiesen worden ist.

Wenn Herr Staatssekretär Dr. Koren vor wenigen Tagen sagte, er könne sich kein umfassendes strukturpolitisches Konzept zum Ziele setzen, so hat er damit nicht, wie verschiedentlich glossiert wurde, schon am Beginn seiner Tätigkeit sozusagen zurückgesteckt und

Bundeskanzler Dr. Klaus

die Strukturpolitik verwässert. Im Gegenteil: Ziele und Richtungen der wirtschaftlichen Entwicklung der Zukunft sind ja nicht umstritten. Es wird nicht schwer sein, in den Gremien der Sozialpartner einhellige Auffassungen über die Schwerpunkte einer aktiven Strukturpolitik herbeizuführen. (Abg. Doktor *Pittermann: Aber schwer, sie in der Regierung durchzubringen!*) Ich bin aber ebenso sicher, daß die Durchführung strukturpolitischer Maßnahmen nur möglich sein wird, wenn nicht nur die unumstritten langfristigen Vorteile in unserer Rechnung aufscheinen, sondern wenn wir auch den sozialen Akzent — und dafür steht die Bundesregierung gerade — hier walten lassen, wenn wir auch dem menschlichen Schicksal der Betroffenen die gebührende Aufmerksamkeit und Hilfe widmen, das gebührende Gewicht beimessen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kreisky** (SPÖ): Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Schlußwort der Meinung Ausdruck gegeben, daß ohnehin alles in bester Ordnung ist, daß bis jetzt alles Notwendige geschehen ist und daß eigentlich nur eines eingetreten ist: daß die Bundesregierung eine Niveauverbesserung dadurch erfahren hat, daß ihr jetzt ein Universitätsprofessor angehört. (Abg. *Lola Solar: Dr. Klecatsky ist Universitätsprofessor!*) Meiner Erinnerung nach hat es schon einige Male Bundesregierungen gegeben, denen auch Universitätsprofessoren, Hochschulprofessoren angehört haben: einmal war es ein Finanzminister und einmal ein Staatssekretär im Außenministerium. Also so eine Neuheit ist das jedenfalls nicht, und es zeigt auch keine besondere Verbesserung der Effektivität einer Regierung an. (Abg. *Glaser: Die Neuheit ist nur, daß einen Tag lang über die Bestellung eines Staatssekretärs debattiert wird! Das war 22 Jahre nicht der Fall! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ist Ihnen das sehr unangenehm gewesen? (Abg. *Glaser: Ich habe nur gesagt, daß das die Neuheit ist! Sie haben von der Neuheit gesprochen!*) Ich glaube schon, denn Sie waren unruhig, Sie waren unsicher, Sie haben sich neuer Methoden der Argumentation bedient. (Abg. *Guggenberger: War Dr. Withalm „unsicher“? — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Und jetzt möchte ich Ihnen sagen, warum das alles notwendig war. Meine Tiroler Freunde hier im Haus haben auf meine Frage, warum so lange nichts geschehen ist — zehn Jahre, hat der Herr Staatssekretär Professor Koren

gesagt, arbeitet man an allen diesen Dingen, und es ist, habe ich hinzugefügt, nichts geschehen — folgendes aus Innsbruck beschafft:

In einer Broschüre des Landesrates Troppmair, die am 22. Juni den Bürgermeistern seiner Partei zugemittelt wurde, heißt es: „Grundsätzlich soll die Frage der Industrieansiedlung überhaupt nicht nur vom Nützlichkeitsgedanken und vom Standpunkt einer Steigerung der Produktivität betrachtet werden, sondern es sollen immer auch ihre Auswirkungen auf den Gesamtcharakter des betreffenden Gebietes, vor allem aber die politischen, berücksichtigt werden.“ (Unruhe und Zwischenrufe.) „Jede Industrieansiedlung birgt die Gefahr der Bildung von sozialistischen Zellen in sich.“ (Hört! Hört!- Rufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.) Das war einer der Gründe. (Abg. *Guggenberger: Deshalb erhält die Volkspartei in den Städten immer mehr Stimmen!*) Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich werde gleich fertig sein, Sie brauchen sich nicht so ungeduldig zu zeigen.

Der Herr Bundeskanzler hat von einem halben Jahrhundert „Zwangswirtschaft“ in Österreich gesprochen. Das stimmt doch, nicht wahr, Herr Bundeskanzler? (Bundeskanzler Dr. *Klaus: Mietenzwangswirtschaft!*) Das hat aber jetzt überhaupt nichts mit der Strukturpolitik zu tun! — Bitte, damit ist die Sache erledigt. Ich habe „Zwangswirtschaft“ verstanden; wenn Sie aber „Mietenzwangswirtschaft“ meinen, wird bei einer anderen Gelegenheit darüber geredet werden. Ich kann mir das jetzt ersparen.

Dem Herrn von Ihnen, der zuerst diesen Zwischenruf gemacht hat, daß wir auch darüber diskutieren, möchte ich antworten: Gott sei Dank, daß wir im Parlament sind und daß wir ins Parlament geschickt wurden, um hier alle unsere Meinung zu sagen. Alle diese Bemerkungen werden uns nicht daran hindern, unsere Meinung hier zu vertreten, und Sie werden sich ein bißchen Ruhe und Geduld angewöhnen müssen. (Abg. *Minkowitsch: Würde man euch empfehlen, während Withalm spricht!*) Wenn man sich vorgenommen hat, mit einer solchen Majorität zu regieren, muß man halt dableiben. Das haben wir Ihnen ja immer gesagt. (Abg. *Glaser: Die Ruhe muß man euren eigenen Genossen empfehlen!*)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich möchte nur noch sagen, daß ich sehr erstaunt bin über dieses bemerkenswerte Nahverhältnis zur „Volksstimme“, in das Sie in letzter Zeit gelangt sind. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Erst gibt der Herr Bundeskanzler ein Exklusivinterview — was der „Volksstimme“ vom Standpunkt ihrer Auflage, die nicht groß ist,

Dr. Kreisky

nicht direkt schaden wird —, und heute ist das einzige Zitat, Herr Generalsekretär, das richtig wiedergegeben wird, aus der „Volksstimme“. Nur ist das, was dort gestanden ist, nicht wahr gewesen. Die Vornahme der Richtigstellung ist im Gang. Aber Sie wissen ja als Jurist, daß es immer ein paar Tage dauert, bis so etwas auch in die Zeitung kommt. Es ist hier ebenso wie mit anderen Mitteilungen in der „Volksstimme“: es ist nicht immer die ganze Wahrheit darin enthalten. Ich würde mich jedenfalls nicht trauen, hier die „Volksstimme“ in Auseinandersetzungen mit Ihnen zu zitieren, weil sie für mich nicht absolut die Gewähr für die Richtigkeit der Artikel, die darin stehen, bietet. (*Abg. Weikhart: Nachher werden wir wieder die „Volksfront“ genannt!*)

Ich habe vom Herrn Abgeordneten Withalm gesagt, das Zitat aus der „Volksstimme“ sei das einzige gewesen, was er richtig vorgelesen hat (*Abg. Dr. Withalm: Ich habe anderes auch richtig vorgelesen!*), und das muß ich jetzt auch beweisen, weil das doch ein sehr ernster Vorwurf ist. — In Parenthese möchte ich hinzufügen: Was der Herr Abgeordnete Dr. Withalm hier aus der „Arbeiter-Zeitung“ vorgelesen hat, waren die Titel, und keine Zeitung ist verpflichtet, im Titel zu zitieren. (*Abg. Glaser: Mit dem Kreuzer ist es ein Kreuz!*) Sie hätten sich die Mühe machen müssen, zu zitieren, meine Herren! Ich habe von krisenhaften Erscheinungen gesprochen, von Gefahren, die es für die Wirtschaft gibt. Wenn Sie wollen, ist auch das möglicherweise schon eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Entwicklung, und das ist eben eine Krise. Ich sage das nur, damit Sie es jetzt klar hören, möchte mich aber auf solche Dinge nicht allzu sehr einlassen. Nur präziser sollte man sein, habe ich gemeint, wenn man dem anderen etwas vorwirft.

Jetzt komme ich zu einem besonders interessanten Zitat. Generalsekretär Dr. Withalm hat vorhin einen Mitarbeiter der Ökonomischen Versammlung zitiert, Herrn Dr. Oskar Grünwald. Er hat mit großer Freude registriert, daß Herr Dr. Grünwald eine Äußerung über das Eindringen von Auslandskapital gemacht hat, und er hat das Zitat mit folgendem Satz beendet: „Ich halte es für unvernünftig und unrealistisch, wenn das Eindringen von ausländischem Kapital generell abgelehnt und bekämpft wird.“ Das war der letzte Satz, der richtig zitiert wurde, und damit schloß der Herr Dr. Withalm. (*Abg. Dr. Withalm: Ich kann doch nicht den ganzen Vortrag des Herrn Dr. Grünwald zitieren!*)

Wie geht es aber weiter? Das müssen Sie jetzt mich zitieren lassen; dabei ist nämlich dem Herrn Abgeordneten Withalm offenbar

der Atem ausgegangen: „Aber es ist zumindest sonderbar“, sagt Dr. Grünwald, „wenn von anderer Seite wieder jede ausländische Einflußnahme geradezu begrüßt und alles Heil vom Ausland erwartet wird. Es gibt eine ganze Reihe von stichhaltigen Argumenten, die gegen einen zu hohen Auslandsanteil vorgebracht werden können. Horst Knapp hat einmal von den ausländischen Unternehmern in Österreich als den Hechten im Karpfenteich gesprochen. Betrachtet man die vom Standpunkt der Technologie und des Wirtschaftswachstums besonders interessanten Branchen Chemie und Elektroindustrie in Österreich, so gewinnt man den Eindruck, daß die Hechte bereits überwiegen.“ (*Abg. Dr. Pittermann: Ja, der Hecht war einmal!*)

Daß Dr. Grünwald für eine Verstärkung des ausländischen Einflusses in Österreich eingetreten wäre, ist jedenfalls nicht aus dem herauszulesen, was er gesagt hat (*Abg. Dr. Withalm: Er fürchtet sich nicht davor!*), und ich bin der Meinung, daß der Herr Dr. Withalm es sich zu leicht mit dem Zitieren gemacht hat. (*Abg. Dr. Withalm: Ich kann doch nicht alles zitieren! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das war Demagogie im wahrsten Sinne des Wortes!*)

Und nun zum Schluß, meine Damen und Herren! Das entscheidendste an den Ausführungen war eine Haltung, von der ich glaube, daß sie zu nichts führen wird und zu nichts führen kann; das ist ja auch in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zum Ausdruck gekommen. Diese Haltung drückt sich so aus: Was immer die ÖVP vorschlägt, ist sachlich; wann immer ein ÖVP-Mann irgendwo nominiert wird, ist er ein unpolitischer und objektiver Fachmann; der Staat ist schlechthin die ÖVP, ihre Politik ist die Staatsräson, und daran darf niemand zweifeln; wer das alles annimmt, der hat das Recht zur Mitarbeit im Staate! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

2. Punkt: Bericht des Justizausschusses betreffend den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1964 (437 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Justizausschusses betreffend den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1965 (438 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3 der ausgegebenen Tagesordnung, über die beschlossen wurde, die

Präsident

Debatte unter einem abzuführen. Es sind dies die Tätigkeitsberichte des Obersten Gerichtshofes für die Jahre 1964 und 1965.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Dr. Halder. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Berichterstatter Dr. Halder: Ich habe den Auftrag, über 437 der Beilagen zu berichten. Der Nationalrat hat am 28. April 1965 einen Entschließungsantrag angenommen, mit dem der Bundesminister für Justiz ersucht wurde, den alljährlich vom Obersten Gerichtshof erstatteten Tätigkeitsbericht dem Nationalrat im Wege der Bundesregierung vorzulegen.

In Entsprechung dieser Entschliebung hat der Bundesminister für Justiz am 14. Feber 1967 den Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1964 vorgelegt. Dieser Bericht, der an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt worden ist, wurde vom Nationalrat am 1. März 1967 dem Justizausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Der Justizausschuß hat den genannten Bericht in seiner Sitzung am 6. April 1967 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Kummer, Dr. Broda, Doktor Kranzlmayr, Guggenberger und Dr. Kleiner sowie Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky beteiligten, hat der Ausschuß mit Stimmenteinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Im Namen des Justizausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1964 zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Ich berichte weiters zu 438 der Beilagen. In Entsprechung der vorerwähnten Entschliebung des Nationalrates vom 28. April 1965 hat der Bundesminister für Justiz am 14. Feber 1967 den Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1965 vorgelegt. Dieser Bericht, der an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt worden ist, wurde vom Justizausschuß in seiner Sitzung am 6. April 1967 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Kummer, Dr. Broda, Doktor Kranzlmayr, Guggenberger und Dr. Kleiner sowie Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky beteiligten, hat der Ausschuß mit Stimmenteinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Namens des Justizausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Justiz vorgelegten Tätigkeitsbericht des Obersten Gerichtshofes für das Jahr 1965 zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich auch hier, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen somit zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Berichte getrennt vornehmen werde.

Bei der Abstimmung werden die beiden Berichte einstimmig zur Kenntnis genommen.

4. Punkt: Bericht des Justizausschusses über den Bericht des Bundesministers für Justiz, betreffend Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates am 24. Jänner 1967 (439 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates am 24. Jänner 1967.

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer. Ich bitte sie um ihren Bericht.

Berichterstatterin Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Hohes Haus! Der Bericht des Bundesministers für Justiz, betreffend Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates am 24. Jänner 1967, ist vom Nationalrat am 10. März 1967 dem Justizausschuß zur Vorberatung zugewiesen worden. Der Bericht wurde an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt.

Der Justizausschuß hat den genannten Bericht in seiner Sitzung am 6. April 1967 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Kleiner, Dr. Kummer, Dr. Broda sowie Bundesminister für Justiz Dr. Klecatsky und der Ausschußobmann beteiligten, hat der Ausschuß mit Stimmenteinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme dieses Berichtes zu empfehlen.

Namens des Justizausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht des Bundesministers für Justiz, betreffend Ansprache des Bundesministers für Justiz vor der Konsultativversammlung des Europarates am 24. Jänner 1967, zur Kenntnis nehmen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministers einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Freitag, den 21. April, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (422 der Beilagen): Bundesgesetz über eine Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, und (Zu 422 der Beilagen): Abänderungen und Ergänzungen der Regierungsvorlage, betreffend ein Bundesgesetz über eine Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133 (452 der Beilagen);

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (415 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften (453 der Beilagen);

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (426 der Beilagen): 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967 (454 der Beilagen);

4. Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (425 der Beilagen): Protokoll über den Beitritt Koreas zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (449 der Beilagen);

5. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (424 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Stempelung von Meßgeräten (450 der Beilagen); und

6. Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Villach um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Friedrich Peter (448 der Beilagen).

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 05 Minuten